Nr. 50. 11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 1. März 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Armee als Adels-Versorgungsanstalt.

Der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf erklärte in der Reichstagssitzung vom 23. Februar auf eine die Bevorzugung der adligen Offiziere betreffende Bemerkung des Reichstagsabgeordneten Bebel, daß die Offiziere lediglich nach Verdienst und militärischer Tüchtigkeit beurtheilt würden und daß eine Bevorzugung der adligen vor den bürgerlichen Offizieren nicht vorkomme.

Die Richtigkeit der Angaben des Abgeordneten Bebel geht aus der nachstehenden Zusammenstellung, für welche das Offizierkorps der Infanterie und Jäger nach Ausweis der Rang- und Quartierliste der Preußischen Armee pro 1. Januar 1885 und 12. Oktober 1893, sowie die Generalmajors nach demselben Stande gewählt worden sind, unzweifelhaft hervor. Das Zusammenschrumpfen des bürgerlichen Elements beginnt schon bei den Majors. Die Zahlen sprechen allein und erübrigen jeden Kommentar.

Es waren vorhanden am 1. Januar 1885:

Hauptleute				Davon noch im Dienst am 12. Oktober 1893:	Summa		Prozent		Bemerkungen.
Summa		Prozent			adlige	bürgerliche	adlige	bürgerliche	
adlige	bürgerl.	adlige	bürgerl.						
1735				Als:	691				
803	932	46	54	Majors	322	369	47	53	
				Als: Oberstlieutenants und Obersten	223				
					123	100	55	45	
Majors				Als: Obersten	145				
669					104	41	71	29	
388	281	58	42						
				Als: Generalmajors	84				
					62	22	74	26	
Oberstlieutenants				Als: Generallieutenants	26				
164					20	6	76	24	
100	64	61	39						
Obersten				Als: Generallieutenants und General der Infanterie	19				Von den nebenstehend aufgeführten 8 bürgerlichen Obersten sind inzwischen 5 geadelt worden, so daß sich das Verhältniß entsprechend verschiebt.
167					11	8	58	42	
120	47	71	29		16	3	84	16	
Generalmajors				In verschiedenen Stellungen	12				
119					11	1	92	8	
95	24	80	20						

NB. Prinzen aus souveränen Häusern sind in der vorstehenden Zusammenstellung nicht inbegriffen.

Wie bei den bevorzugten Kommandos für Lieutenants der Löwenantheil ebenfalls den adligen Offizieren zufällt, mögen noch einige Beispiele erläutern.

Nach dem Stande vom 12. Oktober 1893 hat die Infanterie 5509 Lieutenants und zwar 2218 adelige, 3291 bürgerliche, das sind 40 bezw. 60 pCt.

1. Zur Kriegsakademie sind pro 1893/94 kommandirt an Lieutenants der Infanterie: 173, und zwar 102 adelige, 71 bürgerliche, das sind 59 bezw. 41 pCt.

2. Es giebt 66 Infanterie-Brigade-Adjutanten der preußischen Armee; von diesen sind 37 adelig, 29 bürgerlich, das sind 56 bezw. 44 pCt.

3. Von 25 pro 1893/94 zur Dienstleistung beim Generalstabe kommandirten Lieutenants der Infanterie sind 19 adlig, 6 bürgerlich, also 76 bezw. 24 pCt.

Erwähnt mag noch werden, daß im Jahre 1885 der Garde-Infanterie, -Kavallerie und -Feldartillerie 43 bürgerliche Offiziere angehörten, während nach dem Stande vom 12. Oktober 1893 nur noch 13 vorhanden sind.

Dem Kriegsminister werden diese Angaben wohl genügen, um ihn über die Bevorzugung der adligen Offiziere aufzuklären. Er hat von sich selbst gesagt, daß es nicht schaden könnte, wenn er für seine Stellung jünger wäre. Seine geistige Rüstigkeit scheint in der That etwas nachzulassen, denn hieraus läßt es sich wohl nur erklären, daß ihm die besprochenen Verhältnisse fremd geblieben sind. Denn es ist nicht anzunehmen, daß er der Volksvertretung wissentlich unrichtige Angaben machte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar.

Aus dem Reichstage. Die heutige Verhandlung eröffnete der Abgeordnete Richter mit einer Attake auf den Herrn v. Bennigsen. Unter schallendem Gelächter des Hauses wies Richter die hochtrabenden Zurechtweisungen, die sich der Hinterfrontmarschall gestern gegen die Linke erlaubt hatte, zurück, und gab er ihm dafür den Rath sich mehr um die eigene Partei zu kümmern, die auch bei dieser Gelegenheit, wie immer, das Bild jämmerlichster Zerfahrenheit biete. Zugleich forderte Richter die Konservativen auf, ihre nationalliberalen „Hörigen", welche die Kette des imperativen Mandats nachschleppen, frei zu geben und ihnen zu gestatten, für den Vertrag zu stimmen.

Nach der sehr wirkungsvollen Rede Richter's langweilte Dr. Lieber eine volle Stunde lang die paar Abgeordneten, welche anstandshalber auf ihren Plätzen blieben und nicht, der großen Mehrzahl folgend, sich in das Foyer zurückzogen.

Wenn zu Windthorst's Zeiten, bei kritischen Fragen, der Führer des Zentrums die Rednertribüne bestieg, dann drängte Alles, was im Hause war, nach dem Saal, jetzt findet das genaue Gegentheil statt. Dieser Erfolg der Lieber'schen Beredsamkeit dürfte auf die Dauer für seine Partei doch sehr verhängnißvoll werden.

In einer mit reichem Material versehenen längeren Rede vertrat Schultze (Königsberg) den Standpunkt unserer Partei. Der Redner ging besonders auch auf die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter im Osten ein und gab er den Herren Agrariern einige recht derbe Pillen zu schlucken.

Nach Schultze kam Herr v. Stumm an die Reihe und

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] (Alle Rechte vorbehalten

Helene. [55

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Er nahm Lazars Arm in den seinen und ging mit ihm durch das Gärtchen und die Straße entlang.

„Sag', was enthält das Telegramm?" fragte er kurz, fast befehlend. „Schlimme Nachrichten aus Rußland? Ich kenne sie schon. Ich habe heute einen Brief von dort erhalten, der mir das Schreckliche mittheilt . . . Aber Tania darf es nicht erfahren, ihr muß es verborgen bleiben, so lange als möglich."

„Tania?" wiederholte Lazar, als könne er nicht begreifen, wieso dieser Name sein Ohr traf.

„Ihr Mann, Eugen Wassiljewitsch, ist wahnsinnig geworden."

„Wahnsinnig!" wiederholte Lazar mit stammelnden Lippen und faßte sich dabei am Kopf, als fürchte er, es selbst zu werden.

„Wundert es Dich?" fragte Atschin, „von den hundertdreiundneunzig, die in der Peter Pauls-Festung seit vier Jahren auf den Ausgang ihres Prozesses harren, sind 75 schon während der Haft zu grunde gegangen, sie sind wahnsinnig geworden oder haben durch Selbstmord geendet; Dein Telegramm berichtet nun von einem weiteren Opfer, oder nicht? Sprich doch."

„Da," sagte Lazar, mühsam sich zum Sprechen zwingend, „Du magst es ihr sagen — ich kann's nicht."

„Ihr? — Tania?"

„Nein, Sofia Alexandrowna, thue es schonend, es wird sie hart treffen — wie mich — Natalie Michailowna —"

„Karzows Tochter?"

„Ist — gestorben."

Atschin hatte das Telegramm entfaltet. Es kam aus der Krim und war mit Karzow gezeichnet; es lautete:

„Meine Nichte ist gestern ihren Leiden erlegen, sie entschlummerte sanft und schmerzlos in meinen Armen."

Lazar langte wieder nach dem Telegramm, steckte es zu sich und ging die Straße hinab.

Atschin sah ihm nach.

„Arme Menschen!" seufzte er. In seinem dunkelgebräunten, faltigen Gesicht drückte sich ein verzehrender Kummer aus, ein namenloses Wehe, aber alsbald gewann es wieder seinen gewöhnlichen harten und kalten Ausdruck.

Den Kopf gesenkt, die Zähne fest auf einander gebissen, ging er langsam nach dem Hause zurück.

VII.

Noch ehe Atschin wieder kam, hatte Helene ihr Dachstübchen aufgesucht. Sie wollte allein sein, sie fühlte sich müde und abgespannt. Sie ging auf und nieder und legte ihre Hand zeitweilig an ihre Stirne, als könne sie damit ihre Gedanken in ruhigere Bahnen lenken.

Sie konnte sich's nicht verhehlen, daß diese Kämpfe sich täglich heißer und erbitterter gestalteten. Einer Macht gegenüber, die gegen die berechtigsten Forderungen taub blieb, die unnütze Grausamkeiten beging und selbst Gesetz und Recht gering achtete, fühlten sich diese Menschen zum Aeußersten getrieben; alles schien ihnen erlaubt und ihr Haß gegen die brutale Gewalt wurde nunmehr von der wilden Energie übertroffen, sie zu bekämpfen.

Aber wohin mußte das führen? Zum Verbrechen — zum Wahnsinn! Und konnte damit etwas erreicht werden? Würde nicht vielmehr diese ganze Bewegung nutzlos zerschellen, nachdem ihre muthigsten Kämpfer gefallen waren?

Und war dieser Terrorismus auf beiden Seiten nicht in der That das Schrecklichste, das ein Volk treffen kann?

Sie setzte sich an das Fenster, stützte den Kopf in die Hand und sah hinaus. Sie blickte gegen die Rebengelände des Zürichberges, die im röthlichen Schimmer der untergehenden Sonne erglänzten.

Lange saß sie so, bis der letzte Schimmer geschwunden war, und der Himmel fahler wurde und grauer die Erde.

Um ihre Lippen aber irrte ein Lächeln.

„Freude ist Kraft", murmelte sie, „ja, wer diese besitzt, wenn sie zu kluger Besonnenheit leitet, der mag sich gestählt fühlen — der kommt vielleicht, wenn auch langsam, zum Ziele —"

Und wieder sah sie hinaus mit träumendem Blick, wie in eine unendliche Ferne.

Die Luft war still und warm, kein Blatt regte sich in dem Gärtchen. Niemand hatte seitdem das Haus verlassen, Atschin war noch immer bei Tania und Sofia . . .

Sie lauschte nach unten, kein Ton drang zu ihr . . . .

Da überkam sie ein Gefühl der Vereinsamung und — der Sehnsucht.

Plötzlich erhob sie sich und langte nach ihrem Hute. Sie setzte ihn auf, ohne vor den Spiegel zu treten, warf einen Umhang über den Arm und verließ die Stube und das Haus.

Langsam ging sie die breite von Gärten eingesäumte Universitätsstraße abwärts.

Es war schon fast dunkel geworden, keine menschliche Seele begegnete ihr.

In der Rämistraße kam ein Mann rasch hinter ihr drein, und als er sie erreicht hatte, berührte er leicht ihre Schulter. Entrüstet sah sie sich um und blickte in die lachenden Augen des rothen Postmeisters.

Der strenge Ausdruck ihres Gesichtes verwandelte sich ebenso rasch in das Gegentheil; sie schien von der Begegnung entzückt zu sein.

Er grüßte ritterlich und seinen Schnurrbart in eine noch kühnere Spitze drehend, rief er:

damit wurde das Schachergeschäft, das seit einigen Tagen in lebhaftester Weise hinter den Kulissen betrieben wird, um eine Anzahl konservativer Stimmen zu gewinnen, offen auf die Tribüne verlegt. Stumm's Rede war ein einziges Anpreisen der Vortheile, welche die Aufhebung des Identitätsnachweises, trotz Aufgabe der Kampfzölle und der Staffeltarife, für die Agrarier des Ostens haben würde. Recht viel Erfolg erzielte der Neunkirchener Fabrikherr bei seinen Freunden von der Rechten freilich nicht. Es ist nicht blos der Handelsvertrag, sondern es ist der Haß gegen den „Mann ohne Ar und Halm", was die Junker so bockbeinig macht. Festlegen wollen wir hier noch, daß Stumm das recht beachtenswerthe Geständniß, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach, ablegte, daß seine Feindschaft gegen die Sozialdemokratie nicht so weit gehe, eine Sache, die sonst für ihn Profit bringe, um deswillen zu bekämpfen, weil die Sozialdemokraten dafür eintreten.

Nachdem nach Stumm noch der Welfe Graf v. Bernstorf zum Wort gekommen war, wurde die Sitzung vertagt und sollen die Debatten morgen fortgesetzt werden. Da noch zahlreiche Redner aller Parteien gemeldet sind, läßt sich der Schluß noch gar nicht absehen. —

Identitätsnachweis und Staffeltarif. Dem Reichstage ist der Entwurf einer Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 zugegangen. Damit soll der Identitätsnachweis aufgehoben werden. Unsere Partei wird gegen dieses Gesetz stimmen, da dasselbe dem Schwindel beim ganzen Handelsverkehre Thür und Thor öffnet. Unsere Partei ist auch gegen die Aufhebung der Staffeltarife, weil sie dem westlichen Deutschland die Getreidepreise erhöhen wird. Leider hat unsere Fraktion keine Gelegenheit, bei der Frage der Staffeltarife das Gewicht ihrer Stimmen fühlen zu lassen, da die Regelung dieser Frage Sache der preußischen Verwaltung ist. —

Miquel's Stellung zum russischen Handelsvertrag beschäftigt trotz der feierlichen Erklärung Caprivi's von der vollen Einigkeit des preußischen Ministeriums und des Reichskanzlers in Sachen des Handelsvertrages noch immer die Presse. „Vossische Ztg." und „Volk" bezeichnen den Liebling der Agrarier als Gegner des Handelsvertrages, was die „Nordd. Allg. Ztg." offiziös bestreitet. Nach dem „Volk" soll Miquel gesagt haben:

„Die Konservativen müßten die größten Esel sein, wenn sie den russischen Handelsvertrag annehmen wollten."

Auch die weitere Mittheilung der „Vossischen Ztg.", daß diese Aeußerungen so nahe dem Kaiser gethan worden seien, daß dieser sie wohl hätte hören können, kann das „Volk" mit dem Hinzufügen bestätigen, daß der Kaiser sie unbedingt hätte hören müssen.

Miquel freut sich wohl sehr über diese Zeitungspolemik, hält sie ihm doch die Freundschaft der Agrarier warm. —

Eine Todtgeburt. Die Reichskommission für den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches feiert bald ihr zwanzigjähriges Jubiläum. Was lange dauert, wird gut, sagt ein Sprichwort, aber was in der Anlage schon verfehlt ist, und den Verwesungsgeruch an sich trägt, wird durch die Zeit nicht besser. Die hochgelehrten Herren Juristen scheinen die Weisheit, welche Mephistopheles im Faust schon verspottet, sich zu eigen gemacht zu haben:

Wer will was Lebendiges erkennen und beschreiben,
Sucht erst den Geist heraus zu treiben,
Dann hat er die Theile in seiner Hand,
Fehlt, leider! nur das geistige Band.

Die Adepten der Kommission haben den mumifizirten Leichnam einer verfallenden und verfaulenden Gesellschaftsordnung auf den Sezirtisch gelegt, und suchen nun an den einzelnen Theilen herumzuflicken. Die lebendige Gesellschaft mit ihren lebendigen Trieben und Forderungen zu erkennen, versuchen sie kaum, geschweige denn, daß sie diese lebendige in die Zukunft hineinwachsende Gesellschaft zur Grundlage der Gesetzgebung zu machen suchten. Das tritt am deutlichsten hervor bei der in den letzten Sitzungen der Kommission stattgehabten Berathung der Bestimmungen über die Ehescheidung. Die Ehe des zukünftigen bürgerlichen Gesetzbuchs für das Reich ist das Petrefakt des Instituts, welches die Juristen des Corpus juris und die mönchischen Gelehrten des kanonischen Rechts aus der Ehe gemacht haben. Dazu treten noch die Bestrebungen des modernen Muckerthums. Die Konvenienz-Ehe mit aller konventionellen Moral und Heuchelei bildet die Grundlage der Ehe des neuen Gesetzbuchs. So wird an der Bestimmung festgehalten, daß, wenn eine Ehe wegen Ehebruchs geschieden wird, in dem Urtheil der Ehebruch als Grund der Ehescheidung und auch die Person desjenigen zu bezeichnen sei, mit welcher der Ehegatte sich des Ehebruchs schuldig gemacht hat. Die Folge dieser Bestimmung und des Verbots der Eingehung der Ehe des geschiedenen Gatten mit dem „Ehebrecher" zwingt viele Leute zu dauernder „wilder" Ehe, ohne daß es ihnen möglich ist, diese gesetzlich sanktioniren zu können. Jahrzehnte lang lebt oft solch' ehebrecherisches Paar in treuester Liebe und Lebensgemeinschaft zusammen; sie führen eine Ehe, die jedenfalls sittlicher und wahrhafter ist, als unzählige gesetzmäßige Ehen; sie könnten auch das gesetzliche Band entbehren und nur wegen ihrer gemeinsamen Kinder wünschen sie die Legitimation der Ehe — aber die muckerische Moral einer debauchirten Gesellschaft hat einmal den Bann über sie gesprochen, und das neue bürgerliche Gesetzbuch ist gewillt, ihn auch ferner aufrecht zu erhalten. —

Russisch-polnische Kulis dürfen auch fernerhin als Lohndrücker gegen deutsche Landarbeiter beschäftigt werden, obgleich am 1. Januar 1894 der dreijährige Zeitraum abgelaufen ist, für den die Oberpräsidenten der vier östlichen Grenzprovinzen durch den Ministerialerlaß vom 26. November 1890 ermächtigt waren, probeweise die Zulassung russisch-polnischer Arbeiter zur Beschäftigung in den landwirthschaftlichen und industriellen Betrieben ihrer Provinz zu gestatten.

„Ein Juwel" hat der sächsische Staatsminister v. Metzsch gestern, in einer Kammerdebatte mit unseren Genossen, das sächsische Vereinsgesetz genannt, und zwar unter dem Bravo der Kammermehrheit. Zur Charakteristik dieses Vereinsgesetzes genügt die Bemerkung, daß es das Unmögliche möglich gemacht hat, nämlich noch reaktionärer zu sein, als das preußische Vereinsgesetz. Es wurde 1850, nach diesem, mit ihm als Muster, von dem pfiffigen Herrn v. Beust ausgearbeitet und galt in den 50er und 60er Jahren als das „schwärzeste Produkt der schwärzesten Reaktion". Heute ist's ein „Juwel", — auch in den Augen der Herren Nationalliberalen, die früher nicht Worte genug fanden, es zu brandmarken.

So kommt die herrschende Klasse politisch immer mehr zurück. —

Zum internationalen Arbeiterschutz-Kongreß. Die „Kölnische Volks-Zeitung" und ähnliche Blätter, die in der bekannten Selbstlosigkeit unserer Gegner, uns stets die Taktik der schweizer Genossen, so wieder anläßlich unseres Urtheils über den internationalen Arbeiterschutz-Kongreß in Zürich, empfehlen, werden sich nicht wenig über das Urtheil unseres Genossen Wullschleger wundern. Derselbe, bis vor Kurzem Präsident der sozialdemokratischen Partei der Schweiz und Chefredakteur des einzigen sozialistischen Tageblattes der Eidgenossenschaft, schreibt in seinem „Vorwärts", nachdem er die bezügliche Erklärung unseres Blattes abgedruckt hat:

> Wir begreifen diesen Entschluß der deutschen Sozialdemokratie vollkommen und halten ihn von ihrem Standpunkte aus für durchaus korrekt. Wenn auch die schweizerische Sozialdemokratie eine andere Taktik einschlagen kann und zum Theil auch muß, so herrscht doch unseres Wissens in den Reihen der schweizerischen Genossen keine sonderliche Begeisterung für diesen Kongreß und einen erheblichen praktischen Werth versprechen sich jedenfalls wenige von ihm. Der Schreiber dieser Zeilen ist auch ganz unschuldig an der Einberufung dieses Kongresses, der seiner persönlichen Meinung nach ohne Nachtheil für die Sache des Arbeiterschutzes hätte unterbleiben können. Ueberhaupt findet er, daß nachgerade in der Abhaltung von Kongressen des Guten zu viel geschieht. Immerhin möchte er dem nun einmal beschlossenen Kongresse mit dieser Bemerkung keine Steine in den Weg legen. E. W.

Vom Bunde der Landwirthe. Dr. A. Boversen, Redakteur der „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe" hat gestern die Redaktion niedergelegt. Bürgerliche Blätter sind hierüber sehr erstaunt und bringen die Demission des Dr. B. mit dem russischen Handelsvertrag in Verbindung. Die Leser des „Vorwärts" wissen schon seit mehr als Monatsfrist, daß Dr. B. wegen der unerquicklichen Verhältnisse innerhalb der Leitung des Bundes auf den 1. März gekündigt hat. —

Die Kamptz- und Schmalzgesellen bilden heute die Blüthe der deutschen Studentenschaft. Die Demagogenriecher der 20er Jahre würden heute ihre Freude haben an der studirenden Jugend. Noch singen sie die alten Lieder von freiem Burschenmuth, freiem Wort und kühner That, aber welche Zeichen ihres Muthes legen sie ab. „Wer die Folgen bedächtig zuvor erwägt, der drückt sich wo die Gefahr sich regt." Der mit seinem Muthe prahlende deutsche Student, welche Gefahr läuft er! Sein „Patriotismus" läßt ihn höchstens riskiren, daß in je volleren Phrasen er ihn austönen läßt, er um so mehr seine Karrière beschleunigt. Das „freie" Wort aber zum Angreifen der Machthaber oder seiner „nationalen" Götzen bedroht ihn auch nicht mit dem Schicksale der alten Burschenschafter, die den Weg des Elends und des Gefängnisses gehen mußten! Die Kamptz und Schmalz würden ihre Freude an ihnen haben. Jeder von ihnen ist bei aller „Schneidigkeit" mehr als militärfromm und fühlt sich stolz, selbst den Büttel gegen diejenigen Genossen zu spielen, die noch den Funken freiheitlichen Empfindens in sich bewahren. Ein Pereat den Kamptz- und Schmalzgesellen! —

Die österreichische Wahlreform. Der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz hat während der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Februar den Obmännern der koalirten Parteigruppen die leitenden Grundsätze der Wahlreform mitgetheilt und dieselben zu Besprechungen über dieselben eingeladen, welche in den nächsten Tagen ihren Anfang nehmen werden. — Ueber die leitenden Grundsätze der Wahlreform verlautet nach der „Neuen Freien Presse" in österreichischen parlamentarischen Kreisen, daß dieselben in der Errichtung einer fünften Curie gipfeln, in welcher diejenigen, die nicht unter den bisherigen Zensus fallen, das Wahlrecht unter der Voraussetzung bestimmter Qualifikationen, welche die Bildung und Seßhaftigkeit betreffen, ausüben sollen. Die Errichtung der neuen Interessengruppe wird eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten, wie es heißt, um 40 bis 50, zur Folge haben. Die Austheilung dieser Abgeordnetenzahl auf die einzelnen Kronländer erfolgt unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Bevölkerungszahl und der Steuerleistung. Eine Vermehrung der Abgeordneten der bisher bestehenden Curien soll nicht in Aussicht genommen worden sein. Die Frage des Wahlmodus anlangend, hält die Regierung in den leitenden Grundsätzen an den indirekten Wahlen in den Landgemeinden fest; es scheint jedoch, daß sie einem allfällig sich geltend machenden Wunsche, die Entscheidung über die Beibehaltung der indirekten oder die Einführung der direkten Wahlen in den Landgemeinden den Landtagen zu überlassen, keinen entschiedenen Widerstand entgegensetzen würde. Eine Revision der Wahlbezirks-Eintheilung konnte selbstverständlich nicht in den Rahmen der leitenden Grundsätze fallen. —

Ein Nachspiel zum Omladinaprozeß. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" schreibt:

> Ein ex offo-Vertheidiger und sein Lohn. Als im Omladinaprozeß an einem der letzten Verhandlungstage die Vertheidiger den Gerichtssaal mit Polizeisoldaten besetzt fanden, legten sie sämmtlich die Vertheidigung demonstrativ nieder, als Zeichen des Protestes gegen dieses ungesetzliche, zur Einschüchterung der Vertheidiger und der Angeklagten bestimmte Verfahren. Da aber bei dieser Verhandlung die Zuziehung eines Vertheidigers gesetzlich unerläßlich ist, mußte das Ausnahmsgericht einen ex offo-Vertheidiger bestimmen. Es wurde dazu nicht etwa ein Advokat, sondern der Gerichtsadjunkt (entsprechend dem preußischen Assessor) Dr. Barnasch bestimmt; eines Beamten glaubte man vollständig sicher zu sein, man glaubte, er werde die Vertheidigung als reine Formalität auffassen. Aber dieser Beamte konnte in dem Momente, wo er am Vertheidigertische platznahm, nicht umhin, die Wahrheit freimüthig zu konstatiren. Er sagte: „In der Anklage ist von einem Geheimbunde „Omladina" die Rede. Ein solcher Geheimbund hat niemals bestanden. Selbst Polizeiorgane, welche als Zeugen vernommen wurden, konnten über die Existenz dieses Geheimbundes nichts Bestimmtes angeben." Er bezeichnete weiter Mrva, welcher ein Phantast und Lügner gewesen sei, als unzulässig. „Mrva hat sich um einen Dienst bei der Polizei beworben und sich selbst als Konfident bezeichnet." ... Und in der Replik fügte er hinzu: „Geradezu überrascht hat es mich, daß der Herr Staatsanwalt sich jetzt noch auf Rudolf Mrva als klassischen Zeugen beruft. Ich habe mir genau aufgezeichnet, was Zeuge Dr. Benedik sagte, welcher angab, Mrva habe von der Polizei Belohnungen erhalten; aus voller Ueberzeugung kann ich erklären, daß ich Mrva für einen Menschen halte, der im Dienste der Polizei stand, ja noch mehr, der ein agent provocateur war."
>
> Dieser Gerichtsadjunkt zeigte als ex offo-Vertheidiger, daß er ein anständiger, wahrheitsliebender Mensch ist. Dafür empfing er den Lohn, der solchen Leuten in Oesterreich zufällt. Es scheint, daß man sie bei Gericht nicht brauchen kann. Die „Deutsche Zeitung" meldet:
>
> Prag, 24. Februar. Der Adjunkt des Landesgerichtes, Barnasch, welcher als ex offo-Vertheidiger im „Omladina"-Prozeß fungirt hat, wird aus Gründen, welche mit seinem Plaidoyer zusammenhängen, die Richterbahn verlassen und sich der Advokatie widmen.

Zu den in Paris stattgehabten sechs Gemeinderaths-Wahlen wird uns von dort geschrieben, daß in vier Bezirken die Sozialisten gesiegt und in einem Bezirke seit den letzten Wahlen so viel Stimmen gewonnen haben, daß die Gegner nur mit knapper Noth, nämlich nur mit einer Majorität von sage und schreibe sieben Stimmen, ihren alten Sitz behauptet haben. Und dies alles trotz der Fruktifizirung der anarchistischen Attentate. —

Zur Naturgeschichte der Anarchisten. Gestern und vorgestern spielten in Paris zwei interessante Prozesse, — die von ganz verschiedenen Dingen handelten. Der erste Prozeß gegen eine Anzahl jugendlicher Verbrecher, die das leerstehende Haus einer Sommerfrischler-Familie ausplünderten — eine Spitzbubenpraxis, die in Paris bei den Leuten vom Langfinger-Handwerk ebenso beliebt ist, wie in Berlin. Der zweite Prozeß galt einem Menschen, der meuchlings in feigster Weise einen Polizeibeamten getödtet hat, was ja auch nichts Seltenes und nichts besonders Merkwürdiges ist. Das Merkwürdige liegt darin, daß der Held beider Prozesse eine und dieselbe Person und einer der „berühmtesten Anarchisten" Frankreichs ist. Das ist aber auch das Einzige, was Herrn

---

„Aber, schönste Frau, warum rennen Sie denn so wie ein Windhund den Berg hinunter?"

Und als sie statt jeder Antwort ihn anlachte, bot er ihr seinen Arm.

Er hatte die Empfindung, dieser hübschen Frau gegenüber ungewöhnlich galant zu sein. Sie nahm seinen Arm und gestand ihm, daß sie die Absicht habe, in die Versammlung zu gehen.

„Wollen Sie Ebner hören? Bravo, schon von Ihnen. Wo sind die Russen?"

Helene sagte, daß sie allein komme.

Er drückte ihren Arm und versicherte, es freue ihn, daß sie einmal etwas Selbständigkeit zeige.

„Haben Sie nur Geduld, lieber Onkel," sagte sie lächelnd, „Sie werden mich schon noch zu einer tüchtigen Parteigenossin heranziehen."

„Das hoffe ich, Frauchen, selbst wenn ich nicht lange mehr hier bleibe."

„Wie meinen Sie das?"

Er sah sich um, es kam ihm vor, als ob jemand hinter ihnen ginge, und er dämpfte seine Stimme zu einem Flüstern herab: „Ich sage Ihnen, die monarchischen Staaten machen die ungeheuersten Anstrengungen, um das Asylrecht der Schweiz zu untergraben, sie versteigen sich bis zu Drohungen: läßt sich die Bundesregierung einschüchtern, dann heißt's wieder wandern — dann müssen wir nach England oder Amerika — bin neugierig, wie wir da unser Archiv hinüberschiffen und — meine Alte. Sie kriegt die Seekrankheit, wenn ich nur darauf anspiele."

„Kommt Ihre Frau heute in die Versammlung?"

„Nein, sie hat noch im Hause zu schaffen."

„Sie ist eine musterhafte Gattin," versicherte Helene, „und Sie meinen also, daß die Bundesregierung —"

„Pst," machte er, und drückte ihren Arm stärker.

„Was ist's?" fragte sie.

„Es geht Jemand hinter uns her."

„Aber in ziemlicher Entfernung."

„Weil er stehen geblieben ist, — das ist ihre schlaue Taktik — ich kenne sie."

Stumm gingen sie weiter. Es blieb Alles stille, man vernahm nichts, als das Geräusch ihrer eigenen Schritte.

„Aha — abgebogen — das alte Manöver!" rief der Postmeister, „geben Sie Acht, an der nächsten Straßenecke kommt der Bursche wieder zum Vorschein ... O, diese preußischen Spitzel, wenn ich mich nur in den nächsten Tagen für sie unsichtbar machen könnte!"

„Weshalb gerade in den nächsten Tagen?" fragte sie aufmerksam.

„Hm," er sah sie von der Seite an, forschend und ein wenig mißtrauisch. Dann bemerkte er in einem ganz veränderten Ton: „Der Abend ist recht warm, finden Sie nicht?"

„Wir sind im August."

„Mitte August, wir haben heute, glaube ich, den —"

„Den fünfzehnten."

„Schon den fünfzehnten .... es ist zum — hm, und Sie meinen, daß aus Ihnen so etwas, wie eine richtige Parteigenossin zu machen wäre?"

„Eine getreue gewiß, ob ich noch andere Eigenschaften dafür besitze, das —"

„Das wird sich erst zeigen," sagte er trocken.

„Ihr gebt einer Frau zu selten Gelegenheit, sich zu bewähren."

„Das ist auch nicht so leicht, und Sozialist wird man nicht von heute auf morgen, dazu gehört viel — sehr viel — mehr als man glaubt."

„Ich weiß es wohl, aber ich glaube, einige Lehrjahre durchgemacht zu haben," sagte sie bescheiden.

„So, so, Konrad sagte mir, Sie hätten einmal vor Jahren den Russen einen erheblichen Dienst geleistet."

„Das war ein kleiner Dienst."

„Was — kleiner Dienst — er ist gelungen, und das ist die Hauptsache. O, es giebt so kleine Dienste, so echte Handlangerdienste, von denen man nicht spricht, von denen niemand erfährt und die doch so wichtig sind, daß ein Mißlingen schwer zu verwinden wäre, aber — freilich — Sie —"

„Wenn Sie glauben, daß ich Ihnen nützlich sein könnte — —"

„Vielleicht."

„Dann sprechen Sie, ich bitte."

„O nicht hier, nicht jetzt ... Kommen Sie morgen in mein Bureau, aber frühzeitig, dann wollen wir sehen."

(Fortsetzung folgt.)

Margeaux — so heißt der Biedermann — von einem der gemeinen Dutzendverbrecher unterscheidet. Es ist eben die neueste Verbrechermode, sich den Titel „Anarchist“ beizulegen, wie andere Spitzbuben und sonstige Verbrecher sich den Adelstitel beilegen — ihn mitunter auch verehrt bekommen. Das zum Typus des „anarchistischen“ Verbrechers.

Aus England sind uns mehrere Briefe zugegangen, die es fast sicher erscheinen lassen, daß Bourdin, der letzte „Attentäter“ das Opfer eines Lockspitzels war. Ein Genosse, der Bourdin persönlich kannte, schreibt uns:

London, den 24. Februar.

Am 23. Februar wurde die Leiche Martial Bourdin's nach dem Finshley Kirchhof geleitet, seinem Bruder Th. Bourdin warselbiger zur Bestattung überlassen worden; jedoch hatten die hiesigen Anarchisten es sich nicht nehmen lassen, ihrem Genossen ein großartiges Begräbniß zu bereiten, welches aber total Fiasko machte. Schon am Versammlungsplatze Fitzroy Square kam es zu derartigen Radauszenen, daß Verhaftungen vorgenommen wurden, die Radaubrüder waren natürlich — Studenten der Medizin, alles Bourgeois-Söhnchen. Nicht genug, daß dieselben sich hier flegelhaft aufführten, marschirten sie nach dem Klub „Autonomie“ um dorten die sämmtlichen Fenster zu zertrümmern, natürlich als Antwort auf die Explosion im Greenwich-Park.

Auf dem Kirchhof selber und vor seinem Thore, kam es ebenfalls zu nicht zu beschreibenden Skandalszenen. Der Leichenwagen wurde mit allerlei Unrath seitens des Volkes beworfen. Den leidtragenden Anarchisten wurden Liebenswürdigkeiten zu verstehen gegeben, daß manchem die Augen geöffnet wurden, und die Hoffnung auf eine baldige Revolution ihnen gründlich getrommen wurde. Rufe wie „schlagt sie todt“, „lyncht sie“, waren nicht die stärksten Beleidigungen. Hüte flogen, Schläge gab es nach rechts und links, kurz das kleine Häufchen Anarchisten floh und stob auseinander; nur wenigen war es vergönnt, ans Grab zu gelangen. Erlauben Sie mir nun noch, auf den verunglückten M. Bourdin, sowie auf die Explosion selber zurückzukommen. Ihr Londoner Korrespondent ist nicht im Recht, wenn er schreibt: — „Auch Bourdin ist nicht durch Noth zu seiner That resp. seinem Anschlag getrieben worden. Er hatte, als ihm der Tod ereilte, 13 Pfund Sterling in Gold bei sich“ — ich nehme das Gegentheil an. Gerade mehr aus Noth, als alles andere; ich kannte den Mann persönlich, er war ein vergnügungssüchtiger Mensch. In Versammlungen that er sich hervor durch sein Rufe „Vive la Anarchie“. Er war notorisch viel aus Arbeit. Es ist fast kein Zweifel, daß B. erst am Tage der Tragödie das Geld von einem „Unbekannten“, zu gleicher Zeit den Sprengstoff bekam; denn den Abend vorher konnte er nicht sein Abendbrod im Werthe von 6 Pence (5 Groschen) bezahlen. Er bezahlte seinen Speisewirth am nächsten Morgen, indem er ein Pfund wechseln ließ. Die Nachforschungen haben auch ergeben, daß B. bis an die Pferdebahn, welche von Westminster nach Greenwich fährt, beobachtet wurde. Ferner ist es jetzt außer Zweifel, daß ein Anschlag auf die Sternwarte geplant war; warum? einfach, die Sternwarte auf Greenwich-Park ist ein Lieblingsinstitut der Engländer — und die internationale Sozialisten-Razzia hätte sich auf alle Fälle durch das Gelingen dieses Streiches fördern lassen. Wer also kann ein Interesse an derartigen Dynamit-Attentaten haben? Nur die, welche einen Hödel, Nobiling, einen Vaillant für sich ausgeschlachtet haben. Und auch nur die können es gewesen sein, die einen agent provocateur ausschickten, um einen verzweifelten Anarchisten, wie dieser Bourdin war, zu gewinnen, der nichts zu beißen hat und plötzlich dasteht ausgerüstet mit 300 M. Das Geld ist verlockend.

Die Razzia im Klub „Autonomie“ — kein anderer Klub ist durch die Polizei belästigt worden — hat wohl darin ihren Grund, daß Bourdin Mitglied war und daß man hier den „Unbekannten“, welcher B. mit Geld und Munition ausrüstete, zu finden hoffte.

Die Gladstone-Krisis, seit Jahren erwartet, von Jedem vorausgesehen, von den Freunden Gladstone's stets abgeleugnet, ist jetzt da. Der „große Alte Mann“ hat dem Alter, dem er so lange getrotzt, schließlich doch den Tribut bezahlen müssen. Er muß sich, da er fast vollständig erblindet ist, einer Augenoperation unterziehen und „zeitweilig“ von der Premierschaft zurücktreten. „Zeitweilig“ ist natürlich nur ein parlamentarischer Euphemismus. Wie die Liberalen sich ohne Gladstone einrichten, das ist noch die Frage; sie werden sich aber bald entscheiden müssen. Denn die Session, die seit dem Januar des vorigen Jahres dauert, also 13 Monate umfaßt — etwas noch nicht Dagewesenes in der parlamentarischen Geschichte Englands — muß jetzt endlich geschlossen werden. Fruchtbar war die Session nicht, und die Liberalen sind in einer nichts weniger als günstigen Lage, so daß die Gladstonekrise sich sehr leicht zu einer Ministerkrise erweitern könnte. Jedenfalls kann die Auflösung des Unterhauses nicht mehr lange hinausgeschoben werden, denn das englische Oberhaus mit seiner großen konservativen Mehrheit fühlt jetzt mehr festen Boden unter sich als seit Jahren. —

Die Lage Italiens wird immer kritischer. Das Bankrott-Budget Crispi's hat im Lande geradezu niederschmetternd gewirkt. Das Volk soll also noch mehr hungern, noch ärger ausgepreßt werden, als bisher, wo es schon zur Verzweiflung getrieben war. Der Artikel über Italien, den wir in der gestrigen Nummer berührt, gewährt einen Einblick in die Hexenküche der Crispi'schen Wirthschaft, deren Opfer jetzt Italien ist. Die Londoner „Saturday Review“ verspottet die „Sparsamkeit“ Crispi's. „Es ist, wie wenn ein Gutsbesitzer, den seine noblen Passionen zu Grunde gerichtet haben, sich dadurch retten wollte, daß er eine Zeitung weniger abonnirt. Den noblen Passionen wird dennoch nach wie vor gehuldigt. Genau so in Italien.“ Das Heer und die Flotte kosten zu viel, sie haben das Defizit verursacht — aber sie bleiben ruhig bestehen! Es ist der helle Wahnsinn, und das liegt so klar zu Tag, daß das Crispi'sche Budget den Glauben an die Staatskunst des „italienischen Bismarck“ vollends zerstört und in vielen seiner konservativen Gegner den Verdacht erweckt hat, er sei im Herzen noch der alte Revolutionär, und wolle die Monarchie zu Grund richten. Besser anfangen könnte er es allerdings nicht.

Jedenfalls ist die Monarchie in Gefahr. Wir deuteten schon früher an, daß der jetzige König Humbert, obgleich weit zurückhaltender als sein Vater, sich doch hinter den Koulissen eifrig an den Parteikämpfen betheiligt und persönlich Politik treibt. Das hat seiner Popularität viel geschadet. Noch mehr hat ihm geschadet, daß er in die italienischen Bankskandale verwickelt ist — allerdings weniger durch eigene Schuld als durch die seines Vaters, der ein tolles Verschwenderleben geführt und seinem Sohn eine kolossale Schuldenlast hinterlassen hat.

So rächt sich die Schuld und rächen sich die Schulden der Väter an den Kindern.

Inzwischen hat Herr Crispi die lange angekündigten „außerordentlichen Vollmachten zur Durchführung der Verwaltungsreform“ (wer lacht da?) der Kammer vorgelegt. Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut:

Artikel 2. Zum Zwecke der Umgestaltung des Staatsdienstes, der Vereinfachung der Geschäfte, der Verminderung der Militär- und Zivilbehörden und der Herabsetzung der Kosten wird der König unter Verantwortlichkeit seiner Minister mit unumschränkter Vollmacht bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres betraut.

Artikel 1. Die königliche Regierung wird bei der Durchführung der erwähnten Reformen von einer Kommission unterstützt werden, welche aus fünf Senatoren, fünf Abgeordneten und fünf vom Könige ernannten Staatsbeamten bestehen wird.

Artikel 8. Bei der Wieder-Eröffnung des Parlaments im Januar 1895 wird die königliche Regierung der Volksvertretung Rechenschaft über den Gebrauch ablegen, welchen sie von der ihr durch das gegenwärtige Gesetz übertragenen Machtbefugniß gemacht hat.

Der echte Crispi! Das Parlament wird kalt gestellt, Crispi macht was er will, und die „Verwaltungsreform“ wird nicht durchgeführt. Die „Wiener Neue freie Presse“ bemerkt zu diesem neuesten Streich italienischer Staatsretterei:

Das ist in der That ein höchst merkwürdiger Gesetzvorschlag, der nichts Geringeres verlangt, als die Abdankung des Parlaments und die Diktatur Crispi's. Das sind nicht die außerordentlichen Vollmachten („potori straordinarii“), von denen Crispi's Offiziöse bisher gesprochen, sondern unbedingte Vollmachten („pieni poteri“), und wirklich ist dieser Ausdruck in der Vorlage gebraucht. Zudem leidet ihr Wortlaut an großer Unklarheit, wie die „Opinione“ nicht ohne Bitterkeit bemerkt. Außerdem hebt sie hervor, daß das Ministerium offenbar fast das ganze Jahr 1894 ohne Parlament regieren wolle. Das sei ein gegen den Parlamentarismus geführter Schlag. Als solcher dürfte der Gesetzentwurf in ganz Italien aufgefaßt werden. Was er der Volksvertretung zumuthet, ist das reine Harikiri. Man kann aus der Stilisirung des Entwurfes nicht einmal mit Sicherheit annehmen, ob der König blos die fünf Staatsbeamten oder auch die Senatoren und Abgeordneten der Kommission ernennen soll.

Solche Diktaturgesetze lassen immer sehr vieles unklar — sie proklamiren ja die Willkür, die sich ihrer Natur nach nicht binden kann.

Wessen man sich von Crispi zu versehen hat, erhellt aus der Thatsache, daß die Staatsanwaltschaft die Auslieferung des Abgeordneten Imbriani von der Kammer verlangt, weil er angeblich mit den sizilianischen „Aufständigen“ in Korrespondenz gewesen sei.

Wenn das während der Kammertagung geschieht, was wird erst geschehen, wenn die Kammerkontrolle fehlt? —

Aus Serbien kommen Nachrichten, welche darauf hindeuten, daß die Regierung mit dem Feuer spielt; sie hat ohne jeden gesetzlichen Grund einige radikale Blätter unterdrückt und Ristic zum königlichen Kommissar für ganz Serbien ernannt. Ristic wird mit königlichen Vollmachten versehen, das ganze Land bereisen, um sich über die Stimmung des Volkes zu informiren. Vielfach wird angenommen, dies sei der erste Schritt zum absolutistischen Regiment. —

Zur Sonntagsruhe in der chemischen Industrie. Heute wurden bei der Enquete die Verhältnisse der Ultramarin-, Strontianit-, Flußsäure-Fabriken und der Fabriken zur Herstellung gebrannter Magnesia und flüssiger Kohlensäure erörtert. Das Bild war das gleiche wieder. Die Arbeiter nickten zu dem, was die Unternehmer sagten und diese wollten nichts bewilligen. Blos bezüglich der Fabriken zur Herstellung flüssiger Kohlensäure wurde die Möglichkeit, einigermaßen Sonntagsruhe zu schaffen, zugestanden.

Es erübrigt sich für uns, ausführlich über die Verhandlungen zu berichten. —

Parlamentarisches.

Abzahlungsgeschäfte. Zur zweiten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abzahlungsgeschäfte, haben die Abgg. Tuhauer und Auer (Sozialdem.) folgenden (berichtigten) Abänderungsantrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, dem Gesetz folgenden Paragraphen hinzuzufügen:

§ 6a.

Wird über den Verkauf einer beweglichen Sache gegen Theilzahlung eine Urkunde errichtet, so ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer der Sache eine zweite Ausfertigung der Vertragsurkunde auszuhändigen und diese im Besitze des Käufers dauernd zu belassen.

Die Aushändigung des zweiten Exemplars der Vertragsurkunde an den Käufer hat spätestens bei der Uebergabe der veräußerten Sache — bei stempelpflichtigen Urkunden spätestens am dritten Tage nach erfolgter Abstempelung derselben — zu erfolgen.

Die Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften zieht eine Geldstrafe bis zu hundertfünfzig Mark nach sich.

Aus der Waarenbezeichnungs-Kommission ist mitzutheilen, daß mit dem heutigen Tage, den 27. Februar, die erste Lesung bis zum § 10 gediehen ist. Besondere Schwierigkeiten boten §§ 5 und 8, in denen im Regierungsentwurfe mehrere Entscheidungen den ordentlichen Gerichten überwiesen waren, welche jedoch die Mehrheit der Kommission von dem Patentamte in endgiltiger Weise entschieden sehen wollte. Das zähe Festhalten der Herren Regierungsvertreter an dem Grundsatze, in den fraglichen Fällen sei nicht das Patentamt, sondern das betreffende ordentliche Gericht die geeignetere Behörde und die Durchbrechung dieses Prinzips äußerst bedenklich, hatte die Debatte sehr in die Länge gezogen, ohne doch die Kommissionsmitglieder umzustimmen. Die Anträge des Abgeordneten Schmidt-Elberfeld im Gegensatze zum Regierungsentwurfe, dem Patentamte die meisten endgiltigen Entscheidungen zuweisen, gelangten beim § 8 mit großer Mehrheit zur Annahme. Vorher war beim § 5 ein Antrag des Vorsitzenden Dr. Hammacher, der in dem Sinne der Schmidt'schen Anträge gehalten war, unter Stimmengleichheit abgelehnt worden; nachdem aber durch die Aenderung des § 8 das von den Herren Geheimräthen so stark vertretene Prinzip durchbrochen ist, muß wohl in der zweiten Lesung der § 5 mit dem § 8 u. s. w. in Uebereinstimmung gebracht werden. Nächste Sitzung am 28. d. M. Theilnehmer von unserer Fraktion sind Zubeil und Möller.

Es ist hervorzuheben, daß durch die Frage, welche der beiden Behörden, das Patentamt oder das betr. ordentliche Gericht, in den verschiedenen fraglichen Fällen den Vorzug verdiene, die Konstruktion des Gesetzes zum Schutze der Waarenbezeichnung eine komplizirte schon an und für sich war. Nun die Kommission aber den Grundsatz, der beim Entwurf maßgebend gewesen, beseitigt hat — und zwar in weitgehender Weise, da die Anträge des Abg. Roeren, die nicht so weit wie die Schmidt'schen Anträge gingen, abgelehnt wurden — nun bringt die Durchführung des neuen Grundsatzes in der Berathung durchaus keine Erleichterung und wird deshalb auch in redaktioneller Beziehung das Gesetz später keine besonderen „Stilschönheiten“ aufzuweisen haben.

Parteinachrichten.

In Annaberg i. S. fand am 25. Februar eine Parteiversammlung des 19., 20. und 21. Reichstags-Wahlkreises statt. Genosse Demmler referirte in ausführlicher Weise über Punkt 1 der Tagesordnung: Organisation. Allseitig wurde das Mangelhafte der Organisation anerkannt und demgemäß folgender Antrag nach längerer Debatte angenommen: „Es wird für den 19., 20. und 21. Reichstags-Wahlkreis ein Agitationskomitee, bestehend aus 6 Personen, und zwar je 2 aus jedem Kreise, gewählt. Dasselbe hat die Aufgabe, die Agitation zu leiten, die Organisationen zu beaufsichtigen und jeden Monat zu diesem Zwecke eine Sitzung zu halten.“ — Gewählt wurden die Genossen Reymann und Demmler aus Geyer, Aurich und Seidel aus Ehrenfriedersdorf, Grumbt aus Annaberg und Werner aus Buchholz. — Der Punkt 3 der Tagesordnung: „Verschiedenes“, war von der Polizei nicht gestattet worden, weil nicht angegeben werden konnte, was unter diesem Punkte zur Verhandlung gelangen würde.

* * *

An der Ausübung seines Reichstags-Mandats ist der Abgeordnete des dritten Hamburger Kreises, Wilhelm Metzger, bekanntlich durch die ihm auferlegte Strafhaft verhindert. Derselbe hat jüngst an die Hamburger Staatsanwaltschaft ein Urlaubsgesuch gerichtet, zu dem Zwecke, an der dritten Lesung des russischen Handelsvertrages theilnehmen zu können. Dieses Gesuch ist abschlägig beschieden worden. Genosse Metzger wird sich nun, wie wir hören, mit dem Urlaubsgesuch an den Senat als oberste Instanz wenden. Wenn auch der Senat einen abschlägigen Bescheid ertheilt, wird der dritte Kreis der Handelsstadt Hamburg, die doch gewiß ein eminentes Interesse an dem Zustandekommen des Vertrages hat, bei der entscheidenden Abstimmung, wobei es sich möglicherweise um wenige Stimmen handeln kann, ohne Vertretung bleiben, weil — nun weil Metzger den Senat beleidigt haben soll.

* * *

Endlich einmal ein freisprechendes Urtheil, umso mehr ein Ereigniß, als es gefällt wurde in einem Majestätsbeleidigungs-Prozeß. Genosse Franz Diedrich-Hamburg hatte sich heute vor der Strafkammer I des hiesigen Landgerichts wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die Sache ist bereits am 7. Juni v. J. vor derselben Strafkammer verhandelt worden. Damals handelte es sich nicht nur um Majestätsbeleidigung allein, sondern auch um Gotteslästerung. Von beiden Anklagen war Genosse Diedrich freigesprochen worden. Gegen das Urtheil, soweit es die Majestätsbeleidigung anlangte, hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt und damit erzielt, daß das Reichsgericht das Urtheil aufhob und die Sache in die Vorinstanz zurückverwies. Nach Verlesung des Beschlusses in der heutigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt Ausschluß der Oeffentlichkeit, weil die öffentliche Ordnung gefährdet sei. Der Angeklagte, der ohne einen Vertheidiger erschienen war, beantragte, daß der Beschluß abgelehnt würde. Es sei, betonte er, die öffentliche Ordnung nicht gestört worden, als er angeblich die Beleidigung in einer öffentlichen Versammlung sich zu schulden kommen ließ, um so weniger sei bei dem kleinen Auditorium zu befürchten, daß die öffentliche Ordnung gestört würde. Es sei zu wünschen, daß bei den oft sich wiederholenden Majestätsbeleidigungsprozessen die Oeffentlichkeit bestehen bleibe, damit das Publikum sich Klarheit über den Begriff der Majestätsbeleidigung verschaffen könne. Das Gericht jedoch beschloß den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die angebliche Majestätsbeleidigung soll der Angeklagte sich schuldig gemacht haben, als er am 4. März v. J. in Otiensen in einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung einen Vortrag über die zehn Gebote und die besitzenden Klassen hielt. Bei Besprechung des vierten Gebotes hat er am Schlusse seiner Ausführungen die bekannte Ansprache des Kaisers an die Rekruten des Garde-Regiments verlesen. Im Hinblick auf die vorherigen Auslassungen des Angeklagten erblickte die Anklagebehörde in dem Verlesen der Ansprache das Moment der Majestätsbeleidigung. Wie früher, bestritt der Angeklagte jegliche Schuld. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten schuldig und beantragte gegen ihn 4 Monate Gefängniß. Nach ganz kurzer Berathung verkündigte das Gericht, daß der Angeklagte der Majestätsbeleidigung nicht schuldig ist. Es erkannte deshalb auf kostenlose Freisprechung.

* * *

Eine ehrenvolle Niederlage erlitt am 26. Februar die sozialdemokratische Partei bei den Gewerbegerichtswahlen in Frankfurt a. M. Die Innungen mit dem gesammten Mischmasch standen der Arbeitgeberliste unserer Parteigenossen gegenüber. Die Innungsliste erhielt 991, die sozialdemokratische 594 (Zunahme gegen das Vorjahr 280) Stimmen. Die Arbeitnehmerliste der Frankfurter Genossen, die einzige, die aufgestellt war, erhielt 2221 Stimmen gegen 1821 Stimmen im Vorjahr.

* * *

In der Redaktion der in Krakau erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung „Naprzod“ wurde gestern, den 28. Februar, gehaussucht. Nachdem wurde der Redakteur Reger verhaftet.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Wegen Verbreitung von Flugblättern während der Kirchzeit standen sechs Genossen aus Hameln vor dem Landgericht zu Hannover. Sie hatten gegen das erstinstanzliche Urtheil Berufung eingelegt. Diese wurde aber verworfen mit der Begründung, „daß durch das von Haus zu Hausgehen die Aufmerksamkeit der Bewohner der anliegenden Häuser auf sie gelenkt wurde und also hierdurch die Sonntagsruhe gestört werde.“

— Der Genosse A. Diel, Wurzen, erhielt seinerzeit eine Strafverfügung, weil er durch Inserate des Inhalts: „Arbeiter! Genossen! unterstützt nur diejenigen Geschäftsleute und Wirthe, welche in der „N. W. Z.“ inseriren!“ die nicht bei ihm inserirenden Geschäftsleute boykottirt und dadurch groben Unfug verübt haben sollte. Auf beantragte richterliche Entscheidung ist die Strafverfügung vom Schöffengericht aus formellen Gründen aufgehoben worden, weil das Gericht der Meinung war, daß die Verwaltungsbehörde im vorliegenden Falle zum Erlaß einer Strafverfügung nicht berechtigt gewesen sei. Die Strafverfügung wird nunmehr durch die Amtsanwaltschaft in die Hand genommen werden.

— Die beiden Redakteure der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ zu Kiel, die Genossen Ströbel und Klüß hatten sich am 27. Februar wegen Beleidigung, begangen durch die Presse, vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Ströbel wurde wegen Beleidigung des Bürgermeisters Engel in Preetz dem Antrag des Staatsanwalts gemäß zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Klüß wurde wegen Beleidigung des Fabrikanten Junge in Elmshorn zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Eine zweite Anklage gegen den Genossen Klüß wegen Beleidigung des Ackerbürgers v. Rehn aus Heiligenhafen wurde auf Antrag des Vertheidigers Grafen Reventlow vertagt, da noch mehrere Entlastungszeugen geladen werden sollen.

— Die Genossen A. Thiele und A. Diehl (Wurzen) wurden als frühere verantwortliche Redakteure der „Wurz. Ztg.“ wegen Beleidigung des Rathssekretärs zu je einem Monat verdonnert.

Für den Inhalt der Inserate über nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 1. März.

Opernhaus. Die Zauberflöte.
Schauspielhaus. Die Minnekönigin. Verbotene Früchte.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Graf Waldemar.
Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Brautjagd.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Neues Theater. A Basso porto.
Central-Theater. Ein Blitzmädel.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Der Südstern.
Alexanderplatz-Theater. Das Heirathsbureau. Hierauf: Charley's Tante.
National-Theater. Die Weber.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Sensationelle Novität!
„Die Weber".
Schauspiel in 4 Akten v. **Carl Peters.**
Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Ein Blitzmädel.
Posse m. Gesang in 4 Akten v. K. Costa.
Musik von C. Millöcker.
In Vorbereitung:
Novität! Novität!
Ein gesunder Junge.
Posse mit Gesang u. Tanz v. Jean Kren.
Musik von Julius Einodshöfer.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8½ Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.**
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen **Franziska Häser.**
Die Bombe, Aftervermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs" **Josephine Delclisseur.**
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit . . . . . **Martin Bendix.**
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe"
von **Martin Bendix,**
sowie **Hugo Schulz, Alfred Bender.**
Anfang Wochentags 7½ Uhr,
Sonntags 6½ Uhr.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Liederspiel von R. Linderer.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Vereinszimmer zu vergeben Landsbergerstraße 81 bei **Seehausen.**

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Neues Programm.
In Vorbereitung:
Bummel-Fritze.
Wochentags 15 Pf. Reserv. 30 Pf.
R. Winkler.

„Sanssouci",

Kottbuserstr. 4a.
Donnerstag, den 1. März cr.:

Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Großes Ulk-Programm
Zum Schluß:
Herr und Frau Schulze.
Ensemble von Meysel.
Freitag: **Viktoria-Brauerei.**

Nur noch kurze Zeit!
Präuscher's anat. Museum.
Neu: Kehlkopftuberkulose, Kehlkopfpolyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milzkrankheiten.
Schußkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Kelt. u. größt. Etablissem. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska"
und **Auftreten** von
Künstlern u. Spezialitäten 1. Ranges.
Täglich Auftreten des
Fräulein Miss Wobb,
Taubenkönigin,
mit ihren 24 dressirten Tauben.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Kegelbahnen. 6 Billards, pro Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Gambrinus.
Säle für Versammlungen und Festlichkeiten
sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
und **Konzert**
von nur Künstlern 1. Ranges.
Auftreten der Ballet-Gesellschaft Columbia (10 Damen), Ballet-meisterin **Rosa Fricka.**
Auftreten der Elite-Parterre-Akrobaten u. Pantomimentruppe Hermandez. Ein Liebesabenteuer. Komische Orig.-Pantomime. Fräulein **Borkany,** Kostüm-Soubrette. **The Willon's,** Dopp.-Jongleure. Geschw. **Gläser,** Gesang- u. Instrument.-Duettisten. **G. Cordes,** Gesangs-Humorist.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Circus Renz,

(Karlstraße.)
Donnerstag, den 1. März cr.,
Abends 7¼ Uhr:
Neue Spezialitäten. U. a. z. 1. Mal:
Troupe Dainoff, unübertrefflich. Luftpotpourri. **Gebr. Detroit,** Hand-Akrobaten sans concurrence.
Außerdem: **Grande Quadrille de la haute équitation; 4 arab. Schimmelhengste,** als Fahnenpferde vorgef. von Herrn **R. Renz;** d. hervorr. kaukasische Jockey **Mr. Wassiliams;** d. Jongleurin zu Pferde **Frl. Agnes** ꝛc. Z. Schluß:
Auf auf zur fröhlichen Jagd!
Parforce- u. Kaskadenritt, Ballet von 100 Damen. Meute von 40 Hunden.
Freitag: **Auf auf zur fröhlichen Jagd!** **Fr. Renz,** Direktor.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mittheilung, daß meine liebe Frau 2060b
Marie Frick
geb. **Herzog**
den 27. d. M. nach langen Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, Nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Chamissoplatz 4, aus, statt.
Der trauernde Gatte nebst Geschwistern.

Achtung! Achtung!
Kupferschmiede!
Sonnabend, 3. März, Abds. 9 Uhr, bei **Feind,** Weinstr. 11,
Große öffentliche Versammlung
der Kupferschmiede
Berlins und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht des Delegirten der Gewerkschaftskommission. 3. Besprechung über die Maifeier. 2054b
Um zahlreiches Erscheinen bittet:
Der Einberufer.

Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausdiener (E. H. 61)
Am Sonntag, den 25. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied,
August Lewino,
plötzlich am Herzschlag im Alter von 52 Jahren.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 1. März, Nachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle d. Bartholomäus-Kirchhofes, Weißensee, aus, statt. 2052b
Der Vorstand.

Berl. Kranken-Unterstützungs- und Begräbnißverein
für Frauen und Mädchen.
Sonntag, den 4. März 1894,
Nachmittags 4 Uhr,
Generalversammlung
in **Hoppe's** Lokal, Lindenstr. 106.
Tagesordnung: 1. Kassenbericht pro 1893. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. — Pünktliches Erscheinen sämmtlicher Mitglieder erwartet
Der Vorstand.
J. A.: Friedr. Freudenreich, Reichenbergerstr. 8.
424/2]

Castan's

Panoptikum.
Grossartige Ausstellung
Viele Novitäten!
Irrgarten. Illusionen. Märchen-Cyclus.

Concordia-Festsäle

C. Saeger,
64. Andreasstraße 64.
Donnerstag, den 1. März
(Großer Saal):
Extra-Soirée
der
Norddeutsch. Sänger
Großartige Dekorationen:
Eine italienische Nacht
am Strande der Ostsee.
Nachdem: **Gr. Strandball.**
Anfang 8 Uhr.
Familienbillets, Passe-partouts u. Freibillets haben Giltigkeit.
73/8 **C. Saeger.**

Berl. Bock-Brauerei

Tempelhofer Berg:
55. Bock-Saison.
2055b] **Täglich:**
Gr. Militär-Concert.

Stenographie!

Restaurant **Kowald,** Oranienstr. 126,
Donnerstag Abend 8—10 Uhr
beginnt ein unentgeltlicher Lehrgang in der vereinf. Kreußlichen Volksstenographie. Lehrm. gratis. Dauer 6 Wochen wöchentl. 1 St. Herren und Damen sind eingeladen. Anfr. briefl. durch die Stenogr.-Schule.

Saal für 120 Personen frei, Alte Jakobstr. 83. 2001b

38 38
Admirals-Garten.
Vereinszimmer von 20 bis 50 Personen, sowie **Säle** für Hochzeiten u. Versammlungen empf.
Schönherr, Koch,
19935 Admiralstr. 38.
38 38

Homöopath. Arzt Dr. **Hösch,** Linienstraße 149, 8—10, 5 bis 7, Sonntags 8—10 Uhr.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr 1893/1894.

Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8½ bis 10½ Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	**Ost-Schule.** Markusstr. 31.
Montag	Gesetzeskunde.	Gesetzeskunde.
Dienstag	*Kaufm. Rechnen, Korrespondenz.	Deutsch (unt.).
Mittwoch	Geschichte (mittl.).	Logik.
Donnerstag	Deutsch (unt.).	Erste Hilfe bei Unglücksfällen.
Freitag	Erste Hilfe bei Unglücksfällen.	Geschichte (mittl.).
do.	*Buchführung.	—
Sonnabend	—	Rechnen (unt.), Buchführung.
Sonntag	Deutsch (ob.).	

Südost-Schule.
Reichenbergerstr. 133.

Montag	Deutsch (unt.)	Donnerstag	*Kaufm. Rechnen, Korrespondenz.
Dienstag	Mathematik.	do.	Geschichte (alte).
Mittwoch	*Rechnen.	Freitag	*Gesetzeskunde.
do.	Deutsch (ob.).	do.	*Buchführung (doppelte).
		Sonnabend	Gesundheitslehre.

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppel-Räume ertheilt.

Für alle drei Schulen an jedem **Sonntag** von 9—11 Uhr: **National-Oekonomie** im Arbeitsnachweis der Hausdiener u. Packer, Neue Grünstr. 10 I.

Die Theilnahme an dem Unterricht der ersten Woche im Semester steht Jedem, auch Nichtmitgliedern, unentgeltlich frei.

Für sämmtliche Lehrfächer werden neue Schüler und Schülerinnen aufgenommen.

Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden **Zahlstellen,** deren je eine auch **in jeder Schule** errichtet ist. Beitrag 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur **Urania à 25 Pf.** (welch' letztere dann nur eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Die Zahlstellen sind folgende:

S.
Börner, Ritterstr. 108.
Schöning, Stallschreiberstr. 29.
SO.
Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
***Schulz,** Admiralstr. 40a.
SW.
Grube, Mariendorferstr. 10.
Windhorst, Junkerstr. 1.
O.
***Ostschule,** Markusstr. 31.
Ungering, Breslauerstr. 27.
434/14*
C.
Wernau, Rosenstr. 30.
N.
Nordschule, Müllerstr. 179a.
Gnadt, Swinemünderstr. 120.
***Gleinert,** Müllerstr. 174.
NO.
***Gumpel,** Barnimstr. 42.
NW.
Vogtherr, Stephanstr. 27a.

Der Vorstand.

Achtung! Große Achtung!
Volks-Versammlung
Freitag, den 2. März, Abends 8 Uhr, im Lokale „Sanssouci", Kottbuserstraße Nr. 4a.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Bedeutung der politischen Rechte für die Frauen des Proletariats. Referentin: Frau **Klara Zetkin**-Stuttgart.
2. Diskussion. 460/19

Um zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, bittet
Die Frauen-Agitationskommission.
Die nächste und letzte Versammlung, in der Genossin Zetkin referiren wird, findet Montag, den 5. März, in Ahrens' Brauerei, Thurmstr. 26/27, statt.

Berliner Gewerkschaftskommission!
Freitag, den 2. März, Abends 8½ Uhr, bei Ehrenberg, Zimmerstraße 16:
Oeffentliche Versammlung der Delegirten zur Gewerkschaftskommission.
Tagesordnung:
1. Besprechung über das Aufbringen der Mittel für das Gewerkschaftsbureaus. 2. Antrag der Schlächter. 3. Besprechung über die Abhaltung von Agitationsversammlungen seitens der Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht!
292/1 **Balduin Franke,** Gr. Frankfurterstr. 73, Hof I. I.

Achtung! **Steinarbeiter** Achtung!
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 4. März, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Johannisstr. 20:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung der eingegangenen Gelder und Stellungnahme zu den Restanten. 2. Wahl eines Agitationsmitgliedes. 3. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein jeder Kollege verpflichtet zu erscheinen. 293/10
Der Vertrauensmann. J. Buchmann, Willibald-Alexisstr. 33.

Oeffentliche Versammlung
Donnerstag, den 1. März, Abends 8½ Uhr, im „Eiskeller", 2056b **Chausseestraße 88.**
1. Vortrag des Herrn Dr. Th. Hertzka aus Wien über „Freiland und Anarchismus". 2. Diskussion.
Damen haben Zutritt. **Berliner Freilandgruppe.**

Achtung!
Das
VI. Abonnements-Konzert
findet am 487/4
Montag, den 5. März 1894,
Abends präzise 8½ Uhr,
bei **Markens,** Friedrichstraße Nr. 236, statt.
Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker Berlins u. Umgegend.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.
Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 50. **Donnerstag, den 1. März 1894.** **11. Jahrg.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

59. Sitzung vom 28. Februar 1894, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf v. Caprivi, v. Marschall, v. Bötticher, Thielen.

Der Reichstag setzt die erste Berathung des russischen Handelsvertrages und des Antrags v. Kardorff wegen Erhebung von Zollzuschlägen bei Valutadifferenzen fort.

Abg. **Richter** (Frs. Vp.) bemerkt gegen den Abg. Bennigsen: Fürst Bismarck hat im Abgeordnetenhause ausdrücklich zugegeben, daß, wenn er gewußt hätte, er größere Konzessionen in liberaler Richtung gemacht haben würde. Daß diese Nothwendigkeit an den Fürsten Bismarck nicht herangetreten ist, das haben in erster Reihe die neu eingetretenen hannoverschen Abgeordneten verschuldet. (Zustimmung links.) Die Herren waren glücklich, daß die welfische Dynastie abgesetzt war, sie waren andererseits von Vertrauensseligkeit gegenüber der preußischen Regierung erfüllt und hatten kein Auge für die reaktionären Bestrebungen, mit denen wir im alten Preußen immer zu kämpfen gehabt haben. Wir unterscheiden sehr scharf zwischen Adel und Junkerthum. Der Adel findet sich in allen politischen Parteien, das Junkerthum ist aber zumeist jener Kleinadel, der, pochend auf seinen alten Namen, die Anforderungen der Gegenwart nicht mehr zu erfüllen vermag, (Lachen rechts. Ironische Rufe: lauter!) dessen Anmaßung in grellem Widerspruch steht zu seiner persönlichen Leistungsfähigkeit und sozialen Bedeutung. Es ist derselbe Adel, der sich in hohe Aemter einzudrängen sucht, unter Zurückschiebung des bürgerlichen Elements, der Steine zwischen die Räder des Staatswagens wirft, um den Fortschritt der Zeit aufzuhalten. (Lachen rechts.) Die gestrige Bennigsen'sche Rede wird wahrlich nicht dazu beitragen, die Anmaßung dieses Junkerthums zu dämpfen (Sehr richtig!), sie steht in grellem Widerspruch mit der Rede vom Februar 1892 (Große Unruhe). Damals appellirte Herr v. Bennigsen an die gesammte freisinnige Partei, daß sie näher zusammenrücken möge mit dem Liberalismus, mit der nationalliberalen Partei, weil es die Noth der Zeit erheische. Wenn Herr v. Bennigsen eine Schlußrede seiner parlamentarischen Thätigkeit halten wollte, so wäre mir jene Rede weit lieber gewesen, als die gestrige zur Verherrlichung des Junkerthums. (Zustimmung links, große Heiterkeit rechts). Und dann: wie kommt Herr von Bennigsen dazu, hier den Zensor und Lehrmeister für andere Parteien zu spielen. Die Nationalliberalen sind gespalten, sie wissen selbst heute noch nicht, wie viel von ihnen für und gegen den Vertrag stimmen werden und wie viele die frische Luft bei der Abstimmung aufsuchen werden. (Große Heiterkeit.) Weil sie gespalten sind, darum diese Unsicherheit, Handel und Industrie können sich nicht auf diesen Vertrag einrichten, darum kann die Regierung den Zollkrieg nicht schon vor dem Inkrafttreten des Vertrages beseitigen. Die Spaltung der Nationalliberalen ist auch wesentlich die Schuld des Herrn von Bennigsen. (Oho! bei den Nationalliberalen.) Er hat immer verkündigt, daß wirthschaftspolitischen Fragen gegenüber die nationalliberale Partei sich neutral verhalten müsse. Das mochte Sinn haben, als die wirthschaftspolitischen Fragen noch sekundärer Art waren, wie vor 30 Jahren, aber seitdem sind die wirthschaftspolitischen Fragen in den Vordergrund der parlamentarischen Erörterung gerückt, sie überragen in ihrer Bedeutung vielfach die politischen Fragen. Und hier ist eine wirthschaftliche Frage, die zugleich die allergrößte politische Bedeutung hat. (Sehr richtig! links.) Je mehr sich die wirthschaftspolitischen Gegensätze vertiefen, je mehr die Interessenpolitik gezüchtet ist, desto mehr hätte die nationalliberale Partei die Aufgabe gehabt, ihre Parteigenossen zusammenzufassen für die allgemeinen Interessen des deutschen Volkes und Vaterlandes. Statt dessen haben Sie die Interessenpolitik in Ihren Reihen emporwuchern lassen, die Agrarier sind stärker und stärker geworden, sodaß in vielen Wahlkreisen die Nationalliberalen kaum noch geduldet sind vom Agrarierthum. Was ist die Folge davon? Der große Appell des Herrn von Bennigsen unter Berufung auf die Bedeutung dieses Vertrages als einer europäischen Maßregel zur Sicherung des Friedens verhallt eindruckslos bei einem Theil seiner Parteigenossen, dem Theil, der als Hörige der Agrarier die Kette des imperativen Mandats hinter sich her schleift. (Gelächter rechts.) Sie können noch so erhebend reden, es bleibt wirkungslos, denn Massa Agrarier will es anders. (Gelächter rechts.) Wer an der Spitze einer solchen Partei steht, hat kein Recht, der linken Seite irgend welche Vorhalte zu machen. Herr von Bennigsen spricht von Kompensationen. Wie kann man bei einem Handelsvertrag mit so wichtigen Interessen seine Abstimmung noch von irgend welchen Kompensationen abhängig machen! (Sehr richtig! links.) Giebt es denn ein wohlerworbenes Recht auf Korngölle? Kompensationen, die an sich richtig sind, muß die Regierung durchführen, mag der Handelsvertrag angenommen werden oder nicht. Von Kompensationen, die nicht richtig sind, kann man die Annahme des Vertrages nicht abhängig machen. Sonst weicht man einen Schritt vorwärts und zwei zurück. Sie sprechen von der Kompensation durch Aufhebung der Staffeltarife. Was ist das für ein nationaler und patriotischer Sinn, der seine Abstimmung davon abhängig macht, ob das Korn pro Kilometer zu 4 oder 3½ Pf. gefahren wird! Herr v. Bennigsen ist selbst im Zweifel, ob diese Agitation zur Aufhebung der Staffeltarife berechtigt ist. Wenn es richtig wäre, daß die Staffeltarife den einzelnen Landestheilen eine schwere Konkurrenz bereiten zu gunsten derjenigen, aus denen mittels der Tarife verfrachtet wird, was würde es für ein Standpunkt sein, deshalb auf Aufhebung der Staffeltarife zu dringen. Der russische Handels-Vertrag erleichtert den internationalen Handelsverkehr. Es wäre unerhört darauf zu bringen, daß die Verkehrsanstalten theurer fahren, als es in ihrem eigenen Interesse liegt. Was wäre das anderes als die Errichtung eines Binnenzolles? Das ist ein oder Partikularismus, wie er nie dagewesen ist seit der Zeit, wo die kleinen Staaten protestirten gegen die Schaffung des Zollvereins. Es ist bezeichnend, daß der Mann, der zu den Gründern des Nationalvereins gehörte, sich zum Wortführer eines so öden Partikularismus macht. (Gelächter bei den Nationalliberalen.) Darin täuscht Herr v. Bennigsen sich ganz außerordentlich, daß für den Osten durch Aufhebung des Identitätsnachweises eine Kompensation für die Staffeltarife gewonnen werden könnte. Er meint, die Aufhebung des Identitätsnachweises sichere nur die gleiche Wirkung des Schutzzolles in allen Landestheilen. Kein Schutzzoll übt die gleiche Wirkung aus, weil Deutschland kein einheitliches Wirthschaftsgebiet ist. Die Aufhebung des Identitätsnachweises wäre das allerverkehrteste, ein Sprung in's Dunkle, wie der Reichstag leider schon viele gemacht hat. Graf Mirbach glaubt auf die Blüthe von Handel und Industrie hinweisen zu können, indem er die hohen Dividenden von Aktiengesellschaften anführte. Als ob es nicht andere Aktiengesellschaften gäbe, die ohne Gewinn oder sogar mit Verlust arbeiten. Weiß Graf Mirbach nicht, daß die Einkommensteuer gerade deshalb erheblich zurückgegangen ist, weil die Einschätzung der Aktiengesellschaften ein erhebliches Minus ergeben hat? Nur den Kaviar brauchen wir, meint Graf Mirbach. Da würde man auch den österreichischen Handelsvertrag nur nach den Ungarweinen, den französischen nach der Einfuhr des Sektes und einen holländischen nach der Einfuhr von Austern bemessen können. Wer freilich von diesem Horizont des Frühstückstisches aus die Handelspolitik betrachtet, der hat niemals Gelegenheit gehabt, sich einheitlich in die Handelspolitik hineinzudenken und betrachtet als ehemaliger Kavallerie-Offizier die Handelspolitik als Pferdehandel, wobei einer den andern zu übervortheilen sucht. (Stürmische Heiterkeit.) Herr König schloß mit dem Dichterwort: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!“ Er hätte lieber schließen sollen mit den Worten: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an den Zollunterschied von 1,50 M. (Beifall links.) Graf Moltke sprach von der Erhebung in den Freiheitskriegen, die im Osten begann. Die Erhebung wurde von Rußland unterstützt, so daß man eher auf den Gedanken der Wiederherstellung der heiligen Alliance kommen könnte, als auf einen Zollkrieg mit Rußland. So viel Armeekorps wie Rußland hinter der Grenze hat, hat Frankreich auch und trotzdem genießt Frankreich die Meistbegünstigung infolge der Meistbegünstigungsklausel, die Fürst Bismarck in den Friedensvertrag setzte. Er wird wohl gewußt haben, was er that.

Der Bund der Landwirthe hat mit einer geordneten Interessenvertretung garnichts gemeinsam. Er geht darauf aus, der Gesetzgebung ein improvisirtes Programm durch eine wilde und wüste Agitation rücksichtslos aufzuzwingen; er ist eine Mißgeburt in unserem Vereinswesen, geboren aus brutaler Eigensucht und junkerlicher Anmaßung. (Lachen rechts, Zustimmung links.) Den Russen mag ja das Gepolter des Bundes der Landwirthe mehr imponirt haben, als vernünftigen Deutschen. (Heiterkeit.) Deutschland hat unter dem Fürsten Bismarck sich einen verderblichen Autoritätskultus angeeignet. Fürst Bismarck hat diesen Kultus selbst nach seiner Entlassung abzuschwächen gesucht. Der Bund der Landwirthe hat diese Abschwächung des Autoritätskultus in die Reihen der Landwirthe getragen. Ein weiterer Vorzug ist die Opposition gegen die Krone, wodurch der emporwuchernde Byzantinismus etwas abgeschwächt wird. Den Schutzzolltarif von 1879 verdanken wir der Koalition des Großgrundbesitzes und der Großindustrie. Der allergrößte Theil der Industrie braucht keinen Schutzzoll; sie leidet ebenso wie das Handwerk unter der Vertheuerung der Lebensmittel ihrer Arbeiter, um so mehr als andere Staate unserem schutzzöllnerischen Beispiel gefolgt sind. Das unnatürliche Bündniß ist durch den Bund der Landwirthe gelockert worden, und dieses Verdienst werde ich dem Bunde der Landwirthe nie vergessen.

Was denken Sie, welcher Sturm von Entrüstung sich in Handel und Industrie erheben würde bei Ablehnung des Handelsvertrages. (Widerspruch rechts.) Wenn der Zollkrieg fortgesetzt wird und die Konkurrenz anderer Länder in Rußland zunimmt, welcher Sturm von Entrüstung würde sich erheben! Und dann gegenüber dem Ausland! Die Vertragsverhandlungen sind eingeleitet auf grund einer Vollmacht, die der Reichstag gegeben hat einschließlich der Konservativen und mit der Vollmacht, daß die Regierung die Differentialzölle aus eigener Macht abschaffen kann. Die internationale Ehrlichkeit, die völkerrechtliche Loyalität (Lachen rechts) verlangen, daß der Handelsvertrag zur Annahme gelangt. Die Konservativen wünschen selber sehnlichst aus der Sackgasse herauszukommen und den Handelsvertrag angenommen zu sehen; sie wollen wieder herunter und können nicht. Sie finden ja schon im preußischen Landtag die Tafel mit Leckerbissen besetzt und es wiederholt sich die Geschichte vom verlorenen Sohn: Ueber einen bekehrten Konservativen ist im Reichskanzlerpalais mehr Freude als über 100 freisinnige Freunde. (Große Heiterkeit.) Geben Sie also Ihre nationalliberalen Sklaven frei (Große Heiterkeit), Sie handeln damit nicht nur in Ihrem eigenen Interesse, sondern auch menschlich edel. Sie sehen ja, wie schwere Gewissensbisse dieselben empfinden. Befreien Sie diese Ihre Hörigen und Sie werden damit selbst befreit sein aus der schlimmen Situation, in welche Sie hineingerathen sind. (Lachen rechts.) Die Nation verlangt die Annahme des Handelsvertrages (Lebhafter Widerspruch rechts) und zwar möglichst schnell. Eine Kommissionsberathung hat überhaupt keinen Sinn, da der Vertrag doch nicht geändert werden kann. Im Plenum können auch die Interessenten besser Aufklärung geben. Es giebt wohl im Reichstag nur 12 Personen, welche nicht ganz genau wissen, wie sie zum Vertrag stehen. Schicken Sie nur diese 12 unsicheren Kantonisten in die Kommission. Das Interesse von Handel und Industrie verlangt, daß der Vertrag so schnell als möglich zu stande kommt; deswegen stimmen wir gegen die Kommissionsberathung und verwahren uns gegen die Folgen, welche eine solche haben kann. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Lieber** (Z.): Ich kann doch nicht anerkennen, daß die Nation oder Handel und Industrie einen Anspruch darauf hätten, daß die Sache so schnell wie möglich entschieden werde; sie haben nur den Anspruch, daß der Reichstag seines Amtes walte und seine Entscheidung nach reiflicher Ueberlegung fällen soll. Die Meinung im Lande ist gar nicht so allgemein für den russischen Handelsvertrag. Wenn ich wirklich schon dafür wäre, die Rede Richters hätte mich stutzig gemacht. Denn nach solchen leidenschaftlichen Erörterungen können wir im Plenum nicht die nöthige Ruhe gewinnen zur sachlichen Prüfung. Deshalb wünschen wir den Vertrag der früheren Handelsvertrags-Kommission zu überweisen und dieselbe um 7 Mitglieder zu verstärken. Wenn ich namens aller meiner Parteifreunde spreche, so bringt das natürlich mit sich, daß ich sowohl Gründe für als Gründe gegen den Handelsvertrag vorbringe. (Gelächter links). Wenn es anders wäre, würde ich mich an Ihrer Stelle darüber wundern. Eine Partei aus allen Landestheilen und allen Berufsständen hervorgegangen, wird dieselben Gegensätze der Anschauungen repräsentiren, die überall im Lande hervortreten. Der Handelsvertrag ist ein Werk von ungeheurer Tragweite und wir würdigen vollkommen alle Gesichtspunkte der äußeren und innern Politik, welche dabei in Frage kommen. Der Herbeiführung einer europäischen Friedenssära sind auch wir geneigt, und deshalb freue ich mich, daß der Herr Reichskanzler gestern ein Wort, welches ich einmal gesprochen habe, nämlich das Wort von den Vereinigten Staaten von Europa wiederholt hat. Wir sind zu der Erkenntniß gekommen, daß die Rüstung des Reichs allgemach zu schwer geworden ist. Die Annahme und die Ablehnung des Vertrages kann trennende Momente hervorrufen zwischen den verschiedenen Gruppen des Landes, die sonst auf demselben Boden mit einander stehen. Deshalb müssen alle Schärfen aus den Erörterungen fern gehalten werden. Wir werden nicht einstimmen in den Ton, welchen Herr Richter gegen die Rechte angeschlagen hat. Für einen großen Theil meiner Freunde ist es bedenklich, daß nach Annahme des Handelsvertrages die Staffeltarife ihre für den Westen schädlichen Wirkungen erst recht äußern werden, wir müßten die Sicherheit haben, daß die Staffeltarife abgeschafft und niemals wieder eingeführt werden. (Widerspruch rechts.) Damit wird sich der Herr Graf Mirbach nun schon einmal abfinden müssen. Bei der Aufhebung des Identitätsnachweises sind wir bereit mitzuwirken. (Zuruf des Grafen Mirbach: Und Kanäle zu bauen!) Das wird sich finden, wenn Sie recht brav sind! (Große Heiterkeit.) Daß bei Aufhebung des Identitätsnachweises die Einfuhrscheine auch bei anderen Waaren als Getreide verwendet werden sollen, muß gesetzlich festgelegt werden. Der Bundesrath soll davon nur Ausnahmen zuzulassen berechtigt sein. Der Antrag von Kardorff ist unannehmbar. Moralisch wäre auch die Annahme des Antrages v. Kardorff ein Vertragsbruch. Wenn Herr König gestern den Bund der Landwirthe als die Vertretung des Bauernstandes bezeichnete, so hat er dazu ebenso wenig ein Recht, wie die Sozialdemokraten, wenn sie sich als die Vertreter der Arbeiterschaft bezeichnen. So erregt ist der deutsche Bauernstand noch nicht, wie der Bund der Landwirthe es vielleicht wünscht. Das wird die Kommissionsberathung vielleicht ergeben. Es wird aber Ernst gemacht werden müssen mit der Beseitigung der berechtigten Klagen der kleinen Landwirthe, soweit die Gesetzgebung dazu im stande ist. Das würde eine Ausführung dessen sein, was bei den früheren Handelsverträgen in meiner leider noch nicht berathenen Resolution niedergelegt ist. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Schultze**-Königsberg (Soz.): Nachdem zwischen Deutschland und den meisten Staaten des europäischen Kontinents Handelsverträge zu stande gekommen sind, ist es bei dem heutigen Stande unserer Verkehrsmittel unmöglich, einen solchen Zustand aufrecht zu erhalten, wie er sich in den letzten Jahren zwischen Deutschland und Rußland herausgebildet hat. Da dieser größte Staat Europas unser direkter Nachbar ist und bei den heutigen Bedürfnissen der Industrie ist es ganz selbstverständlich, daß auch zwischen Deutschland und Rußland ein Handelsvertrag zu stande kommen muß. Wie den früheren Verträgen, so stimmen wir auch diesem Vertrage zu. Wir sind auch gegen jede Kommissionsberathung. Ich sehe nicht ein, wozu sie nothwendig sein sollte. Der Vertrag ist in der öffentlichen Meinung seit Monaten so ausführlich behandelt worden, daß die Interessenten endlich die Meinung des Reichstags hören müssen. Wir haben auch keine Veranlassung den Nationalliberalen, welche das imperative Mandat übernommen haben, durch eine Kommissionsberathung die Hand zum Rückzuge zu bieten, damit sie sich dieser Kette entziehen können, die ihnen der Bund der Landwirthe auferlegt hat. Wenn das Zentrum die Kommissionsberathung wünscht, so sind bei ihm eben zwei Seelen in einer Brust vereinigt. Wenn wir geschlossen für den Vertrag eintreten, so sind wir noch keineswegs damit zufrieden, wir treten noch für eine weitere Herabsetzung der Getreidezölle und der Lebensmittelzölle überhaupt ein und werden, wenn dieser Vertrag zu stande gekommen ist, auch weiter dafür agitiren, damit schließlich erreicht wird, was zur Verbesserung der Lebensbedingungen nothwendig ist. Wenn Graf Moltke darauf hinwies, daß wir Sozialdemokraten nur deshalb für die Herabsetzung der Zölle stimmen, um den Arbeitern billigeres Brot zu schaffen, so ist das allerdings richtig, aber nicht im Sinne des Grafen Moltke, denn bei ihm scheint der Grundsatz zu herrschen, daß jedes Eintreten für Verbilligung der Lebensmittel ein Verbrechen ist. Auch hinsichtlich unserer Industrie sind wir mit dem jetzigen Zollsystem nicht zufrieden; da Deutschland Industriestaat geworden ist, müssen wir unsere Industrie auf die Höhe bringen, die sie haben muß. Ein Industriestaat kann nur existiren und seine Existenzberechtigung nur erkämpfen, wenn er nicht nur den einheimischen Markt beherrschen kann, sondern auch für den Weltmarkt konkurrenzfähig gemacht wird. Die deutsche Landwirthschaft ist den Anforderungen der Industrie bisher nicht gerecht geworden, sie bringt nicht genug Lebensmittel hervor, um die Bevölkerung zu ernähren. Wir müssen noch 20 pCt. unseres Bedarfs aus dem Auslande beziehen. (Abg. v. Kardorff: Nur 10!) Wenn nur 10 pCt., wozu wollen Sie dann noch einen besonderen Schutz der Landwirthschaft? Auf dem Gebiete der Schutzzollpolitik ist in den letzten Jahren schwer gesündigt worden. Die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr beweisen, daß das deutsche Wirthschaftssystem immer haltloser wird. Anfangs und Mitte der achtziger Jahre war das Verhältniß noch einigermaßen günstig, der Werth der Einfuhr war ungefähr dem Werth der Ausfuhr gleich. Das hat sich in den letzten Jahren erheblich zu unseren ungunsten verändert. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre entstand ein Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr im Betrage von 80 Millionen. Jetzt ist die Einfuhr um 800 Millionen höher als die Ausfuhr. Die Verhältnisse der Industrie und im Zusammenhang damit die allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse haben sich also ganz bedeutend verschlechtert. Sie mußten sich verschlechtern infolge der Zollpolitik des Fürsten Bismarck. Einzelne Erwerbszweige hatten dadurch erhebliche Vortheile, aber deren Millionengewinn wurde auf Kosten der Gesammtheit erzielt. Die Gesammtheit wurde dadurch in ihren wirthschaftlichen Verhältnissen ganz bedeutend zurückgedrängt. Ueberhaupt ist es nicht möglich, daß ein solcher Reichthum auf der einen Seite sich ansammelt, wenn nicht andere Kreise der Bevölkerung ganz erheblich geschädigt werden. Durch die Schutzzollpolitik der achtziger Jahre waren unsere Nachbarstaaten gezwungen, Repressalien gegen uns zu ergreifen. Man legte dem deutschen Export die größten Schwierigkeiten in den Weg. Die Folge war ein Rückgang der deutschen Industrie und Arbeiterentlassungen. Welcher Stoß ist z. B. durch die Mac Kinley-Bill der deutschen Industrie und dem Arbeiterstand versetzt! Tausende von Arbeitern wurden auf die Straße gesetzt, weil die deutsche Ausfuhr nach Amerika so empfindlich getroffen war. Dazu kommt das Wachsen der militärischen Ausgaben, für welche immer größere Summen aufgewendet werden mußten. Diese Summen wurden fortgesetzt immer auf die Schultern der arbeitenden Klassen abgewälzt. Die Arbeiter konnten dadurch nicht mehr die Bedürfnisse befriedigen, die sie eigentlich befriedigen sollten und früher befriedigt haben. Infolge der Vertheuerung der Lebensmittel nahm die Kaufkraft der Arbeiter ab und die Folge davon war wiederum ein Rückgang der allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse. Immer größer werdende Krisen sind zu verzeichnen und man ist eingestandenermaßen nicht im stande, diesen Krisen zu steuern. Man kann nicht für dauernde Arbeitsgelegenheit sorgen; der Bankrott der heutigen Gesellschaft tritt immer schärfer und stärker zu Tage. Durch die deutsche Schutzzollpolitik ist selbst Rußland zum Zollkriege mit uns getrieben. Der russische Handel nach Deutschland und von Deutschland ist größer als der mit anderen Staaten. Rußland hat das größte Interesse, seine überschüssigen landwirthschaftlichen Produkte nach Deutschland abzuschieben, es kann sich also nicht gefallen lassen, wenn diesen Produkten der Eintritt in Deutschland durch hohe Schutzzölle erschwert wird. Der Zollkrieg bringt nicht blos für Rußland, sondern auch für Deutschland erhebliche Vortheile. (Sehr richtig! links.) Wenn zwei sich streiten, hat immer ein Dritter den Vortheil. Oesterreich und Rumänien sind für landwirthschaftliche Produkte an die Stelle Rußlands getreten. Ebenso ist anstelle der deutschen Export-Industrie nach Rußland die Oesterreichs und anderer Staaten getreten. Ob durch den Vertrag sofort ein kolossaler Aufschwung der deutschen Industrie erfolgt, ist mir zweifelhaft. Der Zollkrieg hat ihr zu tiefe Wunden geschlagen. Selbstverständlich müssen wir beim Vertrage in den landwirthschaftlichen Zöllen Rußland in den Industriezöllen Konzessionen machen. Auch wir selbst haben ein wichtiges Interesse an der Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle. Nicht allein die arbeitende Klasse, sondern die Industrie selbst hat Vortheil davon, wenn die Lebensmittel billig sind. Von seiten der Agrarier wird so oft angeführt, daß die deutsche Landwirthschaft nicht konkurriren könne, weil die Arbeitslöhne zu hoch seien. Aber die Arbeitslöhne der Landwirthschaft in Amerika sind höher als bei uns. Nicht allein auf die Löhne kommt es an, sondern auch auf intensive Arbeit und rationelle Bewirthschaftung. Wenn behauptet wird, daß die Land-

wirthschaft unrentabel geworden sei, so widersprechen dem die statistischen Zahlen, welche in den letzten Tagen durch die ganze Presse gegangen sind. Danach ist der Ertrag der Landwirthschaft in den 90er Jahren im Vergleich mit den 80er Jahren um 47 pCt. gestiegen. Diese Zahlen müßten von den Agrariern erst widerlegt werden. Daß die Agrarier so lebhaft der Herabsetzung der Getreidezölle widersprechen, ist selbstverständlich. Die Leute sind noch etwas zurückgeblieben gegenüber dem heutigen Zeitgeist. Sie stehen noch auf demselben Boden wie ihre Vorfahren, haben dieselben Grundsätze wie diese vor hundert Jahren. Aber infolge der heutigen Kulturverhältnisse haben sich die Formen der Bewirthschaftung geändert. Als die Agrarier des Mittelalters, die Köckeritze und Itzenplitze nicht mehr den Kaufleuten mit dem Schwerte in der Faust die Waaren abnehmen konnten, wandten sie alle Machtmittel an, um sich das Eigenthum der ländlichen Arbeiter, des Bauernstandes anzueignen. Erst Friedrich II. war es vorbehalten, gegen den Widerspruch der damaligen Agrarier, der gesammten preußischen Junker, den Bauernstand vor dem völligen Untergange zu retten. Von einem Arbeiterschutz war bis dahin in den ostdeutschen Provinzen Schlesien, Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen, zum Theil auch in Brandenburg, gar keine Rede. Ländliche Arbeiter, Bauern und Gesinde sagten sich: lieber zehn Jahre im Zuchthaus, als zwei Jahre Unterthan eines adligen Besitzers. Heute versuchen die Agrarier die Auspowerung der Arbeiter durch eine künstliche Heraufschraubung der Getreidepreise mittels der Zölle. Man thut freilich immer so, namentlich in Ostpreußen, als wolle man dem Bauernstande, als dem Rückgrate der Landwirthschaft und einem Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, Vortheile zuwenden. Aber in Ostpreußen giebt es gar keinen Bauernstand mehr, nur Großgrundbesitzer, Instleute und Scharwerker. Nicht die Grundrente der Landwirthschaft an sich ist zurückgegangen, sondern man hat die Grundrente mit Hilfe der Zölle künstlich gesteigert und darf sich nun nicht wundern, wenn mit dem Getreidepreis auch die Grundrente oder der Pachtzins sinkt. Das Steigen und Fallen des Rubelkurses hat auf den Getreidepreis einen äußerst geringen oder gar keinen Einfluß. Der Preis wird viel mehr bestimmt durch die Ernten in den einzelnen Staaten, durch die Verkehrseinrichtungen und andere Einflüsse. Haben die Agrarier ein Interesse an hohen Getreidepreisen, so hat der größte Theil des Volkes ein Interesse an der Erniedrigung der Preise. Dieser Kampf wird nicht früher aufhören, als bis die Macht der Agrarier gebrochen ist. Die Agrarier fürchten eine Reichstags-Auflösung am allermeisten. Der landwirthschaftliche Verein von Gumbinnen hat seine konservativen Vertreter aufgefordert, für den russischen Handelsvertrag zu stimmen. Dasselbe ist dem Grafen Kanitz passirt. Die Agrarier werfen sich patriotisch in die Brust und fragen: wer hat die früheren Siege erfochten? Bei Jena und Auerstädt waren die Junker an der Spitze des geschlagenen Heeres, und die letzten Siege sind von den Arbeitern und dem Mittelstande erkämpft worden. Ausgenutzt aber wurden diese Siege von dem Großgrundbesitz und der Industrie, denn die anfängliche Lohnsteigerung hat nur kurze Zeit vorgehalten. Man hat gemeint, Bismarck würde Rußland nicht solche Zugeständnisse gemacht haben. Umgekehrt, kein Minister hat den Befähigungsnachweis als russischer Minister so geführt wie der Fürst Bismark. Keiner wäre im Stande gewesen, Rußland so weitgehende Konzessionen zu machen, wie er. Man hat gemeint, daß Fürst Bismarck noch russischer war, als die Russen selbst. Wenn Graf Mirbach anführte, daß die Deutschen wohl Grund und Boden in Rußland erwerben könnten, daß aber die russische Polizeiwirthschaft das zu verhindern wissen würde durch Ausweisungen u. s. w., so erinnere ich nur daran, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Ausweisungen bei uns gehandhabt worden sind, so daß man sich wundern muß, daß wir diesem Vertrage überhaupt noch zustimmen und nicht vielmehr alles verwerfen, was von dieser Regierung vorgeschlagen wird. So lange man noch bestrebt ist, die russischen Verhältnisse in Deutschland einzuführen, darf man sich auch nicht wundern, daß in Rußland fortwährend Ausweisungen erfolgen. Wenn überhaupt etwas im Auslande für uns Deutsche im Ausland geschehen soll, so muß im Inlande ganz gehöriger Radau und Skandal gemacht werden, ehe von den maßgebenden Persönlichkeiten etwas geschieht. Die Landwirthschaft als solche bekämpfen wir nicht, sondern nur die Auswüchse des Agrarierthums. Auch wir werden alles aufbieten, um die Landwirthschaft auf diejenige Höhe zu bringen, auf die sie gebracht werden muß. Wir betrachten es als einen Fehler, wenn der Staat nicht diejenigen Produkte, die er gebraucht, soweit überhaupt möglich, selbst hervorzubringen bestrebt ist. Durch die Zucker- und Branntwein-Prämien haben die Agrarier gar kein Interesse mehr an einem intensiveren Getreidebau. Die ganze landwirthschaftliche Entwickelung wird dahin führen, daß zur sozialistischen Produktionsweise kein großer Schritt mehr sein wird. Ich kann es sehr wohl begreifen, daß die Herren aus dem Westen die Konkurrenz des ostdeutschen Getreides fürchten, daß sie gegen den russischen Zolltarif wettern und allen ihren Unmuth und Aerger in dieser Richtung zum Ausdruck bringen. Wenn es sich darum handelt, einen Russen als Präsidenten in Ostpreußen einzusetzen, so wird das der Bevölkerung dort ganz gleichgiltig sein. Auf einen mehr oder weniger kommt es nicht an. Die Beamten dort geben sich alle Mühe, die russischen Zustände bei uns einzuführen. Die russische Knute spielt bei uns immer noch eine hervorragende Rolle. Einen ostpreußischen Junker genirt es garnicht, einen alten Invaliden an die Kehle zu fassen und ihn an die Mauer zu drücken. (Abg. v. Gerlach: Blödsinn!) Wie viele Leute kommen in Königsberg auf das Landrathsamt, um sich zu beklagen über die Behandlung, die ihnen zu Theil geworden ist. Wie die Behandlung der Arbeiter eine russische ist, so ist auch die Behandlung der ganzen Provinz eine russische. (Präsident v. Levetzow: Das gehört aber absolut nicht zum russischen Handelsvertrag!) Der Vertrag muß auch einen ganz erheblichen Einfluß auf den Handel ausüben. Gerade die östlichen Provinzen haben durch die Zolltarife ganz erheblichen Schaden gelitten. Die Ausfuhr von Getreide betrug in Königsberg 1889: 264 000 Tonnen, 1892: 147 000 Tonnen. Die Ausfuhr an Holz und derartigen Produkten ist in derselben Zeit von 119 000 auf 75 000 Faßmeter zurückgegangen. Die östlichen Provinzen vermitteln ja nicht blos mit Deutschland, sondern auch mit anderen europäischen Staaten den russischen Verkehr. Noch 1889 betrug die Zufuhr an russischem Getreide 310 000 Tonnen, 1892 nur noch 87 000. Der Schiffsverkehr hat entsprechend abgenommen. Pillau sah 1890 noch 3641 Schiffe ein- und auslaufen, 1890 nur noch 3360, also pro Tag ein Schiff weniger. Ebenso hat der Eisenbahnverkehr der ganzen Provinz schwer gelitten; Ost- und Südbahn weisen einen erheblichen Rückgang auf. Ost- und Westpreußen haben kein Hinterland, die Industrie kann dort nicht emporkommen; wird an der russischen Grenze nach dem Herzen der Agrarier eine chinesische Mauer errichtet, so gehen diese beiden Grenzprovinzen noch mehr zurück. Die Sachsengängerei, die kolossale Auswanderung sind ja die logischen Konsequenzen dieser Zoll- und Wirthschaftspolitik. Die Leute haben dem Vaterlande den Rücken gekehrt, weil sie in der Heimath ein menschenwürdiges Dasein nicht mehr finden konnten. Trotz der in den Städten der Provinz herrschenden Arbeitslosigkeit aber klagen die Agrarier nach wie vor über Arbeitermangel! Für Ost- und Westpreußen, namentlich aber auch für Schlesien ist die Industrie eine Lebensfrage; es muß also der Ausplünderung der Massen endlich Einhalt gethan werden. Eine Reihe von Handelskammern führt darüber Klage, daß trotz aller Versuche, den russischen Markt zu erhalten, die Ausfuhr sehr stark zurückgegangen ist. Es kommen hier die Holz-, Eisen-, Textil- und chemische Industrie in Frage. Alle haben einen sehr entwickelten Export. Durch den Zollkrieg ist allen diesen Industrien ein sehr schwerer Schlag versetzt worden. Eine noch viel größere Arbeitslosigkeit in diesen Industrien wird die unbedingte Konsequenz der Ablehnung des Vertrages sein. Fragen Sie nur die Bevölkerung von Memel. Die Handelsleute werden Ihnen versichern, daß in früheren Jahren die Russen, wenn sie Getreide und Holz herüberbrachten, nicht das Geld dafür zurücknahmen, sondern deutsche Industrie-Erzeugnisse. Während früher der durchschnittliche Lohn in der Metallwaaren-Fabrik „Union“ 40—50 M. für 2 Wochen betrug, hat er im letzten Winter im Oktober 15—21 M., im November ebensoviel, im Dezember 14—26 M., im Januar 14—15 M., im Februar 16—18, höchstens 24 M. für zwei Wochen betragen. Wie soll bei den heutigen hohen Lebensmittelpreisen eine Arbeiterfamilie mit 6—10 M. in der Woche auskommen? In sämmtlichen Fabriken Ostpreußens sind die Verhältnisse ebenso. In der Schneidemühlen-Industrie ist die Arbeiterzahl auf 25—30 pCt. zurückgegangen, und das ist alles nur durch den Zollkrieg herbeigeführt worden. Es ist unerhört, wenn dieser Zustand auf die Dauer weitergehen solle. Wir stimmen also dem Vertrage zu, sind aber noch nicht damit zufrieden, sondern werden für die vollständige Beseitigung aller Lebensmittelzölle eintreten, denn unsere Landwirthschaft kann uns nicht genügend mit Korn versehen. Es ist unerhört, daß es durch Erhöhung der Getreidezölle einzelnen Klassen gestattet wird, den Raub am deutschen Volke immer mehr durchzuführen. Der Vertrag ist nothwendig, um unserer Industrie die Machtstellung einzuräumen, die ihr gebührt und die sie auf dem Weltmarkt einzunehmen verpflichtet ist. Wir müssen immer mehr ein Industriestaat werden. Durch den Vertrag ebnen wir einer friedlichen Entwicklung und einem friedlichen Verkehr der Völker mehr und mehr die Wege, der Krieg wird dadurch mehr und mehr aus der Welt geschafft. Wenn Rußland eine Gefahr für unsern Frieden bedeutet, so sind wir zum großen Theil schuld daran durch die Politik der siebziger Jahre. Wir sind schuld daran, daß Frankreich und Deutschland so stark von einander getrennt sind und daß ein so unnatürliches Bündniß zwischen dem republikanischen Frankreich und einem Lande wie Rußland besteht, wo die Despotie in schärfster Form herrscht. Wir haben keine Ursache, dafür einzutreten, daß die Völker nur als Kanonenfutter betrachtet werden, wir haben vielmehr einzutreten für die Hebung des wirthschaftlichen Lebens des ganzen Volkes und für die Entwickelung friedlicher Verhältnisse. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Stumm** (Reichsp.): Für den deutschen Arbeiter kommt es nicht so sehr darauf an, möglichst billiges Brot zu essen, sondern so viel Geld zu verdienen, daß er möglichst viel Brot essen kann. (Sehr richtig! rechts.) Die maßlosen Angriffe des Herrn Richter auf den Bund der Landwirthe möchte ich nach meiner Kenntniß der Verhältnisse zurückweisen. Daß seit dem allgemeinen Wahlrecht der Grundsatz Autorität und Majorität nicht mehr gelte, kann ich dem Grafen Mirbach nicht zugestehen. Im Gegentheil, dieser Grundsatz muß jetzt erst recht aufrecht erhalten werden; nicht blos die Autorität des Monarchen sondern auch der Personen, welche in seinem Namen regieren, muß vor allen Anfechtungen bewahrt werden. Darin ist Graf Mirbach mit mir auch einverstanden; er will nur eine sachliche Diskussion haben. Aber Herr Lutz hat diesen Standpunkt nicht mehr festgehalten namentlich durch seine Berufung auf Herrn v. Thüngen. Trotzdem erkenne ich an, daß der Bund der Landwirthe sich große Verdienste errungen hat und die Konzessionen Rußlands sind hauptsächlich seiner Agitation zu danken. Das ist nicht sein Verdienst, er hat es wider Willen gethan. Aber daß der Bund der Landwirthe für die Militärvorlage eingetreten ist, das ist ein unbestrittenes Verdienst. Ebenso wie die Angriffe gegen den Bund der Landwirthe muß ich auch die Angriffe gegen das Junkerthum zurückweisen; denn das preußische Junkerthum ist noch heute das Rückgrat des Deutschen Reichs und des preußischen Staates. (Großes Gelächter links.) Die Junker haben die Siege erfochten. (Gelächter links. Zurufe: Jena!) Daß sie auch einmal geschlagen werden können, ist richtig! (Zuruf links: Festungen verrathen!) Sie kamen ja bei den späteren Lesungen darauf eingehen. Daß die Mitglieder des Bundes der Landwirthe gegen den russischen Vertrag stimmen, weil sie eine Schädigung der Landwirthschaft befürchten, ist begreiflich. Ich würde in einem solchen Falle auch gegen den russischen Vertrag stimmen. Aber er enthält Kompensationen und keine neue Schädigung der Landwirthschaft. Für Weizen ist der Differenzialzoll vollständig gleichgiltig; aber bezüglich des Roggens stimme ich nicht den Ausführungen der Regierung bei, daß der Weltmarktpreis dafür entscheidend ist, weil Deutschland der Haupt-Roggenkonsument ist. Das ist richtig, daß der russische Roggen in die Länder gehen wird, welche keine Getreidezölle haben. Aber dazu gehören erst große Transporte, und dadurch wird die Sache doch etwas verschoben. Die Aufhebung des Identitätsnachweises würde eine vollständige Kompensation sein, denn die Landwirthe bekommen jetzt die Garantie, daß sie den Weltmarktpreis bekommen plus den vollen Zoll. Das war bisher nicht der Fall; denn im Osten kam der Zoll nicht voll zur Geltung. Die Kompensation für den Westen liegt in der Aufhebung der Staffeltarife. Diese beiden Kompensationen sind für die Landwirthschaft wichtiger als der Abschluß des russischen Handelsvertrages an sich, und sie sind geeignet, auch die Nachtheile auszugleichen, welche der österreichische Vertrag mit sich gebracht hat. Die österreichischen Konzessionen bedeuten für die Industrie sehr wenig; aber die russischen Konzessionen sind für dieselbe von der größten Bedeutung; das können Sie wohl glauben, wenn die gesammte Industrie es Ihnen versichert. Trotz der hohen Zollsätze des Tarifs von 1891 sind die Einfuhren Deutschlands nach Rußland immer noch erheblich und sie werden noch erheblicher werden, wenn die Zollermäßigungen in Wirksamkeit treten. Der Industrie ist aber eine Vermehrung ihrer Exporte zu gönnen. Es ist sehr begreiflich, daß auch die Sozialdemokraten für den Vertrag eintreten im Interesse der Arbeiter und die Konservativen werden in der öffentlichen Meinung sehr schwer geschädigt werden, wenn sie schlechter für die Arbeiter sorgen, als die Sozialdemokraten.

Es sind schon große Abschlüsse für Rußland erfolgt, namentlich seitens der Eisenindustrie. Die beladenen Eisenbahnwagen gehen, sobald der Vertrag mit Rußland unterzeichnet ist, ab. Welcher Rückschlag würde eintreten, wenn der Vertrag abgelehnt würde. Besonders ist der Regierung zu danken dafür, daß sie mit so großer Zähigkeit an den 10 Jahren festgehalten hat. Rußland hatte an den 10 Jahren kein Interesse; sie sind lediglich im Interesse Deutschlands in den Vertrag aufgenommen. Die Aufhebung der Staffeltarife erhöht die Preise im Westen sofort sehr erheblich; das verthenert dem Arbeiter das Brot; aber die Industrie trägt im Interesse der Solidarität die Mehrausgabe sehr gern, wenn sie genügende Beschäftigung findet. Gehen Sie einmal nach der Schweiz und sehen Sie, wie der Zollkrieg mit Frankreich gewirkt hat. Der russische Handelsvertrag in Verbindung mit der Aufhebung des Indentitätsnachweises und der Staffeltarife wird für unser ganzes deutsches Erwerbsleben einschließlich der Landwirthschaft den allergrößten Segen stiften. Ich will nicht die Verantwortlichkeit für die Ablehnung des Vertrages auf mich nehmen, eine Verantwortlichkeit, um welche ich die Herren, welche für die Ablehnung stimmen, nicht beneide. (Beifall.)

Abg. Graf **v. Bernstorff-Uelzen** (Welfe): Wir begrüßen es mit Freude, daß auf der Basis der Handelsverträge die Entwickelung der Kultur zwischen großen Nachbarstaaten gefördert wird. Die isolirte Stellung, welche Deutschland eingenommen hat, ist zum großen Theil dadurch veranlaßt, daß der leitende Staat Preußen nicht immer auf der Grundlage des Rechtes seine Erfolge gesucht hat. In der Vertragspolitik begrüßen wir das Anerkenntniß, daß das Recht die maßgebende Grundlage des Völkerlebens sein und bleiben wird. Aber auch die wirthschaftlichen Fragen treten hier besonders in den Vordergrund. Wir vertreten sämmtlich ganz überwiegend landwirthschaftliche Kreise, wir nehmen sämmtlich aus der Landwirthschaft unsere Existenz, gehören also auch zu den nothleidenden Landwirthen. (Heiterkeit links.) Daß die Landwirthschaft sich in einer Nothlage befindet, ist notorisch. In den letzten Jahren waren die Resultate der Landwirthschaft sehr gering. Die Aufwendungen der Landwirthschaft sind in den letzten Jahren größer gewesen als der Zuwachs der Erträge. Die Herren auf der Rechten sehen den Grund dafür in der Herabminderung des Zollschutzes, wir aber nicht. Der Werth der Zölle als Finanzzölle kann nicht bestritten werden, aber die Erwartungen der Landwirthschaft, die sie an die verschiedenen Zollerhöhungen knüpfte, haben sich nicht erfüllt. Wir haben immer betont, daß der Getreidezoll der Landwirthschaft nur einen zweifelhaften und unsicheren Gewinn bringt. Selbst der hochgesteigerte Zoll hat der Landwirthschaft keinen befriedigenden Preis garantiren können. Die Produktionskosten werden durch die heutigen Preise kaum gedeckt. Andererseits ist der Roggenpreis in einzelnen Jahren so hoch gestiegen und die Schwankungen sind dadurch so groß geworden, daß die Unsicherheit der landwirthschaftlichen Betriebes größer ist, als vor der Schutzzollpolitik. Das kommt daher, daß unsere Produktionskosten sich nicht nach den billigen, sondern nach den theuren Jahren richten. Die landwirthschaftlichen Zölle sollten vorzugsweise dem Osten zu gute kommen. Aber gerade der Osten hat in den letzten 15 Jahren mehr Veranlassung gehabt zu klagen und jedenfalls mehr geklagt, als der Westen, für welchen Getreidezölle nur eine untergeordnete Bedeutung haben. Das Wort der Getreidezölle für die Landwirthschaft steht also sehr in Frage, die russische Valuta könnte als ein wesentlicher Faktor für die Ablehnung des russischen Handelsvertrages darf nur dann gelten, wenn mit der Ablehnung des Vertrages diese Valuta zugleich aus der Welt geschafft würde. Das ist aber doch nicht der Fall. Wir haben das Bedenken, daß bei der Einführung des russischen Handelsvertrages durch die preußischen Staffeltarife die russische Konkurrenz für unsern Westen und Süden gesteigert würde zu einer Zeit, wo sie ganz besonders empfindlich ist. Während im Allgemeinen der Transport des russischen Getreides zu Wasser eine Hauptrolle spielt, würde in den Zeiten, wo der Eisenbahntransport als Ersatz eintritt, Rußland den Vortheil von den Staffeltarifen haben. Wir haben dem Osten den Vortheil der Staffeltarife gegönnt und wir würdigen auch die Verdienste des Ostens um die deutsche Existenz. Hat die Industrie von diesem Vertrage Vortheile, was ich für sicher halte, so kommen diese Vortheile auch der Landwirthschaft zu Gute. Wird der Zoll von 3,50 M. mit diesem Vertrag auch an der russischen Grenze eingeführt und damit zugleich ein Abschluß unserer Handelsvertragspolitik gemacht, so muß damit in die Preisbildung des Getreides eine größere Stabilität kommen, was von größtem Werthe für die Landwirthschaft ist, denn nicht die niedrigen Preise drücken die Landwirthschaft so sehr, wie die Schwankungen. Meine Freunde und ich, wir haben uns den Belehrungen des Bundes der Landwirthe wenig zugänglich erwiesen, das liegt wohl an einer gewissen Schwerfälligkeit, aber ich konstatire, daß der Westen, speziell Hannover darin mit ganz geringen Ausnahmen ziemlich einig ist. Die landwirthschaftliche Vertretung des Nordens (Zuruf des Abg. Graf Knyphausen) — Ostfriesland immer ausgenommen — hat vor acht Tagen einstimmig unter der Voraussetzung, daß die Staffeltarife und der Identitätsnachweis aufgehoben werden, sich für den russischen Handelsvertrag ausgesprochen. (Hört! hört! links.) Dank unserer landwirthschaftlichen Organisation erfreut sich Hannover noch heute eines gesunden Bauernstandes, unter schweren Verhältnissen hat die Landwirthschaft es dort verstanden, sich den Verhältnissen anzupassen und sich trotz der vermehrten Konkurrenz des Auslandes lebensfähig zu erhalten. (Hört! hört! links.) Ich hoffe, daß der russische Vertrag einen gedeihlichen Abschluß unserer Handelspolitik zum Wohle unseres Vaterlandes herbeiführen wird. (Beifall links.)

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. **v. Bennigsen**: Dem Grafen v. Bernstorff erwidere ich, daß ich in keiner Weise verkenne, daß in ganz Deutschland berufsmäßige Organe zur Förderung der Landwirthschaft bestehen, vor allem auch die landwirthschaftlichen Vereine in Hannover. Eine Interessenvertretung ist jedoch später geschaffen wie für Handel und Industrie und hat zu ungünstiger Zeit so wenig erfreuliche Früchte gezeitigt wie den Bund der Landwirthe. Herr Abg. Richter hatte meine Ausführungen über die Staffeltarife unrichtig aufgefaßt und noch unrichtiger wiedergegeben. Er hat sich ferner mit der angeblichen Spaltung in der nationalliberalen Partei beschäftigt; aber von den Nationalliberalen werden weit mehr Mitglieder für diesen Vertrag stimmen, als die ganze einheitliche geschlossene Phalanx des Abg. Richter nebst seinen früheren Freunden. Ein politisches Testament zu machen hat mir sehr fern gelegen, das wäre auch ziemlich geschmacklos. Allerdings besteht für mich die Möglichkeit, mit Herrn Rickert politisch zusammen zu wirken. Nur bedaure ich, daß ich dies Zusammenwirken mit Herrn Richter und seinen Freunden nicht in Aussicht stellen kann. Das würde ganz unpraktisch und nutzlos sein, denn dieser hervorragende und tüchtige Mann bringt es fertig, in jeder Frage, auch wenn sie den größten Fortschritt für Deutschland enthält, zu einem negativen Votum zu kommen. Daß die Verantwortlichkeit der Minister in die Reichsverfassung nicht hineingebracht ist, ist nicht meine Schuld. Es fand sich im Bundesrath und Reichstag dafür keine Mehrheit.

Abg. **Richter**: Wenn Abg. v. Bennigsen von den positiven Stimmen seiner Partei diejenigen abzieht, welche zur Neutralisirung der negativen nöthig sind, dann bleibt von der großen Partei in der Wagschaale des Handelsvertrages weniger übrig, als von meiner kleinen Partei. Wenn Herr von Bennigsen kein politisches Testament hat machen wollen, so freue ich mich darüber ganz besonders, indem ich hoffe, daß er künftig noch ein besseres Testament aufstellen wird, als das gestrige. Die Bemerkung über mein stets negatives Votum war jetzt, wo ich für den Vertrag stimme, sehr deplazirt. Durch eine engere politische Verbindung mit Herrn von Bennigsen würde ich mir selbst untreu werden.

Darauf wird um 6 Uhr die weitere Berathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Lokales.

An die Mitglieder des Wahlvereins des vierten Berliner Wahlkreises. Sonntag, den 4. März, Morgens 8 Uhr, soll das vom Wahlverein beschlossene Flugblatt verbreitet werden. Der Zweck und die große Auflage des Flugblattes erfordern es, daß Ihr Euch in großer Zahl für die Verbreitung desselben zur Verfügung stellt. Fehle niemand, der im stande ist, mitzuarbeiten! Es gilt, dem Wahlverein neue Mitglieder zuzuführen und die Organisation in unserem Wahlkreise auszudehnen. Die Stellen, an denen Flugblätter in Empfang zu nehmen sind, werden am Sonnabend im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden. Der Vorstand.

Ein zutreffendes Urtheil über die Talente der Berliner Polizei wird von Karl Jentsch in der „Frankfurter Zeitung“ gefällt. In einem Feuilleton über Moltke führt der Schriftsteller verschiedene Aussprüche des Feldherrn an, in denen dieser seinem Erstaunen über die Ruhe und den Ordnungssinn Ausdruck giebt, womit namentlich in England Volksversammlungen vor sich gehen. „Keine noch so zahlreiche Polizei, heißt es, vermöge solche Massen zu beherrschen; man sieht, das Volk ist seit Jahrhunderten gewöhnt, sich selbst zu regieren.“ Dasselbe Lob ertheilt Moltke den Mailändern 1875: „Keine Polizei könnte das je bei uns erreichen“; und aus Straßburg

schreibt er das Jahr darauf: „Ganz liebenswürdig benimmt sich das Publikum. Nirgends Geschrei oder Rohheit in der dicht gedrängten Menge. Fügsam und gutmüthig, ein wahrer Kontrast mit den Berlinern.“ Einem so scharfsinnigen Kopfe, meint Karl Zentsch, kann es nicht verborgen geblieben sein, daß gerade die jeder Selbstregierung feindlichen Regierungsgrundsätze Preußens und die schneidige Berliner Polizei es sind, die das Publikum der Reichshauptstadt zum Pöbel „erzogen“ haben: seitdem ist es der Sozialdemokratie gelungen, die wirkliche Erziehung, die Selbsterziehung der unteren Volksschichten so zu fördern, daß bald sogar die Polizei nicht mehr im stande sein wird, Rüpeleien und Exzesse hervorzurufen.

Stimmt auffallend. Wie bekannt, liegt die Sache ja so, daß anderswo und namentlich in England die Bevölkerung ihre Polizei sehr wohl im Zaum zu halten weiß und keine Gelegenheit versäumt, diese darüber zu belehren, daß sie es mit Menschen zu thun habe.

Die Berliner Polizei dagegen regiert bekanntermaßen über Deutsche. Und da die Sozialdemokratie mit Erfolg dabei ist, die Deutschen zu Menschen zu machen, so erklärt sich auch die ingrimmige Wuth der Ordnungsstützen gegen die Sozialdemokratie.

Kreuzenloser Luxus auf der einen und unsägliche Noth auf der andern Seite ist die Signatur unseres seiner Vernichtung entgegen eilenden Gesellschaftszustandes. Von der Noth unserer Zeit sind die Leser des „Vorwärts“ genugsam unterrichtet, weniger vielleicht von der Verschwendung, die auf der Höhe der Gesellschaft üblich ist. Davon möge die folgende Zeitungsnotiz ein Bild geben.

Welch ungeheurer Luxus, so meldet das „Fremdenblatt“, auf Tafeldekorationen verwandt wird, geht aus den Arrangements hervor, welche vor einigen Tagen der Fürst und die Fürstin Fürstenberg für ein Diner getroffen hatten, zu dem die ersten Kreise der Gesellschaft geladen waren. Außer dem kolossalen Reichthum an Gold- und Silber-Schaugeräthen war die Tafel mit den ausgesuchtesten Exemplaren rother Rosen und rother Nelken dekorirt. Von silbernen Leuchtern, deren je einer, abgesehen von den schweren massiven Kandelabern, vor dem Platze eines jeden Tischgastes stand, zogen sich um die große Tafel herum Guirlanden rother Rosen, aus welchen auch die Tischbouquets zusammengesetzt waren. Der Preis, welchen die Blumen bei diesem einen Diner repräsentirten, wird auf zirka 1400 M. geschätzt.

Wen gemahnt es bei dieser Beschreibung nicht an die Worte des Dichters: Lauter jauchzt der Geigen Ton, ihr Männer, ihr Weiber von Babylon! Mene Tekel Upharsin!

Eine Untergrundbahn Kreuzberg-Wedding. Ein hiesiger Zivilingenieur, welcher bereits, wie angeführt, im Jahre 1891 beim Magistrat die Genehmigung zum Bau und Betriebe eines Netzes elektrischer Untergrundbahnen nachgesucht hatte, hat sich um die Konzessionirung der als erste zu erbauenden Linie jenes geplanten Bahnnetzes von Süden nach Norden — unter der Bellealliancestraße (vom Endpunkte derselben am Tempelhofer Berg), dem Blücher-Platze, Bellealliance-Platze, der Friedrich-Straße (Durchquerung der Straße Unter den Linden), Chaussee-Straße und der Müller-Straße bis zum Treffpunkte derselben mit der Lindower-Straße (Bahnhof Wedding) beworben. Der Unternehmer will die Herstellung einer Versuchsstrecke bezw. eines Tunnels unter der Spree, sowie eine Versuchsstrecke zwischen Stralau-Treptow gegebenen Falles sofort in Angriff nehmen, will ferner das zu jenem Bau erforderliche Kapital bei der Reichsbank sogleich hinterlegen und hat sich verpflichtet, auch noch den Tunnel dem Fußgängerverkehr dienstbar zu machen und der Stadtgemeinde kostenfrei zu überlassen, so daß hierdurch der Bau der projektirten Fußgängerbrücke neben der Eisenbahnbrücke zwischen Treptow und Stralau überflüssig und so für die betheiligten Ortschaften und Berlin wohl nicht unerhebliche Kostenbeiträge gespart werden.

Keine Postkaserne? Die „National-Zeitung“ berichtigt die auch in den „Vorwärts“ übergegangene Mittheilung von dem Bau von Beamtenwohnungen dahin, es sei nicht zutreffend, daß bei dem Neubau des Postzeitungs-Amts in der Dessauerstraße 4 und 5 eine Anzahl Miethswohnungen für Mittel- und Unterbeamte geschaffen werden sollen. Es werden vielmehr nur einige wenige Dienstwohnungen für die im Hausdienste erforderlichen Unterbeamten hergestellt werden. Die Ueberweisung dieser Dienstwohnungen erfolgt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unter Einbehaltung des Wohnungsgeld-Zuschusses.

Berlin bei Nacht. In dem Polizeibericht, den wir gestern veröffentlichten, befand sich u. a. die seltsam klingende Nachricht, daß in der Nacht zum 26. Februar eine unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehende Frauensperson mit mehreren Knochenbrüchen vor dem Hause Beusselstr. 69 auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden und nach dem Krankenhause geschafft worden sei. Sie war, hieß es weiter, aus einer im ersten Stock belegenen Wohnung herausgesprungen.

Diese Mittheilung klärt sich folgendermaßen auf:

In der ersten Etage des Hauses Nummer 73 der obengenannten Straße hat der 24jährige Arbeiter Braun ein Zimmer inne. Am Sonntag hatte er seinen Geburtstag gehabt und aus diesem Anlaß verschiedene Flaschen Wein zum Geschenk erhalten. Als er spät Nachts etwas bekneipt nach seiner Wohnung zurückkehren wollte, sprach ihn eine Prostituirte an. Braun forderte das Mädchen auf, mit nach seiner Wohnung zu kommen, was sie auch ohne weiteres that. Damit ihm die Schöne aber nicht unter Mitnahme irgend eines Werthgegenstandes entweiche, hatte der Beraubte die Zimmerthür verschlossen und den Schlüssel versteckt. Gegen 3 Uhr vernahm man plötzlich ein lautes Hilfegeschrei. Die Bewohner des Hauses öffneten die Fenster und erblickten ein auf dem Bürgersteige liegendes weibliches Wesen. Man versuchte, die Person aufzuheben, dies gelang jedoch nicht. Als hinzugekommene Schutzleute nachforschten, was ihr eigentlich fehle, stammelte sie nur: „Man hat mich ermorden wollen, ich bin aber entflohen.“ .... Dabei zeigte sie auf das offen stehende Fenster der ersten Etage. Sofort ließen die Beamten die Hausthür öffnen, drangen in das Zimmer des Braun und fanden ihn vollständig berauscht vor. Ihn zur Besinnung zu bringen, gelang erst nach vielen Bemühungen. Ins Verhör genommen, betheuerte er fortgesetzt seine Unschuld. Er wurde sodann unter starker Begleitung zur nächsten Polizeiwache transportirt. Mittlerweile hatte sich die mitleidige Nachbarschaft der „Geretteten“ angenommen und sie nach dem Hausflur transportirt, wo eine nähere Untersuchung ergab, daß das Mädchen gräßlich verstümmelt war. Beim Springen aus dem Fenster war es erst auf eine Laterne gefallen und von dort auf das Straßenpflaster. Das Gesicht zeigte zahlreiche erhebliche Verletzungen, außerdem waren die Oberschenkel und ein Fuß gebrochen. Mittels einer von der nächsten Sanitätswache requirirten Tragbahre wurde die Verwundete nach den städtischen Baracken in der Thurmstraße geschafft. Hier fand man in den Strümpfen des Mädchens versteckt — zwei gefüllte Weinflaschen vor, die beim Sprunge aus dem Fenster merkwürdiger Weise ganz geblieben waren, und außerdem noch — ein wohlgefülltes Portemonnaie. Man drang in die Schwerverletzte, anzugeben, wie sie zu den Gegenständen gelangt sei, und nun gestand sie, daß der verhaftete Braun sie nicht habe ermorden wollen, sondern daß sie dies nur der Polizei gegenüber erklärt habe, um nicht nach der Wache gebracht zu werden. Sie sei vielmehr, nachdem sie sich des Weines und des Geldes, während Braun schlief, bemächtigt, in dem Glauben, daß das Zimmer im Parterre liege, aus dem Fenster gesprungen.

Selbstverständlich wurde die sofortige Freilassung des Braun bewirkt.

Der harmlosen Freudigkeit, die sich in der Umgegend Berlins zuweilen noch bei Jahrmärkten ꝛc. in der Oeffentlichkeit bekundete, soll jetzt durch eine überaus strenge Polizeiverordnung zu Leibe gegangen werden, die im gesammten Teltower und Niederbarnimer Kreis gegen die Inhaber von Schaubuden, Würfelzelten und anderen Mitteln zur Volksbelustigung erlassen werden soll. Den Anfang hat der Amtsvorsteher von Wilmersdorf gemacht. Danach bedarf in Zukunft die Aufstellung und Inbetriebsetzung von Karoussels, Würfel-, Schieß- und Plattenwurfbuden, Schnellphotographien, Panoramen, sogenannten Lungenprüfern, Rutschbahnen, Schaukeln u. s. w. einer jedesmaligen vorherigen Erlaubniß der Ortspolizei. Ein geprüfter Bausachverständiger hat über die Sicherheit und Tragfähigkeit eines jeden Karoussels, einer Schaukel oder Rutschbahn dem Amtsvorsteher vor der Benutzung ein Attest einzureichen. Die im letzten Sommer so beliebt gewesenen Drahtseilbahnen sind gänzlich verboten, ebenso sind Pauken und Schellen bei der öffentlichen Musik untersagt, alle Glücksspiele unwiderruflich ausgeschlossen.

Aus Lebensgefahr gerettet wurden am Montag zwei Bauarbeiter. Ein auf einem Neubau in Schöneberg beschäftigter Putzer K. war am Montag Nachmittag mit einer Anzahl anderer Arbeiter auf dem Gerüst mit dem Abputzen des Baues beschäftigt, als plötzlich sein Nebenmann von einem heftigen Windstoß erfaßt und von dem Gerüst heruntergeschleudert wurde. K., welcher den Unfall bemerkte, griff nach den Abstürzenden, erfaßte denselben an der Hüfte, verlor jedoch hierbei das Gleichgewicht und beide wären verunglückt, wenn es K. nicht gelungen, sich mit der linken Hand an einer Gerüststange festzuhalten. Erst auf wiederholte Hilferufe der zwischen Himmel und Erde Schwebenden wurden die übrigen Arbeiter auf die furchtbare Gefahr, in welcher sich beide Kameraden befanden, aufmerksam und es gelang, dieselben in Sicherheit zu bringen.

Eine „brennende“ Frage ist am Dienstag Abend bei der Eisenbahn gelöst worden. Die Abtheilungen des Wagens 902 in dem Lokalzuge Berlin-Groß-Lichterfelde trugen an der Außenseite die rothen Schilder mit der Bezeichnung „Raucher“ bezw. „Nichtraucher“. Um 7 Uhr hatte sich nun ein Fahrgast eine Raucherabtheilung ausgesucht, stieß aber im Innern auf Widerspruch wegen seiner brennenden Zigarre; denn hier prangte ein Schild mit der Bezeichnung „Nichtraucher“. Als in Lichterfelde die Vermittelung der Beamten angerufen wurde, ergab sich, daß in allen Abtheilungen des Wagens die äußeren und inneren Bezeichnungen nicht mit einander übereinstimmten. Der begleitende Schaffner löste die Streitfrage sofort dahin, daß er erklärte, „Eigentlich sind nur die äußeren Schilder maßgebend.“

Zu dem Vorgang in der Landsberger Allee hat sich die Annahme, daß der Raubmord erdichtet sei, als richtig erwiesen. Es ist dem Kriminal-Kommissar Konstantin Horn mit großer Mühe gelungen, die Körber zu einem Geständniß zu bringen. Als Grund für ihre unverantwortliche Handlungsweise giebt sie Rache gegen ihren Mann an, dem sie etwas unangenehmes habe zufügen wollen. Es bleibt noch die Todesursache in Bezug auf den Greis Dettloff aufzuklären. Darüber sagt die Körber aus: „Sie und ihr Vater hätten am Abend stark gesalzenes Pökelfleisch gegessen, davon rühre der Ausschlag am Munde her. In der Nacht sei sie infolge heftigen Brennens am Munde erwacht und habe sich mit einem nassen Schwamm die Lippen gekühlt. Nun sei ihr eingefallen, daß sie auch nach dem Vater sehen müsse; sie habe ihn gefunden mit einem nassen Taschentuch auf dem Munde, er sei bereits todt gewesen. Jetzt sei ihr der Gedanke gekommen, den Tod des Alten zu benutzen, um ihren Mann eines Verbrechens zu beschuldigen. Diese Angaben der Körber sind unwahr, denn ein Knabe, der auch von dem Fleisch genossen hatte, behielt keine Spuren davon an den Lippen. Die gerichtsseitige Oeffnung der Leiche des alten Dettloff, die am Mittwoch erfolgte, hat ergeben, daß der achtzigjährige Mann eines natürlichen Todes gestorben ist. Frau Körber wird also wegen fahrlässiger Tödtung nicht zur Verantwortung gezogen werden können, sondern nur wegen der wissentlich falschen Anschuldigung ihres Ehemannes mit einer Strafe belegt werden.

In seinem Gastzimmer erhängt hat sich am Montag Morgen der Liegnitzerstr. 15 wohnende Gastwirth Karl Däusch. Als Motiv werden Geschäftssorgen bezeichnet.

Kindesmord in Pankow. Erwürgt und verbrannt hat am Sonntag die 23 Jahre alte unverehelichte Krummer ihr Kind. Sie war aus Eberswalde nach Pankow gekommen, um ihren Bräutigam, einen Bäckergesellen aufzusuchen und hat dort in der Wohnung einer Freundin das Kind in einen geheizten Ofen gesteckt, nachdem sie es angeblich vorher erwürgt hatte. Die Krummer ist gestern in das Untersuchungsgefängniß eingeliefert worden.

Ein Schatzgräber. Die unter dieser Stichmarke in Nr. 47 des „Vorwärts“ veröffentlichte Mittheilung wird von betheiligter Seite dahin ergänzt, daß keineswegs die Leute, welche die Nachgrabungen vorgenommen haben, bei der Sache kompromittirt sind. Die Angelegenheit hat sich vielmehr so verhalten, daß ein Mann, der sich Hermann Eck nannte und Stralauerstr. 57 zu wohnen vorgab, sich am 22. Februar zu dem im Thiergarten beschäftigten Arbeiter Franz Fröhlich gesellte und diesem bat, mit seinem Spaten in der Nähe nach einer mit Leder bezogenen Flasche zu graben, die sich an einer bestimmten Stelle vergraben finden müsse. Diese Flasche enthalte Legitimationspapiere. Der Arbeiter Fröhlich erklärte, keine Zeit zu haben und forderte den Fremden auf, betreffs der Recherchen am nächsten Nachmittag 4 Uhr wieder zu kommen. Inzwischen hatte Fröhlich einen Kollegen, sowie den im Revier dienstthuenden Schutzmann von der Sachlage unterrichtet, und letzterer erstattete weiter an einen Kriminalbeamten über die Affäre Bericht. Der Fremde sprach am nächsten Tage aber bereits um zwei Uhr statt um vier bei den Arbeitern vor, welche auch Nachgrabungen anstellten. Als diese erfolglos blieben, hat der Fremde die Arbeiter ersucht, weiter nachzusehen und die Flasche beim Auffinden nach seiner Wohnung zu senden. In Gegenwart des um 4 Uhr erschienenen Kriminalbeamten wurde dann weiter gegraben und es währte nicht lange, so war die Flasche auch ans Tageslicht gefördert. Der Beamte nahm sie an sich und kam am nächsten Tage mit der Botschaft zurück, daß sich in ihr 14 Hundertmarkscheine befunden hätten.

Mithin ist nach dieser Darstellung die Flasche nicht von dem Beamten, sondern von den Arbeitern aufgefunden worden, die nunmehr darauf rechnen, daß ihnen der gesetzliche Finderlohn zu theil werde.

Polizeibericht. Am 27. v. M., Nachmittags, wurde im Abort eines Hauses der Anklamerstraße die Leiche eines Kindes aufgefunden, das ein Dienstmädchen kurz vorher dort geboren hatte. — Vor dem Hause Rheinsbergerstraße 28 wurde ein zwölfjähriger Knabe von dem Pferde eines Arbeitswagens getreten und im Gesicht bedeutend verletzt. — Auf dem Boden eines Hauses der Forsterstraße wurde Abends ein Arbeiter erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Theater.

Das National-Theater bringt seit einigen Tagen ein sogenanntes Schauspiel zur Aufführung, das in nicht zu verkennender Absicht „Die Weber“ betitelt worden ist. Wir waren erst am Dienstag in der Lage, den Doppelgänger des herrlichen Hauptmann'schen Werkes zu sehen, und wenn wir auch mit unserer Kritik ein paar Tage nachhinken, so denken wir, daß dieselbe immer noch früh genug kommt, um an die rührige Direktion die Mahnung zu richten, das Verdienst, das sie sich im letzten Winter unstreitig durch die Aufführung klassischer Werke erworben, nicht durch die Darbietung offenbaren Schundes leichtfertig zu zerstören. Zum ersten Mal unseres Wissens hat das Nationaltheater mit Erfolg versucht, dem arbeitenden Volke für ein ungemein niedriges Entgelt die Meisterwerke unserer klassischen Dichter zum Verständniß zu bringen und wenn die Aufführung der klassischen Dramen auch naturgemäß dies und jenes zu wünschen übrig ließ, so war es doch eine Mannagabe, die dem, ach, so bescheidenen Publikum des einzigen Theaters im Osten verabreicht wurde. Und nun ist die gute Saat, die gesäet wurde, mit einem Unkraut vermengt worden, das, wie nicht anders zu erwarten war, auf dem empfänglichen Boden üppig fortwuchert; in geradezu schmählicher Weise ist die erzieherische Wirkung, die nach alter, und unserer Ansicht noch nicht abgelegter Tradition die Bühne üben soll, untergraben worden. Möge die Direktion sich durch den Beifall, den ihre Ramschwaare bei dem am Dienstag übrigens durchaus nicht so zahlreich anwesend gewesenen Publikum findet, nicht täuschen lassen, bei dem Spott auf eine wirkliche Bildung, der den Volksschülern im Deutschen Reiche preußischer Nation mit auf den Lebensweg gegeben wird, wäre es ein Wunder, wenn nicht auch der effektvoll aufgebauschte Schund seines Beifalls hier und da sicher wäre.

Ueber den Inhalt des Stückes selber sind nur wenig Worte zu verlieren. Ein Franziskus Moor mit dem Zylinder auf dem Kopf, den der Besitzer einer mechanischen Weberei zum Ingenieur bestallt hat, ist durch mörderische Tücke nicht allein zur völligen Gewalt über seinen Unternehmer, sondern auch schon halb und halb in den Besitz von dessen Tochter gelangt und im übrigen läßt der Fabrikant des Schauerdramas durchblicken, daß seinem Werben auch alle sonstigen Weiber eine halbe Meile im Umkreise, einschließlich der zweiten Frau seines Prinzipals unterlegen sind oder noch unterliegen werden. Daß diese Mißgeburt mit einer Auspfändung im Sterbehause eines verhungernden Webers in grobdrähtigster Manier debutirt, darf nach alledem nicht überraschen. Diese zum vollendetsten Scheusal aufgemutzte Figur nothzüchtigt in den folgenden Akten ein Mädchen, verdächtigt einen braven Kerl, den unehelichen Sohn seines Prinzipals, des Diebstahls und versucht ihn sogar umzubringen und brennt, als alles nichts nützt, die ganze Weberei in grimmer Tücke bis auf den Grund aus. Nachdem sich in vorletzter Szene das Laster gründlich erbrochen hat — der flüchtige Verbrecher versäumt den Zug und wird im Triumph auf die Bühne geführt — setzt sich die Tugend schmatzend zu Tisch. Denn der brave uneheliche Sohn des ebenfalls schwer kompromittirten Prinzipal-Vaters macht eine Erfindung, die ihn plötzlich zum mächtigen Mann macht und ihm Gelegenheit giebt, insoweit „die soziale Frage zu lösen,“ als er alle Weber der Fabrik zu freien Kommanditären macht!

Das Spektakelstück wurde, von einigen Ausnahmen abgesehen, von den Künstlern des Nationaltheaters viel besser, als nach Verdienst, aufgeführt.

Möge es im Interesse des guten Geschmacks und der guten Sitte recht bald vom Repertoire verschwinden.

Gerichts-Zeitung.

Der Prozeß wegen Zusammenbruchs des Siegener Bankvereins wurde am Dienstag vertagt, da zunächst diejenigen Berliner Bankiers vorgeladen und vernommen werden sollen, welche mit dem Angeklagten die umfangreichen Differenzgeschäfte gemacht haben.

Die Bestrafung wegen Zweikampfes ist nach einer neuerlichen Gerichtsentscheidung auch auf die sogen. Kartellträger, welche die Bedingungen des Zweikampfes feststellen, auszudehnen. Auf die Kartellträger findet nicht die Straffreiheit der Sekundanten Anwendung, weil diese nur bei der Austragung des Zweikampfes selbst zu assistiren und auf die Beobachtung der hergebrachten Kampfesregeln zu achten haben, und sich hiervon die Uebernahme und Ausrichtung des Auftrages zu Herausforderungen wesentlich unterscheide.

Ein ergreifendes Bild von der verzweifelten Lage einer Mutter förderte gestern eine Gerichtsverhandlung zu tage. Unter der Beschuldigung der Kindesaussetzung stand gestern die unverehelichte Hedwig Heine vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte gab eine traurige Schilderung ihrer Verhältnisse. Sie habe ein Kind gehabt, das im Dezember v. J. 6 Monate alt war. Da sie genöthigt gewesen sei, weiter zu dienen, habe sie das Kind in Pflege geben müssen. Es sei ihr nicht möglich gewesen, von ihrem Lohne so viel zu erübrigen, daß sie für die Unterhaltungskosten des Kindes aufkommen konnte, sie blieb im Rückstande und als sie am 1. Dezember v. J. das Pflegegeld nicht zahlen konnte, brachte die Pflegerin ihr das Kind kurzer Hand zurück. Sie habe nicht gewußt, wo sie es unterbringen solle, und von Verzweiflung getrieben, habe sie am Abend des 8. Dezember vor. Jahres gegen acht Uhr Abends das Kind im Hause Oppelnerstraße niedergelegt und sich entfernt. Sie habe das genannte Haus gewählt, weil in demselben sich ein Polizeibureau befand und sie deshalb annehmen durfte, daß bei dem dort herrschenden regen Verkehr das Kind bald gefunden werden würde. Diese Voraussetzung ist auch eingetroffen. Das Kind wurde unversehrt aufgefunden und dem Waisenhause übergeben. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Unglückliche das niedrigste Strafmaß, sechs Monate Gefängniß, der Gerichtshof fällte dagegen ein freisprechendes Urtheil, indem zu gunsten der Angeklagten angenommen wurde, daß das Kind sich in dem verkehrsreichen Hause nicht in einer hilflosen Lage befunden habe.

Versammlungen.

Eine von etwa 1000 Personen besuchte Volksversammlung beschäftigte sich am 27. Februar in der „Brauerei Friedrichshain“ mit Fortsetzung der Debatte über das Thema: „Sozialdemokratie und Staatsreligion.“ Von den aus der Landeskirche noch nicht ausgeschiedenen Abgeordneten war zum großen Leidwesen der Arrangeure wieder keiner erschienen. Die Vorsitzende Frau Pötting verlas zunächst folgende, bereits in einer früheren Versammlung eingebrachte Resolution:

In Erwägung, daß die besitzende Klasse unseren Kämpfen um Erzeugung denkender Köpfe mit allen Machtmitteln entgegentritt; in fernerer Erwägung, daß die organisirte Staatsreligion weit entfernt um nur religiöse Bedürfnisse zu befriedigen, vielmehr als Stütze des heutigen Klassenstaates die Aufgabe hat, die Arbeiterklasse von dem Streben nach politischer und wirthschaftlicher Freiheit abzulenken, erklärt die heutige Versammlung, bezugnehmend auf Punkt 6 des Erfurter Programms (Erklärung der Religion zur Privatsache) „die im Interesse des heutigen Klassenstaates organisirte Staatsreligion kann und darf nicht Privatsache eines überzeugten Sozialdemokraten sein, vielmehr hat jeder Parteigenosse die moralische Pflicht, die Machtentfaltung und Lebensfähigkeit der Kirche in keiner Weise zu unterstützen und sei es auch nur durch eine gleichgiltige Zugehörigkeit.“

Erster Diskussionsredner war A. Hoffmann-Pankow, der zunächst seinen Groll gegen den „Vorwärts“ und dessen Berichterstatter aus der Versammlung vom 14. Februar (Joel) Luft machte. Die Preßkommission erscheine ihm noch polizeilicher als die Polizei, da sie jede Volksversammlung von der „Genehmigung“ der Vertrauensleute abhängig mache. Auf das „Literarisches“ in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ gehe er vorläufig nicht ein und bitte auch die nächsten Redner, diesen Punkt nicht zu berühren, vielmehr in dieser Versammlung alle persönlichen Gehässigkeiten aus dem Spiel zu lassen. Die Herren vom „Vorwärts“ würde er sich dafür bei anderer Gelegenheit „kaufen“. Nochmals auf die Artikel im „Vorwärts“ „freireligiöser Gewissenszwang“ ein-

gehend, glaubte er den Hintergedanken herauszulesen: „Parteigenossen, geht nur nicht in diese Versammlungen, die Abgeordneten kommen auch nicht.“ Der Ehre der Abgeordneten hätte es nichts geschadet, wenn sie zu diesen Versammlungen erschienen wären. Können sie uns nicht widerlegen, dann sollen sie uns folgen. (Beifall.) Auch die nachfolgenden Redner forderten bis auf einen (Jansen) zum Austritt aus der Landeskirche auf. Nachdem der bekannte Dienstmann Röhrenberg durch seinen Speech zur Erheiterung der Versammlung beigetragen hatte, stellte sich auch Genosse Kaßler als einen der Sündenböcke vor, welche glauben das Recht für sich beanspruchen zu dürfen, über diesen Programmpunkt eine andere Meinung zu besitzen, wenn sie auch das Erfurter Programm im Uebrigen anerkennen. Unfehlbar sei dasselbe nicht, denn auch Bebel habe gesagt, einen papierenen Papst wollen wir nicht haben. Somit könne es ihnen Niemand verübeln, wenn sie einzelne Punkte zeitgemäß umgestalten wollen. Die vielen Kirchenbauten fußen auf der Zahl der Gemeinde-Angehörigen, und der Gewissenszwang, der durch den Erlaß des Kultusministers auf die Dissidentenkinder ausgeübt wird, macht es jedem überzeugten Sozialdemokraten, der mit der Kirche gebrochen hat, zur moralischen Pflicht, auch den Namen der Religionsgesellschaft von sich zu werfen. Jetzt berufen sich gewöhnlich diejenigen, welche es noch nicht gethan haben, auf die Abgeordneten. Redner brachte schließlich folgende Resolution ein, damit die Parteigenossen überall darauf bezug nehmen können und gleichfalls zum nächsten Parteitag diesbezügliche Anträge stellen: „Die heutige Volksversammlung erklärt, dahin wirken zu wollen, daß auf dem nächsten Parteitag der Passus des Erfurter Programms: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ eine präzisere Form erhält, eventuell den Zusatz: „Die Sozialdemokratie, wenn auch eine politische und wirthschaftliche Partei, bekämpft aufs entschiedenste die Vertreter der verschiedensten Religionsgemeinschaften, wo ihre Lehren sich dem Emanzipationskampf des Proletariats entgegenstellen.“ (Beifall.)

Antisemit Kürschner Hoffmann maß die Schuld an dem Elend der Arbeiter natürlich nur den Juden bei. Die Sache mit dem Austritt aus der Kirche sei „windig“. Schon 18 Jahre würde dafür agitirt und doch wird es immer schlechter. (Der Redner wird lärmend unterbrochen und muß abtreten.) Genosse Jansen glaubt, daß die Versammlungen indirekt von der Freien Gemeinde ausgehen und nur zu deren gunsten stattfände. Der eigentliche Ort, über das Programm zu sprechen, sei nicht diese Versammlung, sondern die Wahlvereine oder die ordnungsmäßig von einer Vertrauensperson der Partei einberufenen Parteiversammlung. (Unruhe, Widerspruch und Beifall.) Dort würden sie jedoch mit derartigen Ansichten nicht weit kommen. Frau Jähnike bestritt, daß sie im Interesse der Freireligiösen Gemeinde die Versammlungen einberufe, das thue sie im Auftrage der stets vorhergegangenen Volksversammlungen. Die erste habe sie aus freien Stücken inszenirt. Nachdem noch Genosse Domscheit und Frau Reißner geredet, wurde die Debatte bis auf eine nächste Versammlung vertagt. A. Hoffmann erklärte, noch reiches Material in Händen zu haben, welches er in der nächsten Versammlung hervorbringen werde, woraus hervorgehe, daß die Führer früher über die Religion anders dachten als heute. — Zwei Anträge liefen ein, von denen der eine den Ueberschuß der Tellersammlung „für die Angehörigen der inhaftirten Proletarier, der andere denselben jedoch für die Strafsache des Herrn Dr. Wille verwandt wissen wollte. Beide Anträge wurden zurückgestellt. Die Versammlungen sollen so lange fortgesetzt werden, bis die Abgeordneten sich bemüßigt fühlen, ebenfalls hinzukommen. Die Genossen Singer und v. Vollmar werden zur nächsten Versammlung laut Beschluß besondere Einladung erhalten. Gegen 12 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

Vermischtes.

Zum Musikerelend. Das Präsidium des allgemeinen deutschen Musiker-Verbandes hat, nachdem die Petition in Betreff der Militär-Musiker ziemlich erfolglos geblieben ist, beschlossen, sich nunmehr mit der Frage der Beamten-Musiker zu beschäftigen und Material darüber zu sammeln. Die Lokalvorstände sowohl wie die einzelnen Mitglieder werden aufgefordert, Mittheilungen darüber zu machen, bei welchen Behörden die Beamten angestellt sind, in welchen Lokalen sie spielen, ob regelmäßig, ob zum Tanz oder Konzert, ob sie im Theater engagirt sind und ob sie während ihrer Dienststunden Proben mitmachen. Auch wird versucht, in Erfahrung zu bringen, wie viele Beamten in den betreffenden Städten die Musik gewerbsmäßig betreiben.

Richter, Zimmerstraße 11.

Freiland. Die Romantik ist noch nicht aus der Welt verschwunden. Mit dem Dampfer „Bundesrath“, so meldet ein Wolff'sches Telegramm vom 28. Februar, reisten an diesem Tage 15 Mitglieder der Freiland-Vereinigung als Vorexpedition nach Ostafrika ab.

Briefkasten der Redaktion.

Ein höherer Offizier. Wir haben dem Abgeordneten Bebel Ihren Brief übermittelt. Zur Veröffentlichung eignet er sich selbstverständlich nicht.

E., Bielefeld. Müssen dankend ablehnen, da wir an chronischem Raummangel leiden und wir uns deshalb nur auf eine kurze Notiz beschränken müssen.

O. Riedlinger. Bamberger, Die Stichworte der Silberleute, Preis 1 M. 50 Pf.

Briefkasten der Expedition.

Die Buchhandlung des „Vorwärts“ konnte die Züricher Kongreß-Protokolle um deswillen noch nicht liefern, weil die Grütli-Buchhandlung in Zürich, entgegen ihrer Bekanntgabe, die Protokolle noch immer nicht fertiggestellt hat. — Bebel's Antisemitismus ist in erster Auflage vergriffen, kommt aber Montags bereits in zweiter Auflage zur Ausgabe.

Bester dopp. Steinhäger.
Marke: F. M. Riegel, Isselhorst in Westfalen.
Originalkruken (1 Ltr.) Mk. 1,50, ½ Ltr. Mk. 0,75. Ballons von 10 Ltr. an billiger. Wiederverkäufer Rabatt. Bestellungen erbitte direkt an das Hauptgeschäft Max Riegel, Berlin N., Oderberger-Str. 51/52.

Polsterwaaren und Möbel,
solide Arbeit, in eigener Werkstatt gefertigt. 5625Z*
A. Mann, Tapezier und Dekorateur, Prinzenstr. 74 (n. d. Moritzplatz).

Damen-Mäntel
Jaquets, Capes ꝛc. der neuesten Mode werden von heute ab zu billigsten Engrospreisen einzeln verkauft in der Fabrik, Unterwasserstr. 9 pt.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für **37**
Gold-, Silber-,
Alfénidewaaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Straße **37**

Möbel,
Spiegel-u. Polsterwaaren
sowie ganze Ausstattungen, empfiehlt
H. Strelow, Rixdorf,
Berliner Strasse 40, am Denkmal.

Aufruf!
Der Schlosser 1953b
Franz Ernst Wersin,
geboren zu Graudenz am 16. April 1862, wird gebeten, seine Adresse seiner Mutter, der Wittwe Auguste Wersin in Graudenz, Salzstr. 12, schleunigst anzugeben. Gleichzeitig werden diejenigen ersucht, die ihn kennen, über seinen Aufenthalt Auskunft zu geben.

Roh-Tabak!
Java, sehr preiswerth, à Pfd. 85 Pf., pfundweise, empfiehlt
W. Bergemann,
C., Alexanderstr. 28.

Damen-Masken-Garderobe
von M. Roussel,
43. Skalitzerstr. 43

Kleiderspind, nußbaum, neu, sofort, spottb., Oranienstr. 153 III. r. 658H

Zimmergesellen u. Lehrlinge, welche sich am Unterricht im Zeichnen und Rechnen am Sonntag Vormittag betheiligen wollen, können sich melden, Stettinerstr. 56 III. bei Kühne. Honorar per Sonntag 1 M. 2063b

Freundl. Schlafstelle f. Herrn, sep., 6 M., Hixius, Langestr. 3 v. 4 Tr. 2059b

Fürstenstr. 3, Kellerwerkstatt zu verm.

Fürstenstr. 3, ein Geschäftskeller mit geräumiger Wohnung zu verm. 2058b

Arbeitsmarkt.

Spanner für Drahtwände finden Beschäftigung, Nettelbeckstr. 11. 5706L

Drechsler auf chirurg. Instrumente verl. Neue Schönhauserstr. 11. 2062b

Achtung! Töpfer!
Auf dem Neubau der Töpfermeister Herm. Graf und Paul Wolf (genannt Blumenwolf), Stuttgarter Platz 9, Charlottenburg, haben 22 Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen die Kollegen bis auf Weiteres obengenannte Firma zu meiden.
470/3 J. A.: Rich. Topf, Gipsstr. 3.

Billigste Bezugsquelle!
Wecker-Uhren, bestes Fabrikat, 2,40, 3 und 4 Mark.
Wanduhren mit Schlagwerk 3,50, 4 und 5 Mark.
Reparaturen unter Garantie gut und billig.
H. Schneider, Uhrmacher und Optiker,
Brunnenstraße 40.

Presskohlen.
Marke Centrum, anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend, durch Frachtersparniß billigste Feuerung. 618M
6 Zoll = 16 cm lang 5,— M. pro Tausend,
7 „ = 18 „ „ 6,25 „ „ „
frei Keller, mit Fuhrlohn und Packen. — Probekohlen gratis frei Haus.
Frischeisen & Co., Kottbuser Ufer No. 30. Komtoir: Wienerstr. 18.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen,
größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzl., Zahnschmerz beseitigt, schmerzloses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 123

Empfehle den Genossen mein reichhaltiges Lager in 5572Z*
Bildern, Rahmen und Büsten.
Besonders empfehlenswerth:
Der 1. Mai, Lassalle, Marx u. a.
Lager von Stahl- u. Kupferstichen, Landschaften, zu soliden Preisen.
Glaserei und Bildereinrahmung.
Carl Scholz,
Wrangelstraße 32.

Louis Naumann,
Leipzig, Friedrich-Auguststr. 16.
Commissions-Buchhandlung
empfiehlt sich Wiederverkäufern zur Lieferung deutscher Bücher, Zeitschriften, Musikalien ꝛc. Bestellungen werden zu Verlegerrabatt gegen ganz geringe Provisionsberechnung schnell ausgeführt.
Probehefte, Kataloge gratis. 5438Z*

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bockfoorn) wieder vorräthig.

Wichtig für jede Dame!
Elegante Regenmäntel 7—10 M., Modell-Regenmäntel, hochelegant, 10 bis 18 M., Backfisch-Jaquets 2,50 M., elegante Neuheiten in Jaquets und Umhängen 10—16 M. Ladenpreis das Doppelte. 5682Z*
Mäntel-Bazar
Leipzigerstr. 91, 1 Treppe.

Kinderwagen,
größtes Lager Südostens, hauptsächlich Räther'sche Waare, bestes Fabrikat. Auch Theilzahlung. 5705L*
W. Holze,
Oranienstr. 3.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Musikinstrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlaginstrumente, Spieldosen, z. Drehen u. selbstspielend,
Musik-Automaten
fertigt Aug. Kessler, 51. Lausitzerstr. 51.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein
Porzellan-Glas- u. Seifengeschäft
eröffnet habe u. bitte um regen Zuspruch.
Auguste Schneider, Georgenkirchstraße 17.

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 × 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 × 200 cm.
per Stück **4,50 M.** sonstiger Preis 9 M.
Meine illustrirte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko.
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstraße 158.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Empfehlenswerthe Schriften
für die
März-Tage.

Agitations-Schriften:

Borkheim, Mordspatrioten, Zur Erinnerung an die deutschen — 25 Pfg., Porto 5 Pfg.
Chartistenbewegung in England. 25 Pfg., Porto 5 Pfg.
Deville, Verschwörung Babeuf's. 25 Pfg., Porto 5 Pfg.
Kaler, W. Weitling, seine Agitation und Lehre. 40 Pfg., Porto 5 Pfg.
Kautsky, Klassen-Gegensätze von 1789. 50 Pfg., Porto 5 Pfg.
Lassalle, Assisenrede von 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die Königliche Gewalt aufgefordert zu haben. 40 Pfg., Porto 5 Pfg.
— Ueber Verfassungswesen. — Was nun? — Macht und Recht. 35 Pfg., Porto 5 Pfg.
— Die französischen National-Werkstätten von 1848 und andere kleinere Aufsätze. 15 Pfg., Porto 3 Pfg.
Kommune-General Pombrowski, — Leben und Thaten des — 80 Pfg., geb. 1,50 Mk., Porto 10 Pfg.
Liebknecht, Hochverrath u. Revolution. 30 Pfg., Porto 5 Pfg.
— Robert Blum u. seine Zeit. 6 Hefte à 25 Pfg., geb. 2 Mk., Porto 20 Pfg.
— Zum 18. März und Verwandtes. 20 Pfg., Porto 3 Pfg.
Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (Napoleons Staatsstreich am 2. Dez.). 1 Mk., Porto 10 Pfg.
— Bürgerkrieg in Frankreich. (Kommune 1871.) 30 Pfg., Porto 5 Pfg.
— Kommunistenprozeß zu Köln, Enthüllung. über — 25 Pfg., Porto 5 Pfg.
— Karl Marx vor den Kölner Geschwornen, 9. Februar 1849. 15 Pfg., Porto 3 Pfg.
Marx-Engels, Kommunistisches Manifest. 15 Pfg., Porto 3 Pfg.
Wolff, Schlesische Milliarde (welche die schlesischen Junker bei Ablösung der Feudalrechte von den Bauern erschwindelt hatten. 20 Pfg., Porto 5 Pfg.

Historische Schriften:

Badische Revolution v. 1849. Authentische Aufschlüsse über die — 1,50 Mk., Porto 10 Pfg.
Becker, Revolutionäre Pariser Kommune. 1789—94. 1 Mk., Porto 20 Pfg.
Bibliothek politischer Reden (aus der französischen und 48er Revolution). brosch. 1 Mk., geb. 1,30 Mk., Porto 30 Pfg.
Blos, Französische Revolution. brosch. in 20 Heften à 20 Pfg. Prachtbd. 5,50 Mk., Porto 50 Pfg.
— Deutsche Revolution. 1848—49. brosch. in 21 Heften à 20 Pfg. Prachtbd. 5,70 Mk., Porto 50 Pfg.
— Großer deutscher Bauernkrieg. Prachtbd. 6,80 Mk. Porto 50 Pfg.
Buckle, Geschichte der Civilisation in England. 2 Bd., brosch. 13,50 M. geb. 16,— Mk., Porto 50 Pfg.
Jacoby, J., Ges. Schriften u. Reden. 4 Bd., brosch. 6 Mk., Porto 50 Pfg.
Kautsky, Thomas Moore und seine Utopie. brosch. 2 Mk., geb. 2,50 Mk., Porto 30 Pfg.
Kolb, Kulturgeschichte der Menschheit. brosch. 16 Mk., geb. 19,50 Mk., Porto 50 Pfg.
Lissagaray, Geschichte der Kommune 1871. brosch. 2,50 Mk., geb. 3 Mk., Porto 30 Pfg.
Mignet, Französische Revolution 1789—1814. geb. 2 M., Porto 30 Pf.
Schoenlank, Soziale Kämpfe vor 300 Jahren. 1 Mk., Porto 30 Pfg.

Gedichte, Romane, Dramatisches:

Büchner, G., Dantons Tod. 40 Pfg., Porto 5 Pfg.
Deutsche Arbeiterdichtung. Gedichte deutscher Proletarier. 4 Bände: 1. Hasenclever, Frohme und Lepp. 2. Audorf. 3. Lavant. 4. Kegel. 5. A. Scheu. pr. Bd. geb. 1 Mk., Porto à Bd. 10 Pf.
Dickens, Zwei Städte. Roman. 1,20 Mk., Porto 20 Pfg.
Diederich, Wintersonnenwende. 25 Pfg., Porto 3 Pfg.
Dulk, Gedichte. Eleganter Prachtband 1,50 Mk., Porto 10 Pfg.
Freiligrath, Gesamm. Dichtungen. 6 Bde. geb. 13,— Mk., Porto 50 Pfg.
— Gedichte. geb. 4,40 M., Porto 20 Pf.
Heine's Werke, Volksausgabe. 4 Bde. 6 Mk., Porto 50 Pfg.
— — herausgegeben von Bölsche. 6 Bde. 13,50 Mk., Porto 50 Pfg.
Heine, Alta Troll. — Deutschland. geb. 60 Pfg., Porto 5 Pfg.
Henckell, Buch der Freiheit. 2 Bd. brosch. à 1,75 Mk., Prachtbd. 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Herwegh, Gedichte eines Lebendigen. 4,40 Mk., Porto 20 Pfg.
— Neue Gedichte. 5 Mk., Porto 20 Pf.
Kegel, Lichtstrahlen der Poesie. 3,50 Mk., Porto 20 Pfg.
— Sozialdemokratisches Liederbuch. 40 Pfg., Porto 3 Pfg.
Liebknecht, Josua Davidsohn, wahrhaftige Lebensgeschichte. 30 Pfg., Porto 10 Pfg
Scävola, Französische Revolution. 10 Pfg., Porto 3 Pfg.
— 12 Jahre der Verbannung. 10 Pfg., Porto 3 Pfg.
— 12 Lichtdruckbilder in roth. Mappe mit Text. 1,50 Mk., Porto 30 Pfg.

Bei kleineren Bestellungen bitten wir den Betrag in Briefmarken gleich beizufügen, bei größeren per Postanweisung einzusenden.

Altenberg's Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst.,
Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. No. 57/58, Alte Schönhauserstr. 2, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 50. Donnerstag, den 1. März 1894. 11. Jahrg.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Kammer VIII. Vorsitzender: Assessor von Schulz. Sitzung vom 24. Februar.

Gegen den Teppichfabrikanten Gottschalk klagen 12 Weber auf Zahlung einer Lohnentschädigung. Die Klage hat ihre Ursache in der Ungeduld eines Gläubigers des Beklagten, welcher dessen Fabrik eines schönen Tages einfach gerichtlich schließen ließ. Wodurch die Arbeiter des Herrn Gottschalk plötzlich brotlos gemacht wurden. Sie waren der Meinung, Anspruch auf die Innehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist zu besitzen, bezw. auf eine entsprechende Schadloshaltung. Der Beklagte war der gegentheiligen Ansicht. In einem früheren Termin — zu dem am 24. war er nicht erschienen — machte er geltend, seine Fabrikordnung enthalte den bekannten Paragraphen: „Kündigung findet nicht statt“; dieselbe sei aber jedem seiner Arbeiter ausgehändigt und von allen unterschrieben worden. Einige der Kläger hätten zum Ueberfluß bei der letzten Lohnzahlung quittirt, keine Ansprüche mehr an die Firma zu haben. Als Zeuge wird der Werkmeister Hampel vernommen. Derselbe hält die Behauptungen des Beklagten für richtig, ist aber nicht im stande, mit unzweideutiger Bestimmtheit ihre Richtigkeit bezüglich jedes einzelnen Klägers zu konstatiren. Die erwähnten Quittungen und die Fabrikordnung lagen nicht vor. Nach mehrstündiger Verhandlung fällte das Gericht ein bedingtes Urtheil, indem es von der Leistung oder Nichtleistung eines beziehungsweise mehrerer Eide (in einem dazu anzuberaumenden neuen Termin) die Verurtheilung des Beklagten oder die Abweisung der Kläger abhängig machte. Die Eide sind so formulirt, daß ihre Ableistung durch die Kläger die den Klagebehauptungen entgegenstehenden Einwände des Beklagten widerlegt, und dessen Verurtheilung zur Folge haben muß. Bei einem Kläger hatte sich das Gericht davon überzeugt, daß er kein Anrecht auf die Lohnentschädigung besitzt, und ihn gleich abgewiesen.

Kammer II. Vorsitzender: Assessor v. Schulz. Sitzung vom 26. Februar.

Der Arbeiter Lille beansprucht vom Rohhäute-Händler Matsdorf eine Lohnentschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung. Der Beklagte, vertreten durch Weigert, führte aus, er habe den Kläger nur aushilfsweise engagirt, und zwar in der Weise, daß er den Arbeitsvermittler des Zentralvereins für Arbeitsnachweis ersucht habe, ihm drei Arbeiter auf Aushilfe bei einem täglichen Lohn von 3 M. zu senden. Der Lohn sei täglich ausgezahlt worden. Der Kläger giebt an, auf dem Nachweis nichts von Aushilfe oder Ausschluß der Kündigung betreffs der anzutretenden Stellung gehört zu haben. Der Beklagte habe bestimmt beim eigentlichen Engagement nichts davon gesagt, sondern ihn sofort beauftragt, sich umzuziehen und an die Arbeit zu gehen. Das habe er auch gethan. Der als Zeuge vernommene Arbeitsvermittler legt sein Buch vor, in dem unter 5. Januar zu lesen ist, daß Matsdorf Arbeiter zur Aushilfe verlange. Auf Befragen erklärt Zeuge, er habe jedenfalls mit verlesen, daß die verlangten Arbeiter nur zur Aushilfe kommen sollten. Ob aber der Kläger bei der im Saale anwesenden Menge von Menschen das gehört haben müsse, könne er nicht behaupten. Uebrigens sei es üblich, daß der Nachweis nur Arbeit vermittele und die nähere Feststellung der Bedingungen den Arbeitgebern überlasse. — Der zweite Zeuge, einer der mit dem Kläger zusammen angenommenen Arbeiter, hat nicht gehört, daß der Arbeitsvermittler etwas von Aushilfe vorlas. Er selbst habe aber gewußt, Matsdorf nehme nur Leute auf Aushilfe. Ein dritter Zeuge, Vorarbeiter bei Beklagtem, kann nichts weiter über die Bedingungen, zu denen Kläger angeblich arbeitete, aussagen, als daß Beklagter demselben bei seinem Arbeitsantritt ohne weiteres die Arbeit anwies. Weigert beruft sich zum Beweise des Kündigungsausschlusses beziehungsweise des losen, aushilfsweisen Engagements des Klägers auf die täglich erfolgte Lohnzahlung. Wenn Kläger wirklich nichts von der Bedingung „aushilfsweise“ gehört hätte, wäre doch durch jenen Lohnzahlungsmodus die Art des Arbeitsverhältnisses im Sinne der Behauptungen des Beklagten ausgedrückt worden. Der Gerichtshof gab dem Kläger anheim, in einem noch anzusetzenden Termin zu beschwören, daß er im Nachweis beim Verlesen der offenen Stellen hinter dem Namen des Beklagten nicht die Worte „auf Aushilfe“ habe aussprechen hören, und daß er des Glaubens gewesen, eine sogenannte dauernde Stellung zu bekommen. Leistet er den Eid, dann ist Beklagter zur Zahlung von 36 M. verurtheilt, leistet er ihn nicht, ist Kläger abgewiesen. Dieser hatte außer den 36 M. noch die Bezahlung zweier halben Sonntage gefordert, die er hätte arbeiten müssen, wenn Beklagter ihn nicht entlassen hätte. Mit diesem Theil seiner gesammten Forderung wurde Kläger abgewiesen.

Mit einem Militärposten hatte der Schlosserlehrling Reeck am 24. Oktober vorigen Jahres angebunden. Der Posten, ein Grenadier des Königin Augusta-Regiments, hörte, daß Reeck im Vorbeigehen sagte: „Guten Abend, Herr Lieutenant!“ Seiner Instruktion gemäß achtete Grenadier König nicht auf die Rede des Burschen, da er annehmen durfte, es gehe ihn nichts an. Als R. jedoch umkehrte und nochmals sein „Guten Abend, Herr Lieutenant!“ etwas deutlicher vernehmen ließ, schritt der Grenadier zur Arretirung. Als das Blatt solcher Art sich wendete, bat R., ihn wieder frei zu lassen, er wolle „die Ordnungsstrafe sofort erlegen u. A. m. Wegen versuchter Bestechung eines Mitgliedes der bewaffneten Macht, sowie wegen groben Unfugs mußte sich Reeck am Dienstag vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II verantworten. Der oben geschilderte Thatbestand ward festgestellt und Staatsanwalt Daume beantragte daraufhin 5 Tage Haft wegen groben Unfugs und 3 Tage Gefängniß wegen versuchter Bestechung. In beiden Punkten erkannte die Strafkammer indessen auf Freisprechung. Die Strafkammer war der Ansicht, daß grober Unfug nicht vorliegt, ebensowenig versuchte Bestechung; dagegen könnte Beleidigung eventuell vorliegen. In dieser Hinsicht fehle es aber an einem gesetzlich giltigen Strafantrag.

Soziale Uebersicht.

Aufruf

zu dem am 13. und 14. Mai (Pfingsten) d. J. im „Kühlen Brunnen“ zu Halle a. S. stattfindenden

I. Berufskongreß

der im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands als: Geschäfts-, Haus-, Komptordiener, Markthelfer, Packer, Ausläufer, Speicher-, Speditions- und Kellerarbeiter, Geschäftskutscher und verwandte Berufsgenossen!

Kollegen! Jeder einzelne Kollege weiß aus eigener Erfahrung, daß die Arbeitszeit und die Behandlung seitens unserer Chefs fast alles zu wünschen übrig lassen. Jeder Kollege weiß, daß unser Lohn in den weitaus meisten Fällen nicht einmal zum Lebensunterhalt eines Einzelnen, geschweige denn einer Familie reicht.

Klar liegt das Eine, daß der Einzelne als solcher niemals im stande ist, einen nennenswerthen Einfluß auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Dies kann nur die Gesammtheit, und nur dann, wenn die große Mehrzahl unserer Berufskollegen festgeschlossen sich um die Fahne einer zielbewußten Organisation schaart. Der nach Halle einberufene Kongreß soll nun die Grundlagen einer zweckmäßigen Organisation für die im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter herstellen. Selbstverständlich ist dieser Zweck aber nur zu erreichen, wenn der Kongreß wenigstens von allen größeren Städten beschickt wird. Um dies zu erreichen, ist es dringend nothwendig, daß sofort allerorts energisch die Agitation für die Beschickung dieses Kongresses eröffnet wird.

Für den Kongreß ist folgende provisorische Tagesordnung seitens der unterzeichneten Agitatinnskommission vorgeschlagen:

1. Abrechnung der Agitationskommission und Bericht über die Thätigkeit derselben. 2. Situationsbericht der Delegirten. 3. Stellungnahme zu der von der Reichsregierung geplanten Sozialreform, betreffend die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe. 4. Beschlußfassung über die Form der Organisation und Agitation. 5. Unsere Fachpresse. 6. Stellungnahme zu dem in unserem Berufe grassirenden Stellenvermittelungs-Schwindel. 7. Diverse Anträge.

Wir fordern nun die Kollegen allerorts auf, zu dieser vorläufigen Tagesordnung Stellung zu nehmen resp. weitere Vorschläge zu machen. Ferner sind baldigst an allen Orten Delegirte zum Kongreß in öffentlichen Berufsversammlungen zu wählen. Einzelne Kollegen an Orten, wo noch keine Fachorganisation vorhanden ist, wollen sich sofort mit der unterzeichneten Agitationskommission in Verbindung setzen. Also auf, Kollegen, zur Agitation, zur zahlreichen Beschickung des Kongresses und Schaffung einer gediegenen zielbewußten Organisation.

Die Agitationskommission
der Haus- und Geschäftsdiener Deutschlands.
Alle Sendungen, Anfragen 2c. sind an Kollegen E. Kaßler, Berlin C., Burgstr. 18, zu richten.

An die Getreideträger (Schipper) und Speicherarbeiter Berlins! In allen Berufskreisen macht sich ein eifriges Bestreben bemerkbar, in der Organisation einen Rückhalt zu finden gegen die Willkür des Unternehmerthums. Kollegen! Wir hätten schon längst Veranlassung gehabt, uns diesem Streben anzuschließen, denn Mängel sind genügend in unserem Berufe vorhanden, um endlich einmal damit zu beginnen, in einer Organisation für die Beseitigung derselben zu wirken. Wir brauchen nur hinzuweisen auf die überlange Arbeitszeit, durch die wir fast ganz unseren Kindern, unserer Familie entzogen werden, um nur immer und immer wieder im Dienste des Kapitals zu frohnden. Bekommen wir aber nun in anbetracht der übermäßigen Anstrengung auch einen entsprechenden Lohn? Heute erhalten wir die Hälfte des Lohnes, der uns vor zehn Jahren gezahlt wurde. Dabei sind die Preise für die Lebensmittel, Miethen und sonstigen Bedürfnisse gestiegen, so daß selbst ein Unternehmer den Ausspruch thun konnte: „Es giebt in Berlin nicht 10 Kornträger, die sich nicht von ihren Frauen ernähren lassen müssen.“ Kollegen, angesichts der Zustände sollte der Ruf: „Arbeiter, organisirt Euch!“ nicht unbeachtet an Euer Ohr vorübergehen. Die Mißstände können nicht Einige beseitigen, sondern dazu bedarf es der Hilfe und der fleißigen Mitarbeit Aller. Drum, wer es ernst meint mit den Aufgaben der Arbeiterschaft, der schließe sich der „Freien Vereinigung der Getreideträger und Speicherarbeiter“ an.

Am Montag, den 5. März, Abends 8 Uhr, findet in Hensel's Salon, Invalidenstr. 1, eine öffentliche Versammlung unserer Berufsgenossen statt, in der Genosse Thieme über die Ursachen der Arbeitslosigkeit referiren wird. Möge ein jeder dafür sorgen, daß der Besuch der Versammlung ein recht reger wird und seine Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam machen.

Die Freie Vereinigung der Getreideträger und Speicherarbeiter.

An die Lagerhalter!

Nachdem die Vertrauensleute die Geld-, Zeit- und Ortsfrage im Verhältniß zur Abhaltung des diesjährigen Lagerhaltertages in gehörige Berathung gezogen, kamen wir zu dem Beschluß, als Ort Chemnitz und als Zeit den zweiten Pfingstfeiertag zu bestimmen. Da aber andererseits Dresden in Vorschlag gebracht worden ist, so ersuchen wir nunmehr alle diejenigen Kollegen, welche als organisirt gelten — Siehe Resolution im Protokoll Seite 18 — in eine Abstimmung einzutreten. Also, man stimme für Dresden oder Chemnitz und theile uns das Resultat mit. Das gesammte Ergebniß wird dann veröffentlicht. Durch die Verhältnisse sind wir gezwungen, unsere Angelegenheiten auf dem Lagerhaltertag in wenigen Stunden zu erledigen. Um dies zu bewerkstelligen, werden Fragebogen zur Versendung kommen, welche nach ihrer Ausfüllung in einen Bericht zusammengefaßt, auf dem Lagerhaltertag zum Vortrag kommen.

Die Kollegen mancher Ortschaften haben untereinander Fühlung genommen, es ist hierdurch eine Vereinfachung beim Versand des Materials möglich, wo dies zutrifft, bitten wir, um Doppelsendungen zu vermeiden, uns mitzutheilen, für welche Kollegen und Ortschaften an eine Adresse Zusendungen zu machen sind. Da unsere Bewegung ganz besonders den unter äußerst traurigen Verhältnissen lebenden Kollegen zu gut kommen soll, so fordern wir solche Kollegen, welche gewillt sind, den Lagerhaltertag zu besuchen, die Kosten hierfür aber nicht zusammenbringen können, auf, sich unter Angabe ihrer Lage bei uns zu melden. Unsere Kassenverhältnisse erlauben es in einzelnen Fällen einige Zuschusse zur Reise beizusteuern.

Alle Antworten auf Vorstehendes sind bis zum 21. März an Unterzeichneten einzusenden.

Ernst Grenz, Vertrauensmann,
Chemnitz, Louisenstr. 8, 2 Tr.

New-York, 16. Februar. Kollegen, Genossen! Heute, am 16. Februar, traten sämmtliche Seidenbandweber, 800 Mann, in einen Streik. Durch die schreckliche Krisis, sowie die fortgesetzten Lohnreduktionen, welche bis jetzt 50 bis 70 pCt. des früher gezahlten Lohnes betragen, befindet sich der größte Theil unserer Kollegen am Verhungern. Wir warnen Euch, jetzt nach Amerika zu kommen, da Ihr nur das Heer der Arbeitslosen und Hungernden vermehren würdet.

Mit brüderlichem Gruß zeichnet
Das Streikkomitee der Vereinigten Seidenbandweber von Nordamerika.
Christian Fey. E. Vonderheyden. Ph. Metz.

In der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Müller in Harzdorf bei Reichenberg i. B. haben sämmtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt. Weitere Ausstände sind zu erwarten.

Die Bochumer Schneider beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten.

Die vereinigten Züricher Bauhandwerker werden in kürzester Zeit in eine Lohnbewegung eintreten. In einer Versammlung, an der sich erfreulicher Weise auch eine große Anzahl italienischer Arbeiter betheiligte, wurde beschlossen, den Neunstundentag und 60 Cent. (50 Pf.) die Stunde zu fordern. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, die zahlreichen, durch mangelhafte Schulbildung bisher indifferenten italienischen Arbeiter für die Bewegung zu gewinnen, denn ohne diese ist ein Sieg undenkbar.

Ein internationaler Schausteller-Kongreß soll nach einer Meldung der Schausteller-Ztg. „Kurier“ Anfang Dezember in Hamburg stattfinden.

Ein Bild aus dem Gegenwartsstaat. Die Noth unter den Webern und Wirkern Sachsens nimmt immer größere Dimensionen an. In Grumbach giebt es Weber, die bei einer Thätigkeit bis Nachts 12 Uhr kaum 6—7 M. die Woche verdienen, ältere Leute müssen mit 2,50—4,00 M. zufrieden sein. In der Familie des Wirkers K. herrschte schon lange Zeit das größte Elend, hervorgerufen durch die lange Arbeitslosigkeit. Die Frau konnte nicht mehr genügend Brot herbeischaffen, um den quälenden Hunger der Kinder zu stillen, sie wurde niedergeschlagen und trübsinnig. Vor einigen Tagen nun, die Noth war aufs höchste gestiegen, sie vermochte das Geschrei der Kinder nach Brot nicht länger mehr mit anhören, suchte sie freiwillig den Tod in einem Teich. — Wieder eine furchtbare Anklage gegen das heutige System, das Einzelnen ein Schlemmerdasein gewährt, während Hunderte im Elend verkommen. Deshalb fort mit diesem System.

Die Bescheinigung, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes genügen, ist nachstehenden Kassen ertheilt worden: Der Zigarrenarbeiter-Kranken- und Sterbekasse „Eintracht“ (E. H.) zu Burgdamm und der Lüdenscheider Kranken-Unterstützungskasse für Kaufleute und Beamte (E. H.).

Die Schiffahrt in den Ostsee-Häfen ist seit 1876 sehr zurückgegangen. In diesem Jahre besaßen die deutschen Rhedereien noch 2101 Seeschiffe mit 470 868 Tonnen Raumgehalt, am 1. Januar 1893 nur noch 1152 Schiffe mit 317 608 Tonnen Raumgehalt. Die Besatzung ist von 18 320 Köpfen auf 9986 also auf die Hälfte gesunken. Ganz besonders schädigend auf die Schifffahrt in der Ostsee hat der im letzten Sommer geführte Zollkrieg mit Rußland gewirkt.

Der Verband der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen (Filiale Berlin I) tagte am 19. Februar. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Wilke, beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen zur Generalversammlung. Hierzu lagen vom Kollegen Lieber folgende Anträge vor: Bei Festsetzung der Diäten für die Delegirten sind diese pro Tag zu berechnen. Die Reise-Unterstützung kann vom Zentralvorstand pro Kilometer mit 2 Pf. bezahlt werden. Auch soll der § 24 des Statuts dahin abgeändert werden, daß die Abrechnungszeit der Verwaltungsstellen mit über 300 Mitgliedern von 14 Tagen auf 4 Wochen verlängert wird. Zum Delegirten für die Generalversammlung wurde Paul Wagner gewählt. Unter Verschiedenem stellt Karl Hübsch den Antrag, die streikenden Kollegen in Großenhain mit 50 M. zu unterstützen. Dem stimmte die Versammlung zu. Ferner wird eine Zahlstelle bei Wilhelm Wagner, Fruchtstraße 54, errichtet. Laut Beschluß der letzten Versammlung sollten die Namen derjenigen Kollegen in der nächsten Versammlung veröffentlicht werden, die noch Listen von Heyden und vom Züricher Kongreß in Händen haben. Kollege Rolle aus Rummelsburg hat es nicht für nothwendig befunden, der Mahnung zu folgen.

Der Bauarbeiter-Verein der Rosenthaler Vorstadt beschäftigte sich in seiner Mitgliederversammlung am 18. d. Mts. mit der Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten. Ein Antrag betreffend die Erniedrigung der Beiträge wurde dem Vorstande überwiesen und soll in der nächsten Generalversammlung, am 18. März, zur Berathung kommen.

Die erste Mitgliederversammlung der Schmiede Filiale „Norden“ tagte am 21. d. M. Gipsstr. 3. Genosse Millarg referirte über das Thema: „Unternehmergewinn und Arbeitslohn“. In seinem Vortrage bewies Redner in treffenden Beispielen und unter Anführung statistischen Materials, mit welcher Raffinirtheit die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Die Harmonieduselei zwischen Kapital und Arbeit muß aufhören, denn nur eine gute Organisation ist das Mittel, um die Rechte der Enterbten zu vertreten. An der Diskussion betheiligten sich verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten. Nachdem einige Vereinsangelegenheiten erledigt waren, wurde der Beschluß gefaßt, auf die Gräber der Märzgefallenen gemeinsam mit der Filiale „Osten“ einen Kranz niederzulegen. Als Deputirte wurden die Kollegen Fischer und Kronhagel gewählt.

In einer Versammlung der Lichtdrucker, die am 22. Februar tagte, referirte O. Silvier über: „Die wirthschaftliche Lage der Lichtdrucker“. Redner führt aus, wie die Löhne bei den Photographen und Lithographen in den letzten Jahren gesunken sind. Mögen die Lichtdrucker es als eine Warnung betrachten und sich bei Zeiten wappnen gegen derartige Eingriffe des Unternehmerthums. Diesen Schutz kann ihnen aber nur die Organisation gewähren. In der Diskussion wurde von einigen Rednern bemerkt, daß auch in diesem Berufe bereits Abzüge bis zu 10 pCt. stattgefunden haben. Zum Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, in der sich die Anwesenden mit dem Referenten einverstanden erklären und sich zum Beitritt in die Organisation der „Steindrucker, Lithographen und Berufsgenossen Deutschlands“ verpflichten.

In einer außerordentlichen Versammlung der Freien Vereinigung der Zeitungs-Spediteure und Verkäufer, die am 23. Februar in den „Arminhallen“ stattfand, wurde abermals über das „Kleine Journal“ verhandelt. Nachdem Kollege Schäfer die Diskussion über den Boykott des „Kleinen Journals“ eingeleitet, wurde in der in der letzten Versammlung abgebrochenen Debatte fortgefahren.

Schönstein wies in längeren Ausführungen noch einmal die Nothwendigkeit und Richtigkeit unserer Forderungen nach, und forderte zum Schluß seiner Rede die Versammlung auf, den Boykott über das „Kleine Journal“ strikte aufrecht zu erhalten. Schäfer sprach ebenfalls für Aufrechterhaltung des Boykotts, und war der Meinung, daß die Vereinigung hierzu moralisch verpflichtet sei, anderenfalls sie nur einen Beweis ihrer Machtlosigkeit gebe.

Nach Schluß der sehr lebhaften Diskussion, an der sich noch die Kollegen Bohn, W. Schmidt, Stolzenburg, Flörecke, Rösler und Spengler betheiligten, wurde gegen vier Stimmen beschlossen, den Boykott über das „Kleine Journal“ weiter bestehen zu lassen.

Die Müller und Mühlenarbeiter hielten am 25. Februar eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Räther über die Nothwendigkeit der Organisation referirte. Unter anderem führte der Redner aus, die angebliche Harmonie der Interessen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber existire wie in allen anderen Gewerben auch in der Mühlenindustrie nicht. Auch für die Müller seien die Zeiten längst vorbei, wo dieselben allgemein die Aussicht hatten, einmal selbständig zu werden; die kapitalistische Produktion habe sich eben auch ihren Beruf erobert und unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Unternehmern und deren Lohnsklaven geschaffen. Da heiße es denn, sein Interesse dem des

deren gegenüber zu vertreten. Redner legt den Nutzen dar, welcher im Kampfe der Interessen den Mühlenarbeitern eine starke Vereinigung bietet. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Debatte. Grunau äußerte über die Lage der Mühlenarbeiter folgendes: Die Müller hätten den jämmerlichsten Beruf, die Zustände in demselben kämen noch hinter denen in den Bäckereien, so miserabel seien sie. 80 pCt. aller Müller und Berufsgenossen in Deutschland hätten eine Arbeitszeit von nicht unter 18 Stunden, obgleich die Enquete der Reichskommission für Arbeiterstatistik — man wisse ja, wie ungenau das Ergebniß solcher Enqueten sei — nur 60 pCt. festgestellt habe, die über 16 Stunden arbeiten. 10 pCt. etwa arbeiteten 12 Stunden und die übrigen können sich rühmen, 24 bis 36 Stunden hintereinander thätig zu sein, um dann vielleicht eine zwölfstündige Ruhepause zu „genießen." In der Provinz gebe es Löhne von 8 bis 13 Pf. die Stunde. Die Müller suchten ihre Lage dadurch zu verbessern, daß sie zu anderen Berufen überträten, so vornehmlich zu dem der Holzbearbeitung. In Getreidemühlen seien in Berlin nur gegen 80 Müller und etwa 100 bis 180 Arbeiter beschäftigt. Mit der Arbeitszeit stehe es in Berlin besser wie in der Provinz, in einzelnen Mühlen beständen schon Anfänge, wenn auch sehr schwache, von einer Sonntagsruhe; meistens würde allerdings der Sonntag als Arbeitstag wie jeder andere betrachtet. Gerade mit Rücksicht auf die zu erkämpfende Sonntagsruhe müsse eine kräftige Agitation für die Organisation entfaltet werden. Nachdem noch mehrere Redner für die bestehende Organisation, den Fachverein der Müller und Mühlenarbeiter, eingetreten waren, berichtete Wittmann über die Thätigkeit der Agitationskommission. Das Geld zur Agitation wurde, wie aus seinem Bericht hervorging, durch freiwillige Beiträge aufgebracht. Ein Bestand von 4,92 M. ist in den Händen des Kassirers. Neu gewählt wurden in die Kommission Röthig, Grunau, Vogeler, Wünsch, Prüfer, Pawlick und Riebe. Man gab der Kommission anheim, die Werkstätten-Agitation mehr zu pflegen als wie bisher.

Eine gutbesuchte Versammlung der Schlächtergesellen und Mamsells tagte am 25. Februar. Der Kollege Schwartze gab der Versammlung in seinem beifällig aufgenommenen Vortrag eine sehr treffende Schilderung der Zustände und Verhältnisse im Schlächtergewerbe. In der Diskussion befürworteten alle Redner den Anschluß an den „Verein zur Wahrung der Interessen der Schlächtergesellen und Mamsells". Das Stellenvermittelungswesen wird von dem Kollegen Gaßmann einer herben Kritik unterzogen. Wie die Geier fallen die edlen dieses Erwerbszweiges über ihre Opfer her. Ihre Behausung habe oftmals das Aussehen eines Rückkaufgeschäftes; Uhren und andere Werthgegenstände wandern als Entgelt für ihr unsauberes Gewerbe in ihre weiten Taschen. Als vor kurzem ein arbeitsloser Kollege bei dem Schlächtermeister Nietsch um Arbeit anfragte, wird ihm von dem Herrn eine Empfehlung für die Arbeiterkolonie überwiesen, die folgenden Wortlaut enthält:

Der Berliner Arbeiterkolonie, Berlin N. 65, Reinickendorferstr. 36a, überweist den Ueberbringer (hier Name des Gesellen).

Berlin, den (Datum) Februar 1894.

Das Mitglied A. Nietsch.

Wohnung: Brückenstraße.

Eine schöne Empfehlung und damit glauben die Herren Meister auch ein Uebriges zur Linderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Nachdem noch mehrere Redner Erfahrungen aus dem Stellenvermittelungs-Unfug zum Besten gegeben hatten, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „In Erwägung, daß die Stellenvermittelung den Schlächtergesellen, welche durch die heutigen Zustände gezwungen sind, dieselben in Anspruch zu nehmen, 10 M. und mehr abverlangen; in fernerer Erwägung, daß die Vermittler die Gesellen nach kurzer Zeit wieder aus der Arbeit herausdrängen, stellt die Versammlung an die Schlächtermeister die Forderung, ihre Arbeitskräfte nur aus dem unentgeltlichen Stellennachweis des Vereins zur Wahrung der Interessen der Schlächtergesellen und Mamsells zu entnehmen." Diese Resolution soll in einer demnächstigen Versammlung, zu der die Schlächtermeister eingeladen werden, denselben zur Annahme unterbreitet werden. Betreffend die Affäre Pruchnow verlas Kollege Schwartze den ihm vom Staatsanwalt zugegangenen Bescheid, daß seine Klage zurückgewiesen wurde, weil sie des Beweises entbehre; dagegen sei er wegen Beleidigung des Schlächtermeisters Pruchnow angeklagt. Redner stellte folgenden Antrag bezüglich der Boykotterklärung über Pruchnow: Die Versammlung beantragt bei der Gewerkschaftskommission, nach den Ausführungen des Kollegen Schwartze, den Boykott über das Geschäft des Schlächtermeisters Pruchnow, Linienstr. 6a zu verhängen. Dieser Antrag wurde, mit dem Amendement Keßlinke, die Gewerkschaftskommission möge diesen Antrag auf die Tagesordnung setzen, einstimmig angenommen.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter zu Berlin und Umgegend hielt am Sonntag, den 25. Februar im Lokale von Hensel, Invalidenstraße 1, eine Branchenversammlung der Eisen- und Metalldreher ab, in der Genosse Pinn in einem Vortrag über das Thema: „Kulturhistorische Streifzüge" sprach. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. In der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, nicht soviel Branchenversammlungen stattfinden zu lassen, da diese doch nur immer schwach besucht sind. Zum Schluß machte Kollege Ullrich noch bekannt, man solle die gesperrten Lokale in der Badstraße gänzlich meiden und verwies auf das soeben verbreitete Flugblatt.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter hielten am 26. Februar in Hoffmann's Zentral-Festsälen, Oranienstr. 180, eine öffentliche Versammlung ab. Nach erstattetem Bericht wurde der Delegirte zur Gewerkschaftskommission, Kollege Riediger, beauftragt, in der Kommission dahin zu wirken, daß das Listensammelsystem abgeschafft wird und die nöthigen Gelder dem Antrage der Töpfer entsprechend, durch Marken-Vertrieb aufgebracht werden. — An den sehr ausführlichen Bericht der Beisitzer am Gewerbegericht, der Kollegen Kröhn, Riediger und Lau schloß sich eine lebhafte Fragestellung. Der Besuch der Versammlung war leider ein sehr schwacher; allseitig wurde bedauert, daß die Kollegen einer derartig wichtigen Tagesordnung gegenüber so geringes Interesse bezeugen.

Eine öffentliche Versammlung der Tapezirer tagte am Montag, den 26. Februar. Die Kollegen Hartwig und Friedmeier führten zunächst die wichtigsten prinzipiellen Beschlüsse des Berliner Gewerbegerichts der Versammlung vor Augen, woran sich eine rege Fragenbeantwortung schloß. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Delegirten zur Gewerkschaftskommission", gab das Signal zu einer ausgedehnten Debatte, in der die Herren Anarchisten wie gewöhnlich mit Kraftworten nicht kargten. Von Feder wurde eine Resolution eingebracht, die das langsame Arbeiten der Kommission in Sachen des Schuhmacher- und Droschkenkutscher-Streiks rügt und bei Wiederholung derartiger Fehler die Delegation zurückziehen will. Bei der Abstimmung wurde die Resolution gegen eine beträchtliche Minderheit abgelehnt. Ueber die Stellung zum 1. Mai referirte Feder, der für volle Arbeitsruhe eintrat und eine Vormittags-Versammlung befürwortete; die Agitationskommission müsse es unter den obwaltenden Umständen dem Einzelnen überlassen, die Konsequenz en ihrer Handlungsweise zu tragen, da sie nicht in der Lage sei, für Unterstützungen in diesem Falle einzutreten. Wels und Friedmeier wünschen den Anschluß an die geplanten Volksversammlungen und warnen vor unüberlegten Schritten. Nach längerem Für und Wider wird dem Antrag Feder gemäß beschlossen. Am 7. März findet wiederum eine öffentliche Versammlung statt, in welcher über das Vorgehen gegen die Unternehmer Beschluß gefaßt werden soll.

Eine öffentliche Versammlung der Filzschuh-Arbeiter, die am 26. Februar bei Seefeldt tagte, beschäftigte sich mit der Gründung eines Lokalverbandes der Filzschuh-Arbeiter. Kollege Lange legte in kurzen Ausführungen die Veranlassung dazu klar, dem sich eine längere Debatte anschloß. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, für die Zukunft ein einheitliches Ganze für alle bestehenden Vereinigungen in der Schuhwaaren-Industrie zu schaffen, ähnlich dem Metallarbeiter-Verband. Der beabsichtigte Filzschuh-Arbeiterverband soll durch aufklärende Vorträge die Filzschuh-Arbeiter und -Arbeiterinnen dazu heranbilden. Auf Antrag wählte man gegen drei Stimmen eine viergliedrige Kommission, bestehend aus den Kollegen Gustav Schmolling, Jäntsch, Wüllner und Karl Lange, denen die Vorarbeiten zur Gründung des Verbandes übertragen wurden. Kollege Lange erstattete sodann Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission. Bezüglich des Antrages der Töpfer erklärte sich Redner für das Sammeln auf Listen, als das bei den Filzschuh-Arbeitern bewährteste System. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Maifeier. Wiederholt mußte der Vorsitzende erklären, daß eine öffentliche Filzschuh-Arbeiterversammlung strikte Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen habe.

Für Schöneberg fand am 25. d. M. bei Richter's eine öffentliche Volksversammlung statt, die sich mit der bevorstehenden Gemeindevertreterwahl beschäftigte. Genosse Hackelbusch erstattete einen Bericht über seine Thätigkeit, darauf hinweisend, wie nöthig es sei, mehrere Vertreter aus der arbeitenden Bevölkerung in den Gemeinderath zu entsenden. Die Versammlung stimmte dem zu. Einzelne Redner geißelten in der Diskussion mehrfache Vorkommnisse in der Gemeindevertretung. Die Aufstellung von 2 Kandidaten zur Gemeindevertreterwahl soll in der nächsten Volksversammlung in der Schloßbrauerei erfolgen. Unter Verschiedenem nahm man die Aufstellung von 7 weiteren Kandidaten zu der am Sonnabend, den 10. März, Nachmittags von 4—8 Uhr im Lindenpark stattfindenden Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer vor. Nachdem schon 6 Beisitzer von unserer Seite gewählt sind, müssen infolge eines Irrthums des Herrn Amtsvorstehers Schmok für die anderen 7 Beisitzer noch in diesem Jahre andere gewählt werden. Die Kandidaten sind: Machau, Gröppke, Freidank, Gärtig, Albrecht, Klinge und Gabriel.

Deutsche Barbier-, Friseur und Perrückenmacher-Gehilfen, Filiale Süd-Ost. Donnerstag bei Herschled, Adalbertstr. 4: Versammlung. Bericht über die außerordentliche General-Versammlung der Orts-Krankenkasse.

Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Donnerstag, den 1. März, Abends 8½ Uhr, bei Volz, Alte Jakobstr. 76: Vortrag des leitenden Arztes Herrn Dr. Christeller.

Achtung, Schuhmacher! Donnerstag, den 1. März, Abends 8½ Uhr: Große öffentliche Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Schuhfabriken.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 179a; Unterricht in Deutsch (ausl.) Ost-Schule, Markusstr. 31: Erste Hilfe bei Unglücksfällen. Südost-Schule, Reichenbergerstr. 133: Unterricht in kaufmännischem Rechnen, Korrespondenz und Geschichte (all).

Bei allen Unterrichtsfächern können Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- u. Diskutirklubs. Donnerstag. Dietzgen, Abends 8½ Uhr, bei Schröder, Wiesenstr. 39. — Neue Zeit, Abends 8½ Uhr, Bayerstr. 40, bei Gieshold. — Süd-Ost, bei Tollsdorf, Sorauer- und Görlitzerstraßen Ecke. — Klub der Freunde bei Gradt, Swinemünderstraße 120. — Hasenclever, Abends 8½ Uhr, Restaurant Bischof, Baumschulenweg Treptow. — Sozialistischer Lese- und Diskutirklub Abends 8½ Uhr, Reichenbergerstr. 157, Sitzung. — Diskutirklub „Zeitgeist" jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. des Monats bei Tempel, Langestr. 65, Abends 8½ Uhr. — Diskutirklub „Gleichheit" (Weißensee) bei Kleds, Charlottenburger- und Roelkestraßen-Ecke, Abends 8½ Uhr. — August Geib Abends 9 Uhr im Restaurant Zubeil.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr. **Donnerstag.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Prey. — Kornblume, Gr. Frankfurterstr. 133 b. Gold. — Frühlingslust, Bülowstr. 59, bei Werner. — Brehelschub, Annenstr. 16, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinickendorf, Seeschlößchen bei Böttcher. — Morgenroth, Rummelsburg, Berlinerstraße 9, bei Frieleck. — Dorfglöckl ein, Wilmersdorf, Berliner- und Auguststr.-Ecke bei Schulz. — Einigkeit (Hutmacher), Pappel-Allee 5/4, b. A. Meinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Gerth. — Ost- und Westpreußischer Männer-Gesangverein, Neue Königstr. 73, bei Hahn. — Edelweiß 2, Potsdam Brandenburger Kommunikation 16 bei Glaser. — Borar, Reichenbergerstraße 134 bei Schult. — Freie Sänger, Krautstraße 6, bei Rudolf. — Zukunft 3, Belten, bei W. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Hasenhaide 52—53, Kurth's Salon. — Morgengrauen, (Wächter), 4—5 Uhr Nachm., Königstr. 73 bei Hahn. — Steinsetzer-Sängerchor Kastanien Allee Nr. 28 bei Maiwald. — Liedes Echo, Reichenbergerstraße Nr. 24 bei Tauschke. — Vorwärts 9, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrodt in Deutsch-Wilmersdorf bei Kötter. — Gesangverein der Stuckateure Berlins und Umgegend, Seydelstr. 39 bei Preußer. — Arbeiter-Gesangverein Spandau Neumeisterstr. 5 bei Radke. — Vorwärts 2 Schönhauser Allee 28 bei Kuhlmey. — Lyra 2, Charlottenburg, Wallstr. 54. — Gesangverein der Kürschner, Landsbergerstr. 31 bei Seehausen. — Glockenrein (gemischter Chor) Kastanien-Allee 95/96. — Sängerrunde, Kottbuserstr. 6 bei Braun. — Frohsinn 2, Friedrichsberg-Lichtenberg, Frankfurter Chaussee bei Müller. — Treu und Fest, Lebuserstr. 5 bei Nemitz. — Brüderschaft Stallschreiberstraße 29 „Zum eichenen Stab". — Freundestreue (gem. Chor), Landsbergerstr. 31 bei Seehausen. — Eintracht 2, Neu-Glienicke, Rudowerstraße bei Hasdorf. — Waldesgrün (gem. Chor) Böckhstr. 9 bei A. Moewes. — Arbeiter-Gesangverein Oranienburger Vorstadt, Hochstr. 32a bei Wilke. — Liberté 1, Cuvrystr. 24 bei bei Thielsch. — Flöter'scher Gesangverein, Koppenstr. 43c bei Lorenz. — Eintracht 3, Eberswalde, Eisenbahnstr. 77 bei Tuball. — Titania, Cuvrystr. 45 bei Tielsch. — Morgenroth 4 in Köpenick, Müggelheimerstr. 4 bei Held. — Alpenrose, Forsterstr. 22. — Arion 2, Chorinerstraße 27 bei Hailand.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: P. Henkel, Bergmannstr. 14, Hof 2 Tr. **Donnerstag:** Vergnügungsverein Bruderbund, Andreasstr. 3 bei Noll. — Rauchklub Graue Wolke, Krautstr. 48. — Verein Grüne Eiche (vor dem Halle'schen Thor), Solmsstr. 1 bei Katzorke. — Vergnügungsverein Jugendlust, Ohmgasse 2 bei Krebs. — Rauchklub Dezimalwaage, Krausstr. 34 bei Instinger. — Rauchklub Erholung, Wienerstr. 13 bei Trieschner. — Rauchklub Elvira, Abends 9 Uhr bei Brungborn, Madaistr. 12. — Humoristischer Klub Universum, Veteranenstraße 18, bei Schulz. — Brüderlichkeit, Pücklerstr. 49 bei Stabernack. — Geselliger Klub der alten Roadtter, Emdener- u. Wadenserstr.-Ecke bei Schirmer, Abends 9—10.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Männer-Gesangverein Alt-Dessau, Abends 9 Uhr, bei Kind, Wrangelstr. 91. — Gesangsabtheilung des sozialdemokratischen Arbeitervereins für Weißensee und Umgegend. Donnerstags und Sonnabends Abend; bei Müller (Pfeifenmüller), Königs-Chaussee. — Männer-Gesangverein Tyrolienne, Abends 9 Uhr bei Hautmann, Reichenbergerstr. 72a. — Gesangverein Glockenrein, gemischter Chor, Abends von 9 bis 11 Uhr bei Knapp, Kastanien-Allee 95/96. — Musik-Dilettantenverein Lohengrin Abends 8½ Uhr bei Trieschmann, Jüdenstr. 55.

Theaterverein Freundeskreis 9 Uhr im Restaurant Bräuer, Solmsstraße 47. — Theaterverein Crescendo bei Maißner, Gartenstr. 162. — Theaterverein Maiglöckchen, Englischer Hof, Neue Roßstr. 3. — Theater-Gesellschaft Harmonie, Donnerstag Abends 8½ Uhr, Chorinerstr. 86. — Privattheater-Gesellschaft Philharmonie, Sitzung mit Damen Donnerstag bei Nowak, Mauteuffelstr. 9.

Geselliger Klub Blau-Veilchen, Abends 9 Uhr, bei Schönwälder, Oranienstr. 135. — Verein ehem. 22. Gemeindeschüler, punkt 9 Uhr bei Schröder, Siegligerstr. 18. — Pfropfenverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Helterhoff, Antonstr. 6. — Vergnügungs-Verein Renata 9 Uhr, Abends im Restaurant Götz, Oranienstr. 153. — Gesangverein Proletariat (gem. Chor) Abd. 9 Uhr, Uebungsstunde b. Möwes, Böckhstr. 8. — Geselliger Verein Universum, Sitzung mit Damen Abends 8½ Uhr bei Hagemann, Lothringerstraße 81. Vorträge, Fidelitas. — Geselliger Verein Universum, Sitzung Abends 8½ Uhr, im Restaurant Neumann, Linienstr. 19: Vorträge, Fidelitas. — Verein Gemüthlichkeit und Klub Humor, Abends 8½ Uhr, Lothringerstr. 105: Geselliges Beisammensein mit Damen, Fidelitas und Tanz. — Männergesangverein Sangesfreunde, Abends 9—11 Uhr, Patzenhofer Ausschank, Landsbergerstraße Nr. 82. — — Geselliger Verein „Hertha", Donnerstag, Sitzung bei Roll, Adalbertstr. 21, Abends 9 Uhr. — Verein Wanderklub (Norden), Sitzung jeden Donnerstag von 9 Uhr Abends im Restaurant C. Baatsch, Hennigsdorferstr. 24. — Waldesgrün, Abends 9 Uhr Sitzung bei Nebelin, Langestraße 108. — Zitherklub Gleichheit, 9 Uhr Abends, bei H. Reimann, Alte Schönhauserstr. 42. — Geselliger Club der Alten Roadtter: Jeden Donnerstag Abend von ½9—10 und jeden Donnerstag nach dem 15. Sitzung mit Damen in der Eudenerstr. 47 bei Schirmer. — Geselliger Arbeiterverein Hoffnung bei Stiller, Mariannenstraße 48.

Rauchklub Kollegia, Abends 9 Uhr, bei Hermann Rohr, Naunynstraße 78. — Rauchklub Waldesgrün, Abends 8½ Uhr, Restaurant A. Gaspar, Reichenbergerstr. 113a. — Rauchklub Ohnesorge, Abends 9 Uhr, bei Jakob, Boeckhstr. 21. — Rauchklub Kernspitze, Abends 8½ Uhr, bei A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8. — Rauchklub Arabi Pascha Abends 9 Uhr, b. Restaurateur Schröder, Stephanstr. 45. — Klub Ohnestreit Abends 9 Uhr Springstubbe's Restaurant, Manteuffelstr. 67. — Rauchklub Süd-West, Abends 9 Uhr, Simeonstr. 25 bei Flick. — Rauchklub Brüderlichkeit, von 9 bis 11 Uhr bei Stabernack, Pücklerstraße 49. — Rauchklub Nordstern, jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat bei E. Heinicke, Friedrich-Karlstraße 11, Friedrichsberg. — Rauchklub Fidelio, Abends 8½ Uhr im Restaurant Heine, Elisenbahnstr. 23. — Rauchklub Pfeifendeckel, Sitzung Abends 8 Uhr, bei Jerasch, Langestraße 24. — Vorwärts, Donnerstag bei Salomo, Oppelnerstr. 29. — Adgus 1, Abends 9 Uhr, bei F. Rawrodt, Markusstr. 25.

Skatklub Tournee, Abends 8½ Uhr, bei Ullrich, Wrangelstr. 84. — Skatklub Rückwärts, Abends 8½ Uhr bei Arndt Palisadenstr. 47. — Skatklub Gordischer Knoten Abends 9 Uhr, bei Schilling.

Schießklub Tell, Abends 8 Uhr bei Nagel, Schwedterstr. 23. — Tambour-Verein Einigkeit bei Haupt, Skalitzerstr. 102. Um 9 Uhr Uebungsstunde, nach derselben Sitzung. Aufnahme neuer Mitglieder.

Fachverein der Klempner Berlins und Umgegend. Arbeitsausgabe Abends 6½—10 Uhr. Sonntag 10—12 Uhr bei Stramm, Ritterstraße 122.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

An die am 1. März im Feenpalast tagende Akademiker-Versammlung!

Die sozialistischen Studenten der Universität Berlin sind zu der am 1. März stattfindenden Akademiker-Versammlung vom Verein deutscher Studenten eingeladen worden, sich dort an der Diskussion zu betheiligen.

Wir bedauern jedoch, dieser Einladung nicht Folge leisten zu können, da uns im Fall des öffentlichen Auftretens der consilium abeundi vom Universitätsrichter in Aussicht gestellt ist, wir außerdem in unseren weiteren Arbeiten nicht durch irgend welche Polizeispitzelei gestört werden wollen.

Unsere Ansichten werden von unseren Genossen vertreten werden.

Die sozialistischen Studenten der Universität.

Inventur-Ausverkauf

vom Donnerstag, 1. März, bis Donnerstag, 15. März,

zu bedeutend unter den Einkauf herabgesetzten Preisen!

Ferdinand Neumann

Berlin SW., Leipzigerstrasse 51, Ecke Dönhoffplatz.

Damen- Blusen, Taillen, Unterröcke, Tücher, Strümpfe

Herren- Unterjacken, Unterhosen, Normalhemden, Cravatten, Socken

Kinder- Strümpfe, Gamaschen, Leibbinden, Kleidchen, Anzüge

Eine Parthie Tüll-Gardinen. Handschuhe. Handgestickte Decken und Läufer.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Beuthstraße 2.